



# EUROJUST

Jahresbericht 2016



Criminal justice across borders

© Eurojust, 2017

Diese Publikation umfasst den Zeitraum 1. Januar - 31. Dezember 2016

Katalognummer: QP-AA-17-001-DE-N

ISBN: 978-92-9490-091-3

ISSN: 2443-6488

DOI: 10.2812/166305

*Für Anfragen:*

Tel: + 31 70 412 5000  
E-Mail: [info@eurojust.europa.eu](mailto:info@eurojust.europa.eu)  
Website: [www.eurojust.europa.eu](http://www.eurojust.europa.eu)



# Eurojust-Jahresbericht 2016

Der Eurojust-Jahresbericht 2016 wurde aus der englischen Originalfassung ins Deutsche übersetzt.

# Inhalt



Vorwort .....	7
Zusammenfassung .....	9

## 1. Eurojust bei der Arbeit

1.1 Eurojust-Treffen auf Ebene II .....	14
1.2 Eurojust-Koordinierungstreffen .....	15
1.3 Eurojust-Koordinierungszentren .....	17
1.4 Eurojust und Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs) .....	18
1.5 Informationsmanagement von Eurojust .....	22
<b>2016 Zeitplan .....</b>	<b>24</b>

## 2. Eurojust-Fallarbeit

2.1 Einleitung .....	27
2.1.1 Terrorismus .....	28
2.1.2 Cyberkriminalität .....	29
2.1.3 Schleuserkriminalität .....	30
2.1.4 Menschenhandel (THB) .....	33
2.1.5 Betrug .....	34
2.1.6 Korruption .....	35
2.1.7 Drogenhandel .....	35
2.1.8 Von MOCGs begangene organisierte Eigentumskriminalität .....	36
2.1.9 PIF-Kriminalität (Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union) .....	36

2.2 Eurojust-Fallarbeit bei mafiös strukturierten kriminellen Vereinigungen .....	36
-----------------------------------------------------------------------------------	----

<b>Operation Avalanche: Nähere Betrachtung .....</b>	<b>38</b>
------------------------------------------------------	-----------

## 3. Die Partner von Eurojust

3.1 Kooperation mit Europol .....	41
3.2 Kooperation mit OLAF .....	41
3.3 Beziehungen von Eurojust zu Drittstaaten und Organisationen .....	42
Kooperationsabkommen .....	42
Die Fallarbeit von Eurojust mit Drittstaaten .....	42
Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust .....	42
Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten .....	43
Kooperation mit dem IstGH .....	43

## 4. Herausforderungen und bewährte Methoden

4.1 Überwachung des Telekommunikationsverkehrs .....	49
4.2 Herausforderungen bei Steuerbetrugsfällen .....	49
4.3 Europäischer Haftbefehl .....	50

<b>Fokus des Jahres: Zuständigkeitskonflikte .....</b>	<b>54</b>
--------------------------------------------------------	-----------





48



54



64

## 5. Verwaltung

5.1	Unterstützung für die operative und strategische Arbeit .....	61
5.2	Neustrukturierung der Verwaltung .....	61
5.3	Belegschaft und Haushalt .....	61
5.4	Organisatorische Entwicklungen .....	62
5.5	Das neue Gebäude .....	63

## 6. Eurojust und Praktikernetzwerke

6.1	Europäisches Justizielles Netzwerk (EJN) .....	65
6.2	JITs-Netzwerk .....	66
6.3	Genozid-Netzwerk .....	66
6.4	Beratendes Forum .....	67

## Grafiken

Fallarbeit 2002 - 2016 .....	10
Bilaterale/multilaterale Fälle 2012 - 2016 .....	10
Bilaterale/multilaterale Fälle .....	11
Ersuchende/ersuchte Mitgliedstaaten .....	11
Koordinierungstreffen .....	16
Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an Koordinierungstreffen beteiligt waren .....	16
Koordinierungszentren .....	17
Von Eurojust unterstützte JITs einschließlich der Hauptkriminalitätsbereiche .....	19
Finanzierte JITs pro Mitgliedstaat .....	19
Artikel-13-Fälle .....	23
Von Eurojust priorisierte Kriminalitätsbereiche .....	27
Fälle von Verbindungsstaatsanwälten 2012 - 2016 .....	43
Die wichtigsten zehn Drittstaaten in der Eurojust-Fallarbeit .....	45
EuHB-Fälle .....	51

## Eurojust Kollegium der nationalen Mitglieder 2016



Michèle Coninx, Belgium



Kamen Mihov, Bulgaria



Lukáš Starý, Czech Republic



Jesper Hjortenber, Denmark



Klaus Meyer-Cabri, Germany



Raivo Sepp, Estonia



Frank Cassidy, Ireland



Nikolaos Ornerakis, Greece



Francisco Jiménez-Villarejo, Spain



Frédéric Baab, France



Josip Čule, Croatia



Filippo Spiezia, Italy



Katerina Loizou, Cyprus



Gunārs Bundzis, Latvia



Laima Čekelienė, Lithuania



Olivier Lenert, Luxembourg



László Venczl, Hungary



Vincienne Vella (Deputy NM), Malta



Han Moraal, Netherlands



Gabriela Hornbeck, Austria



Mariusz Skowroński, Poland



António Cluny, Portugal



Daniela Buruiană, Romania



Malči Gabrijelčič, Slovenia



Ladislav Hamran, Slovak Republic



Piia Vottonen, Finland



Leif Görts, Sweden



Frances Kennah, UK

# Akronyme und Abkürzungen

CBRN-E	Chemische, biologische, radiologische, nukleare und explosive Gefahrstoffe
CJEU/EUGH	Gerichtshof der Europäischen Union
CJM	Cybercrime Judicial Monitor
CMS	Case Management System (Fallbearbeitungssystem)
EuHB	Europäischer Haftbefehl
EC3	Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität
ECTC	Europäisches Zentrum zur Terrorismusbekämpfung
EJCN	Europäisches Justizielles Netzwerk gegen Cyberkriminalität
EJN	Europäisches Justizielles Netzwerk
EJTN	Europäisches Netzwerk für die Aus- und Fortbildung von Richtern und Staatsanwälten
ENCS	Eurojust National Coordination System (Nationales Eurojust-Koordinierungssystem)
EMPACT	European Multidisciplinary Platform against Criminal Threats (Europäische multidisziplinäre Plattform gegen kriminelle Bedrohungen)
EMSC	Europäisches Zentrum zur Bekämpfung der Migrantenschleusung
EPPO	European Public Prosecutor's Office (Europäische Staatsanwaltschaft)
FTF	Foreign terrorist fighters (ausländische terroristische Kämpfer)
ICC/ISTGH	Internationaler Strafgerichtshof
IIS	Schleuserkriminalität
IPR	Rechte des geistigen Eigentums
ISP	Anbieter von Internetdiensten
JIT/GEG	Joint investigation team (Gemeinsame Ermittlungsgruppe)
MLA	Mutual legal assistance (Rechtshilfe)
MOCG	Mobile organised crime group (Mobile Gruppe organisierter Kriminalität)
MwSt	Mehrwertsteuer
OAP	Operational Action Plan (Operativer Einsatzplan)
OCG	Organised Crime Group (Gruppe organisierter Kriminalität)
OPC	Organised Property Crime (organisierte Eigentumskriminalität)
PIF	Protection of the financial interests of the European Union (Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union)
TCM	Terrorism Convictions Monitor
THB	Trafficking in Human Beings (Menschenhandel)

## *Eurojust-Ratsbeschluss*

Der Eurojust-Ratsbeschluss vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität, der durch den Beschluss 2009/426/JI vom 16. Dezember 2008 zur Stärkung von Eurojust überarbeitet wurde, wird in diesem Bericht als „Eurojust-Ratsbeschluss“ bezeichnet. Eine [konsolidierte Version](#) des Eurojust-Ratsbeschlusses wurde vom Generalsekretariat des Rats ausschließlich zu Informationszwecken erstellt.

Die Statistiken zu den Eurojust-Fällen, die in diesem Bericht enthalten sind, wurden auf der Grundlage der Daten erstellt, die im Eurojust Case Management System enthalten sind. Die Zahlen wurden am 16. Januar 2017 extrahiert und spiegeln die Daten wider, die zu diesem Zeitpunkt verfügbar waren. Da die Fälle weiterhin andauern, bestehen möglicherweise Diskrepanzen zu zuvor vorgelegten Zahlen.

Die Veröffentlichungen und Infografiken sind auf [unserer Website](#) verfügbar.





Die justizielle Zusammenarbeit, die Koordinierung und der Informationsaustausch zwischen Eurojust, den zuständigen Nationalen Behörden, JI-Agenturen und Drittstaaten sind die grundlegenden Elemente der Arbeit von Eurojust.



# Vorwort

Ich freue mich, Ihnen den 15. Jahresbericht vorstellen zu dürfen, der einen Einblick in die Tätigkeiten von Eurojust im Kampf gegen schwere grenzüberschreitende Kriminalität bietet.

Das Jahr 2016 war im Sicherheitskontext eine Herausforderung. Wir sind mit einer „neuen Normalität“ konfrontiert und sind aufgerufen, unsere Tätigkeiten zur Bekämpfung von Terrorismus, Cyberkriminalität und schwerer organisierter Kriminalität, einschließlich Schleuserkriminalität und Menschenhandel, zu verstärken. Der Besuch von Sir Julian King, dem EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, war eine willkommene Gelegenheit, die Schlüsselrolle von Eurojust bei der Unterstützung des breiteren Kampfs der EU gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität und Eurojusts Stellung als integraler Bestandteil in der Sicherheitskette zu besprechen. Die Schlussfolgerungen des Rates zum Eurojust-Jahresbericht 2015 bestätigten den benötigten Fokus und die Rolle von Eurojust bei der Behandlung von Terrorismus, Schleuserkriminalität und Cyberkriminalität als Prioritäten sowie beim Sammeln und Austauschen bewährter Methoden, um die justizielle Zusammenarbeit weiter zu stärken.

Fallarbeit bildet den Kern von Eurojust. Die Mitgliedstaaten ersuchten Eurojust 2016 in 2.306 Fällen um Unterstützung, was eine Steigerung von vier Prozent gegenüber 2015 darstellt. Die justizielle Zusammenarbeit, die Koordinierung und der Informationsaustausch zwischen Eurojust, den zuständigen Nationalen Behörden, JI-Agenturen und Drittstaaten sind die grundlegenden Elemente der Arbeit von Eurojust. Dieser Bericht illustriert den Lebenszyklus eines Falls, die Effektivität der Koordinierungswerkzeuge von Eurojust mit einem Fokus auf Treffen auf Ebene II und die zunehmende Nutzung Gemeinsamer Ermittlungsgruppen.

Eurojust hilft beim Knüpfen von Kontakten. Unter seinem Dach bringt Eurojust die 28 Nationalen Mitglieder zusammen, die ihren jeweiligen Mitgliedstaat bei der Ermittlung und Strafverfolgung sowie beim Austausch bewährter Methoden unterstützen. In Anerkennung der wichtigen Rolle der Nationalen Anlaufstellen für Eurojust in Terrorismusfragen intensivieren wir die Bindungen und die Unterstützung für das jetzt amtlich eingerichtete justizielle Netzwerk gegen Cyberkriminalität. Darüber hinaus befassen wir uns, aufbauend auf den Erfahrungen mit der gemeinsamen Zusammenarbeit beim EC3, mit der Stärkung der Beteiligung von Eurojust beim Europäischen Zentrum für Terrorismusbekämpfung bei Europol.

Kriminalität ist grenzenlos und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten ist von wesentlicher Bedeutung. Über die Jahre betrachtet stellen wir einen Aufwärtstrend bei der Beteiligung von Drittstaaten an Eurojust-Fällen, Koordinierungstreffen und Gemeinsamen Ermittlungsgruppen fest. 2016 schloss Eurojust neue Kooperationsabkommen ab und baute sein weltweites justizielles Kontaktstellennetzwerk weiter aus. Drei Verbindungsstaatsanwälte, aus Norwegen, den USA und der Schweiz, sind bei Eurojust angesiedelt. In diesem Bericht bietet die schweizerische Verbindungsstaatsanwältin Einblicke in ihre Arbeit und den Mehrwert aus der engen Zusammenarbeit mit Eurojust.

Die konstante Entwicklung als Zentrum justizieller und juristischer Expertise in der Europäischen Union ist ein wichtiges Ziel von Eurojust. Eurojust produzierte 2016 unter anderem die ersten beiden Ausgaben des *Cybercrime Judicial Monitor*, einen Bericht zur Fallarbeit im Bereich des Europäischen Haftbefehls und überarbeitete Richtlinien zur Prävention und Beilegung von Zuständigkeitskonflikten zur Verwendung für Praktiker und zur Information für EU-Institutionen.

Unter Berücksichtigung einer sich verändernden Landschaft bei den Sicherheitsbedrohungen und des Rechtsrahmens im Hinblick auf Eurojust haben wir mit der Überprüfung der Organisationsstrukturen und internen Prozesse wichtige Schritte zur Optimierung der Haupttätigkeit und strategischen Prioritäten von Eurojust unternommen, um die Erwartungen der Mitgliedstaaten in Zeiten begrenzter Haushalte zu erfüllen. Im kommenden Jahr ziehen wir in unsere neuen Räumlichkeiten um, was einen weiteren Meilenstein in der Geschichte von Eurojust darstellt.

Eurojust bietet durch seine unmittelbare Reaktion auf Unterstützungsersuche, seine Hilfe beim Informationsaustausch über die Grenzen hinweg in einer minimalen Zeit, seine Unterstützung bei der Überwindung rechtlicher und praktischer Hindernisse in komplexen Fällen sowie durch seine Unterstützung und Finanzierung von Gemeinsamen Ermittlungsgruppen einen Mehrwert. Ich bin zuversichtlich, dass Eurojust, zusammen mit meinen Vizepräsidenten, dem neu gewählten Herrn Klaus Meyer-Cabri und dem wiedergewählten Herrn Ladislav Hamran, sowie mit den Mitgliedern des Kollegiums und der Verwaltung als wichtiger Akteur bei der justiziellen Zusammenarbeit und Koordinierung in Strafsachen weiter wachsen und sein volles Potenzial erreichen wird.



Michèle CONINSX  
Präsidentin von Eurojust







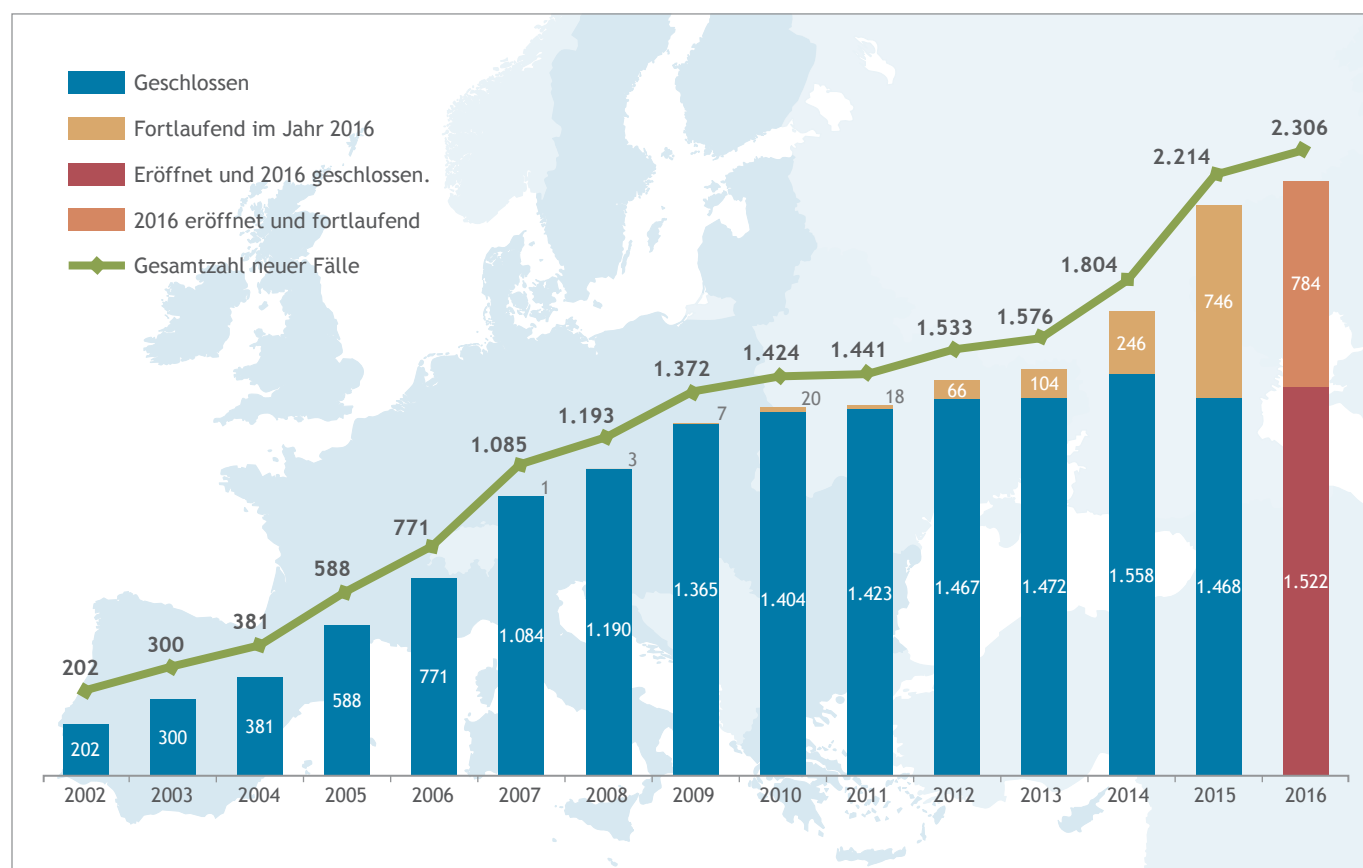


# Zusammenfassung

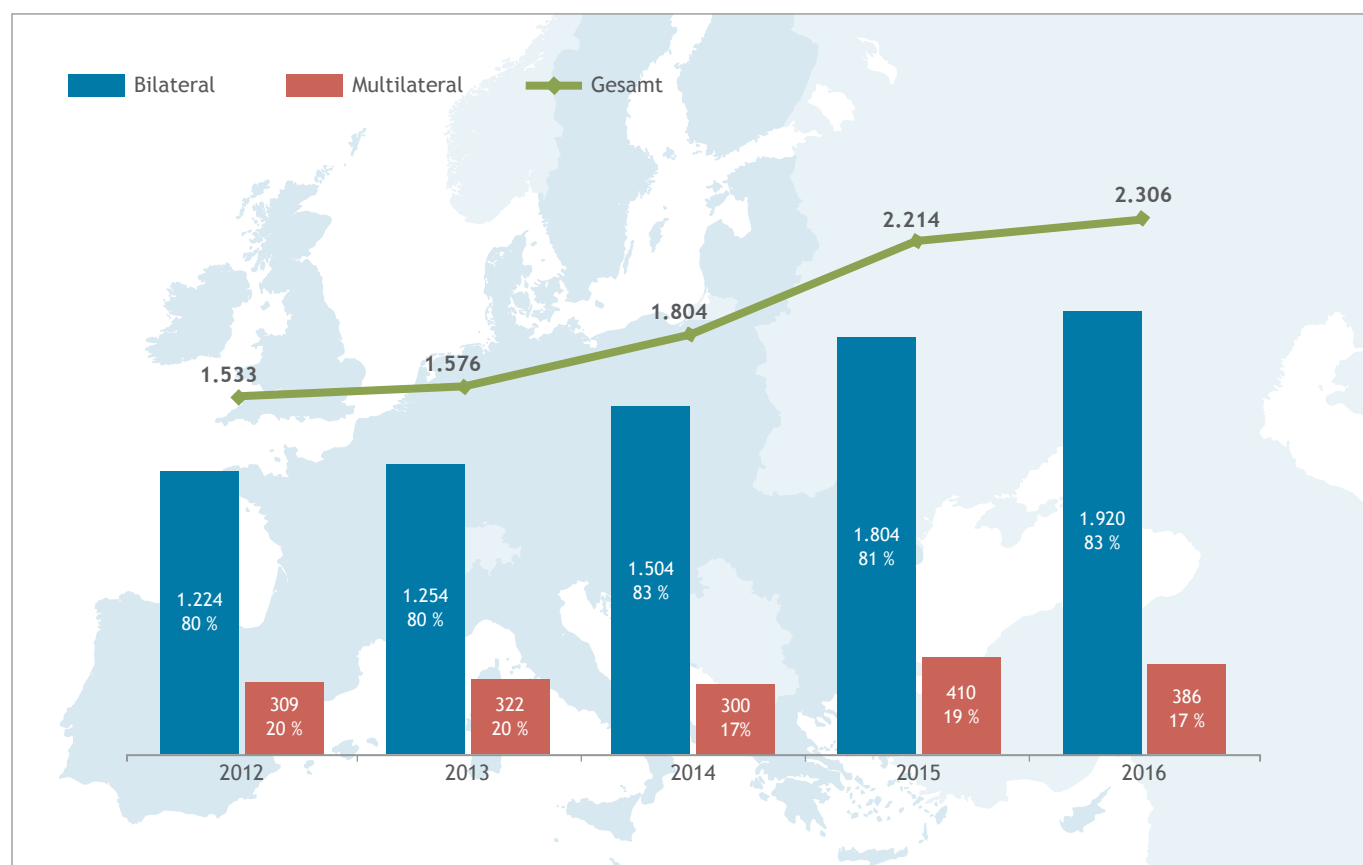
- ▶ Die **Zahl der Fälle**, bei denen Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung der schweren grenzüberschreitenden Kriminalität um die Unterstützung von Eurojust ersuchten, ist um vier Prozent gestiegen, von 2.214 im Jahr 2015 auf 2.306 im Jahr 2016. In 300 Fällen waren **Drittstaaten** beteiligt.
- ▶ Die **Fallarbeit** wuchs in den Bereichen Terrorismus, Schleuserkriminalität, Menschenhandel, Betrug und Geldwäsche.
- ▶ Es werden Einblicke in den Lebenszyklus des Falls und insbesondere in die Effektivität der **Treffen auf Ebene II** geboten, was auch über Fallillustrationen erläutert wird.
- ▶ Eurojust organisierte 249 **Koordinierungstreffen**, die 288 Fälle mit der Beteiligung von Europol (87) und OLAF (4) sowie zehn **Koordinierungszentren** beinhalteten. An 50 Koordinierungstreffen und zwei Koordinierungszentren waren **Drittstaaten** beteiligt.
- ▶ Eurojust unterstützte 148 **JITs**, was einer Steigerung um 23 Prozent gegenüber 2015 entspricht und wovon 69 neue JITs waren. In 14 Fällen waren **Drittstaaten** beteiligt.
- ▶ Eurojust unterstützte 90 JITs finanziell, was einer Steigerung von 32 Prozent gegenüber 2015 entspricht; an neun JITs waren Drittstaaten beteiligt.
- ▶ Eurojust unterstützte bei der Vollstreckung von **EuHBs** in 315 Fällen.
- ▶ Das **Europäische Justizielle Netzwerk gegen Cyberkriminalität** wurde durch Ratsbeschluss vom 9. Juni 2016 gegründet. Das Netzwerk wird von Eurojust unterstützt.
- ▶ **Stattgefundene Treffen:**
  - Taktisches Treffen zur Schleuserkriminalität, Februar
  - Strategisches Seminar, *Keys to Cyberspace (Schlüssel zum Cyberspace)*, Juni
  - Gemeinsames Treffen des beratenden Forums der Generalstaatsanwälte und Leiter von Staatsanwaltschaften der EU-Mitgliedstaaten (beratendes Forum) unter niederländischer und slowakischer Präsidentschaft, Juni
  - Taktisches Treffen zu Terrorismusfragen, Juni
  - EMPACT-Seminar zu OPC, Juni
  - Taktische Treffen, *Judicial Cooperation in Tax Crime Matters (Justizielle Zusammenarbeit bei Steuerstrafsachen)*, Oktober
  - Auftakttreffen des EJCEN, November
- ▶ Eurojust **produzierte:**
  - *Monitore für Verurteilungen wegen Terrorismus* und justizielle *Ad-hoc-Analysen*
  - *Vierter Bericht zu ausländischen terroristischen Kämpfern*
  - Zusammenfassung des dritten Berichts zu *ausländischen terroristischen Kämpfern*
  - *CBRN-E-Handbuch*
  - *Justiz-Monitore für Cyberkriminalität* und justizielle *Ad-hoc-Analysen*
  - Analyse nationaler Rechtsprechung im Hinblick auf Schleuserkriminalität (ES, FR, IT)
  - Eurojust-EBDD-Bericht, *New psychoactive substances in Europe: legislation and prosecution – current challenges and solutions (Neue psychoaktive Substanzen in Europa: Gesetzgebung und Strafverfolgung – aktuelle Herausforderungen und Lösungen)*
  - Richtlinien für die Entscheidung „*Welcher Gerichtsbarkeit sollte die Strafverfolgung obliegen?*“
- ▶ Bei Eurojust sind drei Verbindungsstaatsanwälte angesiedelt, aus Norwegen, den USA und der Schweiz. Es werden Einblicke in die Arbeit der schweizerischen Verbindungsstaatsanwältin geboten.
- ▶ Eurojust unterzeichnete **Kooperationsabkommen** mit Montenegro und der Ukraine und eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding) mit EUIPO. Das Abkommen mit der Republik Moldawien ist am 21. Oktober in Kraft getreten.
- ▶ Eurojust erweiterte sein weltweites **Netzwerk justizieller Kontaktstellen in Drittstaaten** auf insgesamt 41 Drittstaaten.
- ▶ Zur weiteren Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit ist Eurojust rechtliche und praktische Schwierigkeiten im Bereich **der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs, der Steuerbetrugsfälle** und des **Europäischen Haftbefehls** angegangen und hat seine überarbeiteten Richtlinien zu Zuständigkeitskonflikten veröffentlicht.
- ▶ Das Kollegium hat eine **neue Organisationsstruktur** für die Verwaltung verabschiedet.
- ▶ **Der Haushalt von Eurojust** für 2016 belief sich auf 43.539 Millionen Euro. Der Haushaltsvollzug lag bei 99,89 Prozent.



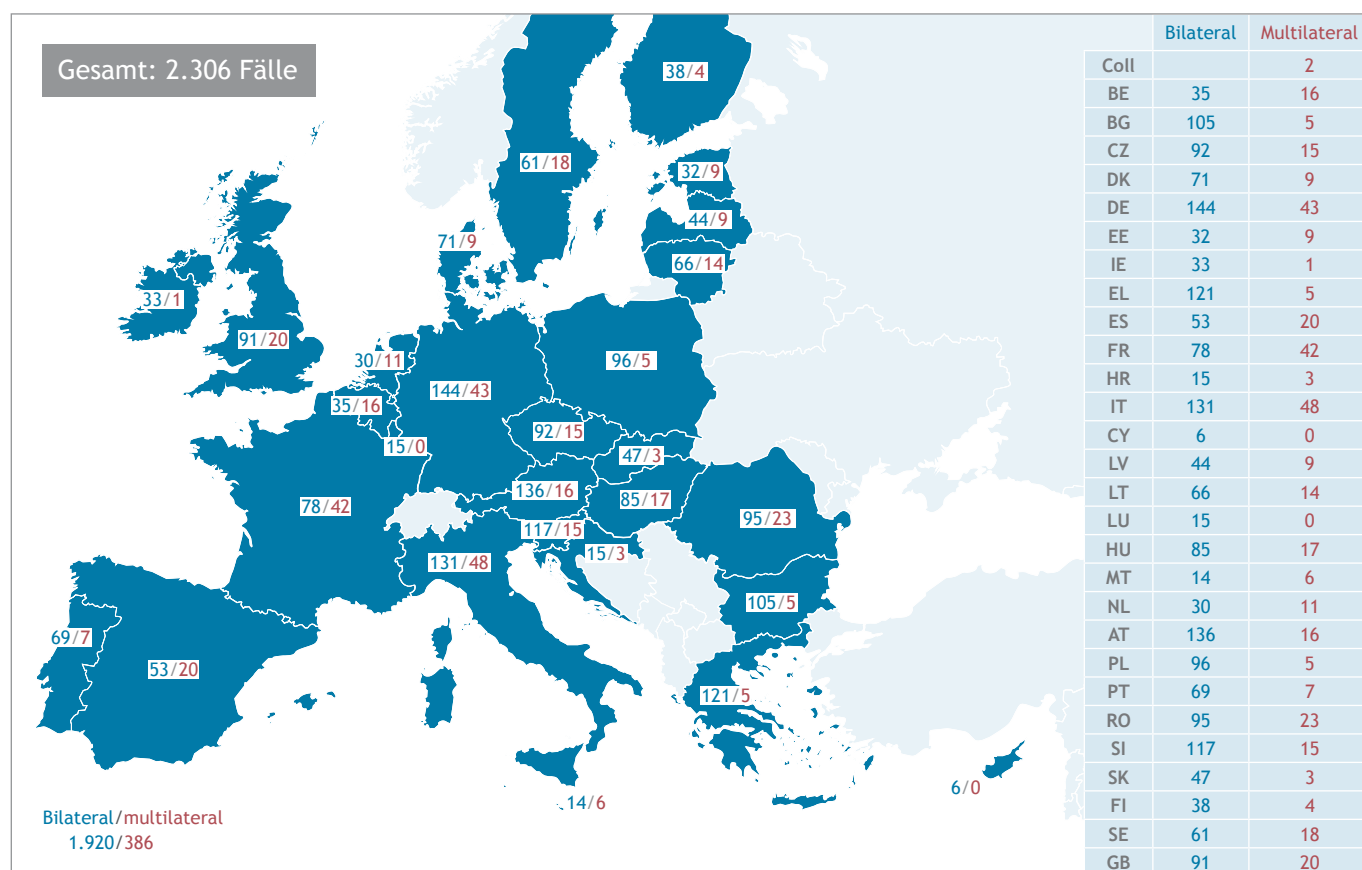
## Fallarbeit 2002–2016



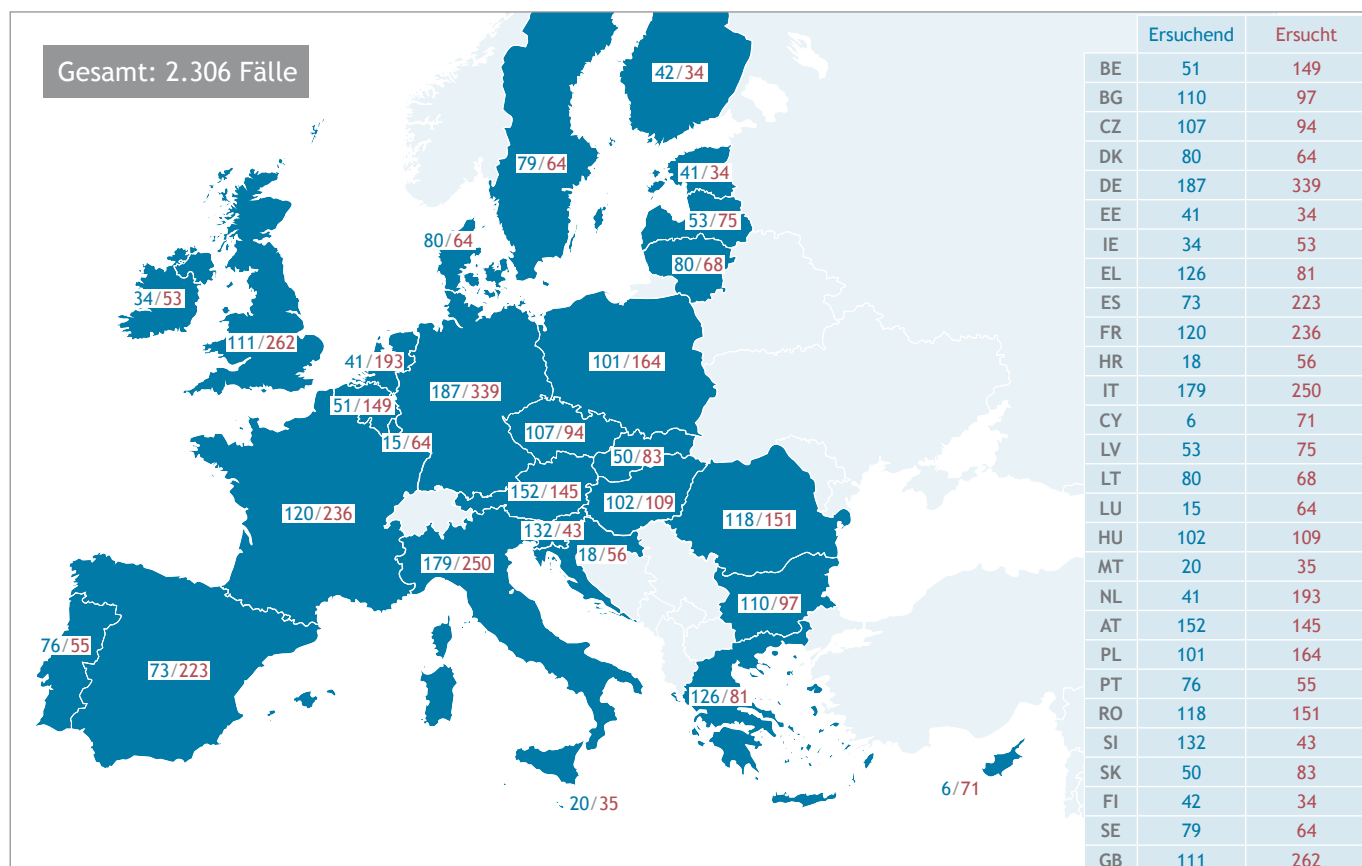
## Bilaterale/multilaterale Fälle 2012–2016



## Bilaterale/multilaterale Fälle



## Ersuchende/ersuchte Mitgliedstaaten





# Eurojust bei der Arbeit



**Was?** Eurojust, errichtet durch Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 18.02.2002 (2002/187/JHA), zuletzt geändert durch den Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 16.12.2008 (2009/426/JHA) gestützt auf Artikel 31 und 34 Absatz 2 Buchstabe c des Vertrages der Europäischen Union, ist eine zur verstärkten Bekämpfung der schweren Kriminalität eingerichtete europäische Agentur, deren Hauptaufgaben darin bestehen, die internationale Rechtshilfe im Bereich des Strafrechts zu erleichtern und zu beschleunigen und die Ermittlungen gegen grenzüberschreitend tätige kriminelle und terroristische Organisationen zu koordinieren, wenn zwei oder mehr Mitgliedstaaten der Europäischen Union betroffen sind.

Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im Hinblick auf einen bestimmten Mitgliedstaat und einen Drittstaat unterstützend tätig werden, wenn ein Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und dem Drittstaat getroffen wurde oder wenn ein wesentliches Interesse an der Bereitstellung dieser Unterstützung besteht.

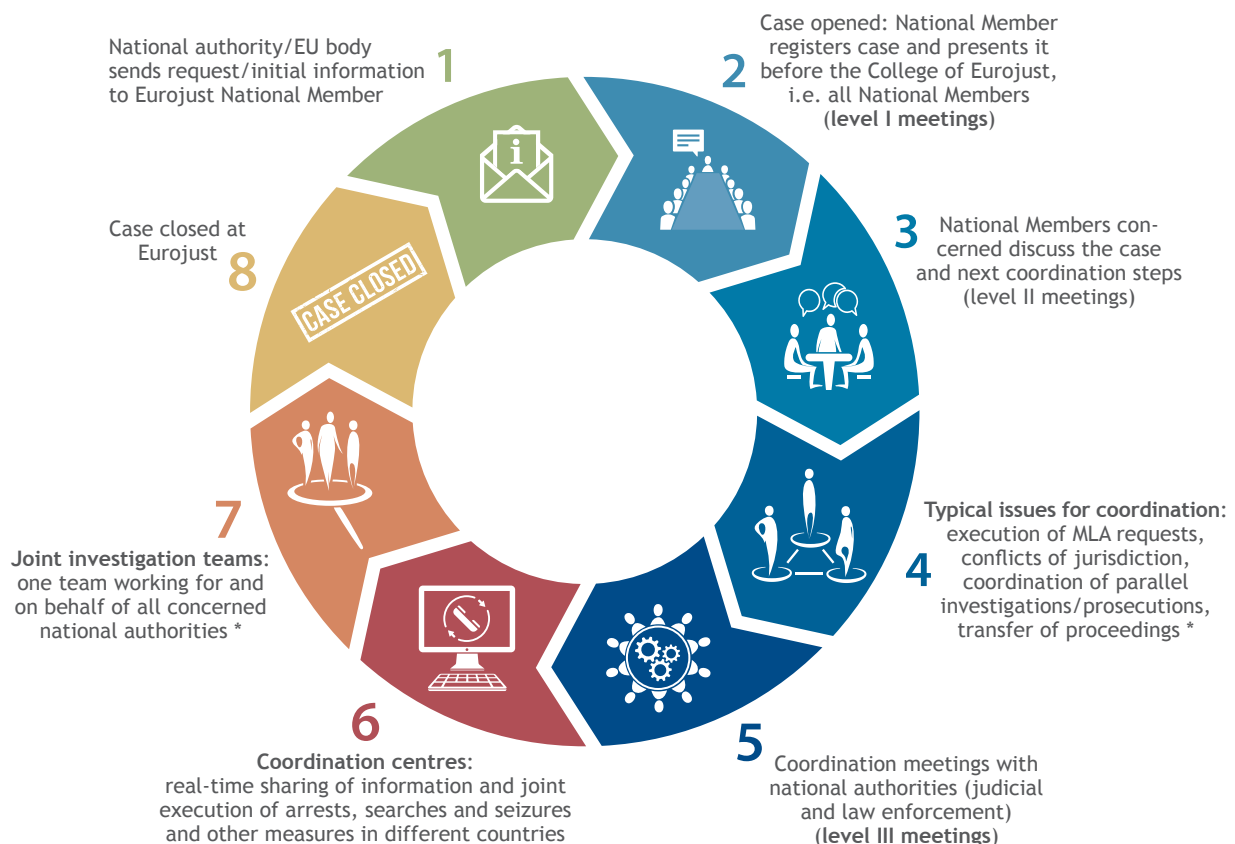
Auf Ersuchen eines Mitgliedstaats oder der Kommission kann Eurojust auch bei Ermittlungen und Strafverfol-

gungsmaßnahmen im Hinblick auf den Mitgliedstaat und die Europäische Gemeinschaft allein unterstützend tätig werden.

**Wer?** Das Eurojust-Kollegium besteht aus 28 Nationalen Mitgliedern, die Staatsanwälte und Richter sind und jeweils von ihren Mitgliedstaaten entsandt wurden. Die Nationalen Mitglieder sind bei Eurojust in Den Haag angesiedelt. Die meisten der Nationalen Mitglieder werden von einem Stellvertreter und/oder einem Assistenten unterstützt. Zusätzlich dazu sind derzeit Verbindungsstaatsanwälte aus Norwegen, der Schweiz und den USA zu Eurojust entsandt.

**Wie?** Zu den wichtigsten Rollen und Befugnissen von Eurojust gehört die Reaktion auf Ersuchen um Unterstützung seitens der zuständigen Nationalen Behörden von Seiten der Mitgliedstaaten. Im Gegenzug kann Eurojust Mitgliedstaaten um Aufnahme der Ermittlungen oder von Strafverfolgung in Bezug auf bestimmte Aktivitäten ersuchen. Die Nationalen Mitglieder führen das Mandat von Eurojust aus, indem sie die Arbeit der Nationalen Behörden in jedem Stadium der Ermittlungen und Strafverfolgung koordinieren. Eurojust bearbeitet seine Fälle auf drei Stufen (siehe Abschnitt 1.2 und 1.3).

## Eurojust case cycle



\* May also occur at different stages of the cycle

## 1.1 Eurojust-Treffen auf Ebene II

Zusammenarbeit, Koordinierung und Informationsaustausch sind grundlegend für die Arbeit von Eurojust. Eine effektive und zeitnahe Kommunikation, insbesondere zwischen den Nationalen Büros, die als Verbindungsglied zu den Nationalen Behörden dienen, ist der Eckpfeiler der Tätigkeit von Eurojust. Auf Vorschlag des Nationalen Mitgliedstaats, dessen Nationale Behörden Eurojust um Unterstützung ersuchten, entscheidet das Kollegium von Eurojust während seiner operativen Treffen – die sogenannten **Treffen auf Ebene I** – über die Registrierung von Fällen sowie über die Schließung von Fällen, wenn das Ziel der Beteiligung von Eurojust erreicht wurde.

Nachdem ein Fall von Eurojust angenommen und registriert wurde, können die beteiligten Nationalen Büros ein Treffen auf Ebene II einberufen, wenn dies für die Koordinierung des Falls erforderlich ist. **Treffen auf Ebene II** sind Treffen zwischen den Nationalen Mitgliedern und gegebenenfalls der bei Eurojust angesiedelten Verbindungsstaatsanwälte. Sie können kurzfristig organisiert werden. Diese Flexibilität ist von großem Wert in dringenden Situationen, in denen eine schnelle Reaktion erforderlich ist. Das Nationale Büro,

das den Fall eröffnete, erläutert die Einzelheiten des Falls und die rechtlichen und/oder praktischen Fragen der entsprechenden justiziellen Zusammenarbeit sowie die von anderen beteiligten Staaten benötigte Unterstützung. Ein Treffen auf Ebene II kann ausreichen, um die Bedürfnisse im Rahmen des Falls zu erfüllen.

Treffen auf Ebene II sind Voraussetzung für die Organisation von Treffen auf Ebene III, auch bekannt als Koordinierungstreffen (siehe Abschnitt 1.2), sie bedeuten den Übergang von der internen zur externen Arbeit. Wenn ein Nationales Büro beabsichtigt, ein Koordinierungstreffen zu organisieren, werden in einem Treffen auf Ebene II die Notwendigkeit, der Zweck und die Ziele eines Koordinierungstreffens geprüft. Treffen auf Ebene II werden auch genutzt, um die Modalitäten, die externe Beteiligung, Vertraulichkeit und Offenlegungspflichten und die damit verbundenen Sicherheitsprobleme sowie die Nutzung von Videokonferenzen zu vereinbaren. Darüber hinaus können die Teilnehmer an einem Treffen auf Ebene II die Notwendigkeit einer Analyse und eines möglichen Beitrags durch Europol oder die Einsetzung und Arbeitsweise

### Zuständigkeitsprobleme in einem Fall von Schleuserkriminalität bei einem Treffen auf Ebene II gelöst

Nach dem tragischen Tod von rund 300 Migranten im Mittelmeer im Juni 2016 leiteten die italienischen Behörden strafrechtliche Ermittlungen im Hinblick auf die Umstände des Schiffbruchs ein, der den Verlust von Menschenleben verursacht hatte. Die Ermittlungen ergaben, dass die Migranten bei dem Versuch, die italienische Küste in einem überladenen Holzboot zu erreichen, von den griechischen Behörden geortet wurden, und dass ein norwegischer Öltanker, der in der Nähe des Schiffes fuhr, herbeigerufen wurde, um die Migranten zu retten. Das Holzschiff kenterte, bevor die Migranten an Bord gebracht werden konnten. Aufgrund des rauen Seegangs schlug das Migrantenschiff immer wieder gegen den Rumpf des Öltankers und sank.

Der Fall warf einige Zuständigkeitsfragen auf, die sich auf die Maßnahmen der italienischen Behörden auswirkten. Der Schiffbruch trat auf hoher See und damit außerhalb der Zuständigkeit der italienischen Behörden auf. Der Öltanker fuhr unter norwegischer Flagge und der Kapitän war spanischer Staatsangehöriger. Auf der Grundlage dieser Fakten hatten sowohl Norwegen als auch Spanien ein Interesse an dem Fall.

Im Gegensatz zu den meisten früheren Fällen, in denen Eurojust ersucht wurde, bei der Bestimmung zu unterstützen, welche Gerichtsbarkeit am geeignetsten war, die Ermittlungen und das Strafverfahren durchzuführen, bestand die Besonderheit dieses Falls im möglichen Vorliegen eines negativen Zuständigkeitskonflikts. Die italienische hoheitsgebietliche Zuständigkeit war aus den oben genannten Gründen ausgeschlossen und es war unklar, ob die maßgebende Zuständigkeit bei Norwegen oder Spanien lag. Die dadurch bestehende Gefahr bestand darin, dass keines der Länder, die mit dem Fall befasst waren, zuständig wären.

Zur Vermeidung eines möglichen Zuständigkeitskonflikts wurde Eurojust ersucht, bei der Bestimmung zu unterstützen, welche Gerichtsbarkeit am geeignetsten war, um in dem Fall zu ermitteln und Strafverfahren durchzuführen. Bei einem vom italienischen Nationalen Mitglied organisierten **Treffen auf Ebene II** im Juli erreichten das spanische Nationale Mitglied und der norwegische Verbindungsstaatsanwalt bei den mit dem Fall einhergehenden Zuständigkeitsproblemen eine Übereinstimmung und vereinbarten, mit einer bevorzugten Lösung an die jeweiligen Nationalen Behörden heranzutreten. Als Ergebnis der Koordinierungsbemühungen von Eurojust akzeptierten die Nationalen Behörden von Norwegen, des Flaggenstaats, die Ausübung der primären Zuständigkeit in dem Fall auf der Grundlage des UN-Seerechtsübereinkommens von 1982 (UN-Übereinkommen von Montego Bay) und gewährleisteten damit eine gemeinsame Strategie und einen gemeinsamen Ansatz für das Strafverfahren.

eines JIT prüfen. Koordinierungstreffen sind ein teures Werkzeug und Treffen auf Ebene II gewährleisten, dass diese Treffen nur stattfinden, wenn sie einen Mehrwert

bei der Lösung der noch offenen Probleme der justiziellen Zusammenarbeit bringen. Darüber hinaus befassen sich einige Koordinierungstreffen mit mehr als einem Fall.

## 1.2 Eurojust-Koordinierungstreffen

Der Zweck eines Koordinierungstreffens, eines sogenannten **Treffens auf Ebene III**, besteht in der Förderung und im Erreichen einer Vereinbarung zwischen den Nationalen Behörden zu ihrer Zusammenarbeit und/oder zur Koordinierung der Ermittlungen und Strafverfolgung auf nationaler Ebene, wobei die rechtlichen und praktischen Schwierigkeiten, die sich aus den Unterschieden zwischen den 30 bestehenden Rechtssystemen in der Europäischen Union ergeben, berücksichtigt werden.

Koordinierungstreffen sind ein häufig genutztes operatives Instrument. Eurojust organisiert im Durchschnitt ein Koordinierungstreffen pro Werktag, 2016 waren dies insgesamt 249 Treffen, von denen 31 außerhalb der Räumlichkeiten von Eurojust stattfanden, entweder in den Mitgliedstaaten (z. B. in Griechenland, der Tschechischen Republik und in Slowenien) oder Drittstaaten (Bosnien und Herzegowina und Schweiz). Die behandelten Fälle befassten sich mit praktisch allen Bereichen der schweren organisierten grenzüberschreitenden Kriminalität, von denen die häufigsten Geldwäsche, Betrug und Drogenhandel sind. Bei diesen 249 Koordinierungstreffen wurden 288 Fälle behandelt. Im Jahr 2016 richtete Eurojust, mit 93 Teilnehmern aus 23 Mitgliedstaaten und Europol, sein größtes Koordinierungstreffen aus.

An diesen Treffen nehmen externe Teilnehmer teil, d. h. die nationalen Justiz- und Polizeibehörden der Mitgliedstaaten. Zusätzlich können Vertreter von Drittstaaten sowie Vertreter von Kooperationspartnern wie Europol und OLAF und internationale Organisationen wie Interpol eingeladen werden.

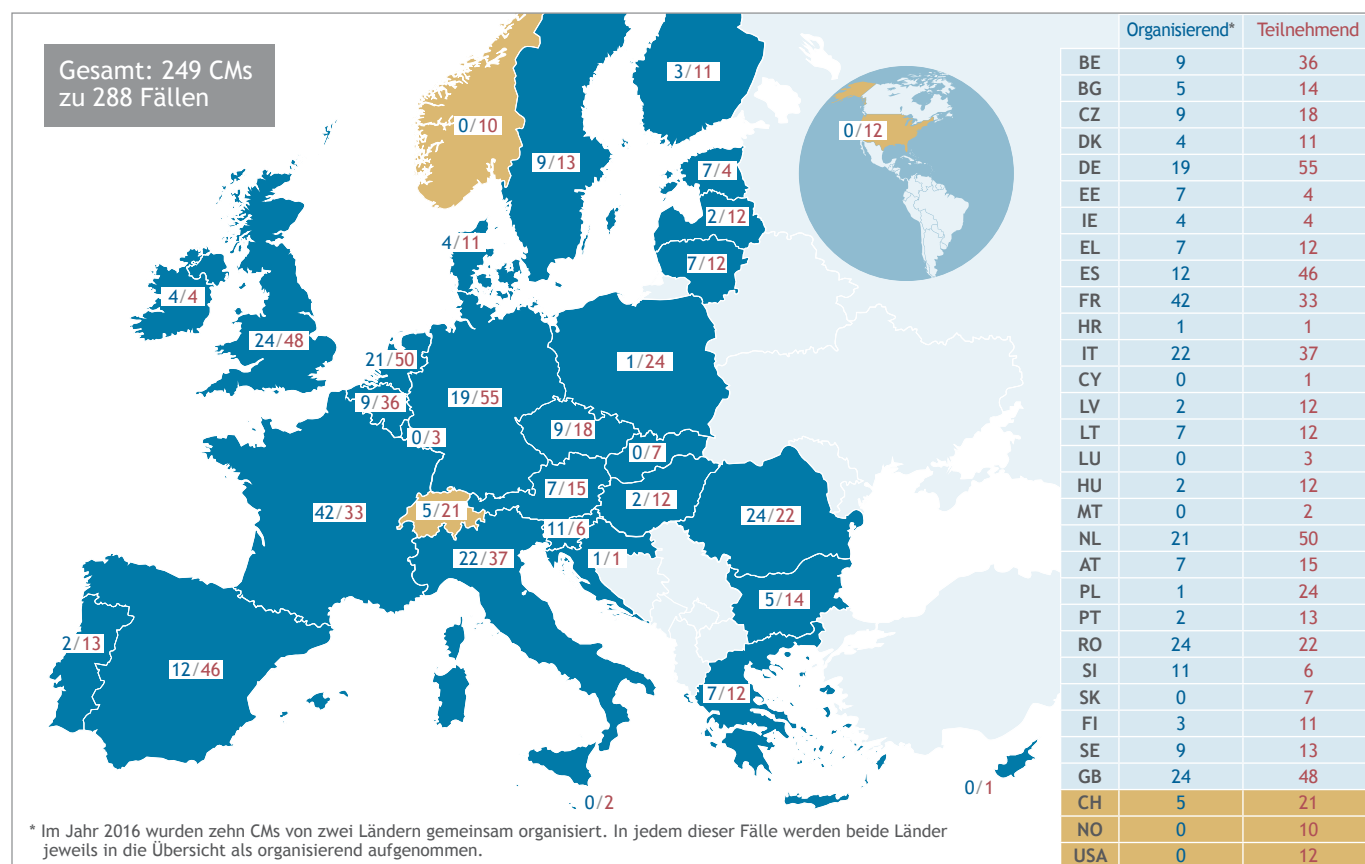
Ein wesentlicher, während der Koordinierungstreffen bereitgestellter Dienst ist die Simultanübersetzung, bei der den Teilnehmern ermöglicht wird, in ihrer eigenen Sprache direkt mit ihren Kollegen zu kommunizieren und die Probleme der justiziellen Koordinierung zu präsentieren, die bei strafrechtlichen Ermittlungen oder Strafverfolgungsmaßnahmen entstehen.

Koordinierungstreffen werden eingesetzt, um den Informationsaustausch zu vereinfachen, Mittel und Methoden zur Unterstützung der Ausführung von Rechtshilfeersuchen oder Zwangsmaßnahmen (z. B. Durchsuchungsbefehle und Haftbefehle) zu ermitteln und anzuwenden, die mögliche Einrichtung und Arbeit eines JIT zu erleichtern, laufende Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zu koordinieren und Zuständigkeitskonflikte, sich aus dem Grundsatz des ne bis in idem ergebende Schwierigkeiten und andere rechtliche oder beweisrechtliche Probleme zu erkennen, zu verhindern oder zu lösen.

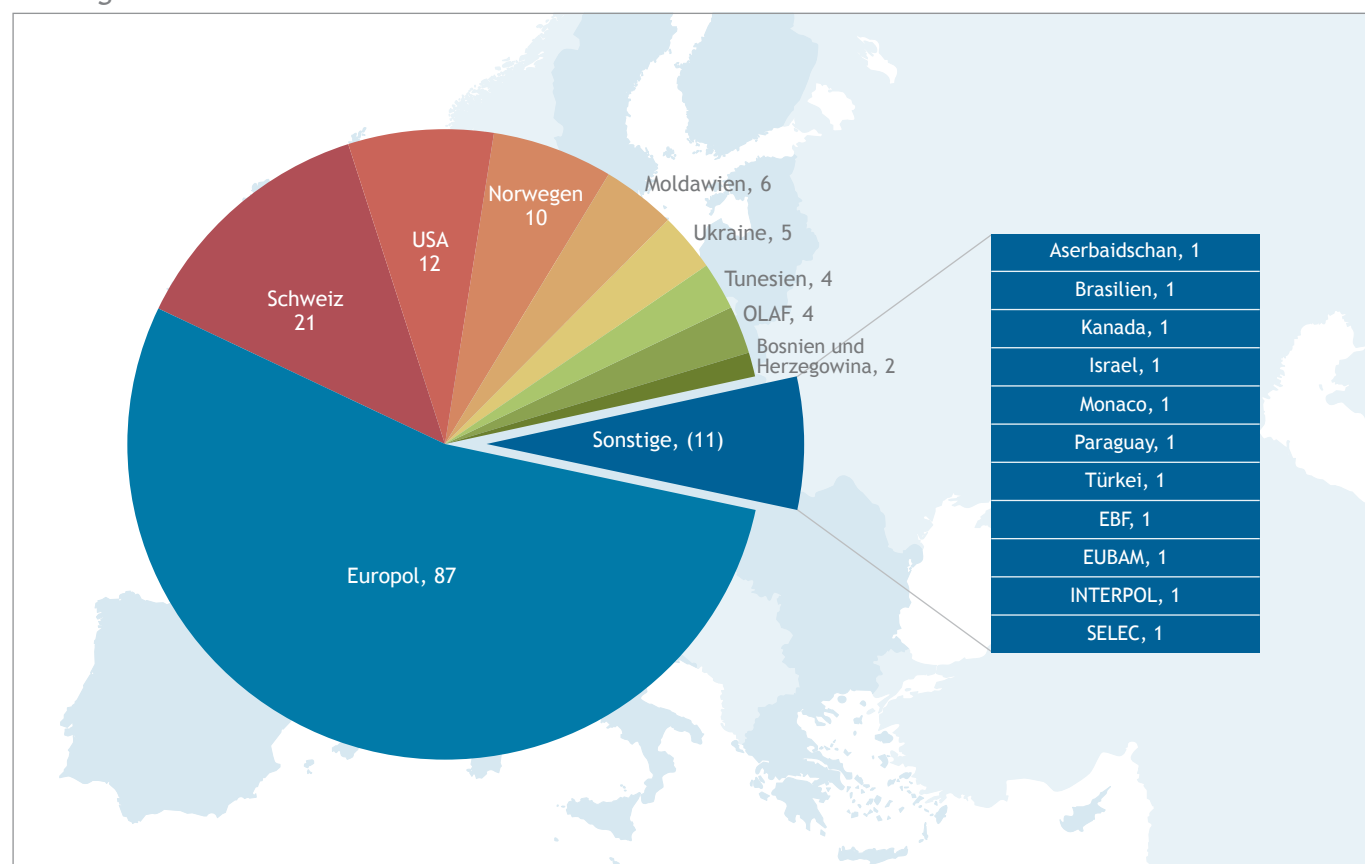




## Koordinierungstreffen (CM)



## Drittstaaten, Kooperationspartner und internationale Organisationen, die an Koordinierungstreffen beteiligt waren



## 1.3 Eurojust-Koordinierungszentren

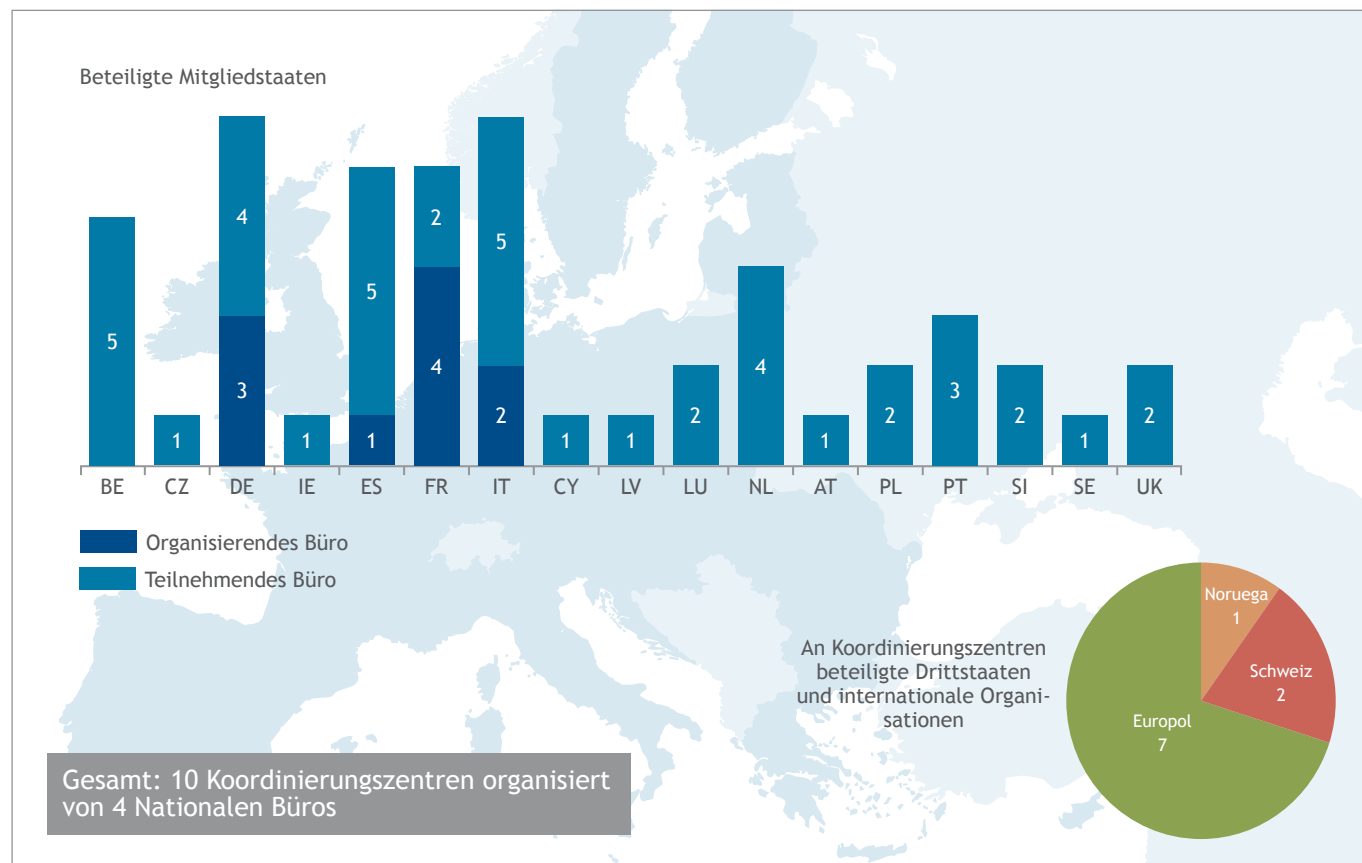
Wenn komplexe Fälle den Informationsaustausch in Echtzeit und groß angelegte multilaterale Maßnahmen (z. B. die Vollstreckung mehrerer Haftbefehle in verschiedenen Ländern) erfordern, kann Eurojust die betreffenden Nationalen Behörden durch die Einrichtung eines Koordinierungszentrums in seinen Räumlichkeiten unterstützen. Die Koordinierungszentren dienen als zentrale Drehscheibe für den Informationsaustausch sowie die Koordinierung der gemeinsamen Durchführung von justiziellen und polizeilichen Maßnahmen in verschiedenen Ländern (Beschlagnahmen, Verhaftungen, Haus-/Unternehmensdurchsuchungen, Sicherstellungsentscheidungen und Zeugenbefragungen).

Während der Dauer eines Koordinierungszentrums sind alle beteiligten Behörden durchgehend über spezielle Telefonleitungen und Computer miteinander verbunden und Informationen werden über Eurojust schnell von einer Behörde zur anderen weitergegeben. Die gemeinsame Durchführung von Maßnahmen wird ständig überwacht und in der Absicht, operative oder justizielle Hindernisse zu antizipieren und zu lösen, die sich auf den Erfolg der Operation auswirken können, koordiniert.

Zudem stellt Eurojust allen beteiligten Behörden vor der Durchführung eines Koordinierungszentrums in der Regel eine Übersicht über die relevanten Informationen zu allen Zielen, die Gegenstand der gemeinsamen Maßnahmen sind, bereit, einschließlich, sofern vorhanden, deren Telefonnummern, Standorte und Bankkonten.



### Koordinierungszentren



Sieben der 2016 durchgeführten zehn Koordinierungszentren befassten sich vor allem mit Finanzkriminalität (z. B. Betrug und Geldwäsche). Vier Mal waren die

Koordinierungszentren mit Fällen befasst, für die ein JIT gegründet worden war.

## 1.4 Eurojust und Gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs)

Eurojust nimmt in diesem Bereich, sowohl durch die entsprechende Unterstützung der JITs als auch durch die Beratung von Praktikern, als Zentrum der justiziellen und juristischen Kompetenz eine herausragende Rolle ein. Im Jahr 2016 wurden 148 JITs von Eurojust unterstützt, von denen 69 neu gegründet wurden. Nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates 2002/465/JI in Italien im März 2016 unterstützte Eurojust die Nationalen Behörden in acht neu gegründeten JITs, an denen Italien beteiligt war. Eurojust unterstützte gleichfalls 14 JITs, an denen Drittstaaten beteiligt waren, wobei drei von diesen 2016 gegründet wurden (Bosnien und Herzegowina (2), Moldawien (2), Norwegen (3), Serbien (3), die Schweiz (2), USA (1) und die Ukraine, Australien und Malaysia (Beteiligung an 1 JIT)).

Im Kontext der jüngsten beispiellosen Zahl an Migranten, die in die Europäische Union einreisen, und der zunehmenden Beteiligung von Gruppen organisierter Kriminalität (OCG) an Schleuserkriminalität im Zusammenhang mit dieser Krise förderte Eurojust Gespräche mit Praktikern, um rechtliche und praktische Herausforderungen zu ermitteln, bewährte Methoden auszutauschen und den Einsatz Gemeinsamer Ermittlungsgruppen zu verstärken. Elf JITs waren mit Schleuserkriminalität befasst, von denen fünf neu gegründet wurden und an einem JIT war Serbien beteiligt.

Bei dem Taktischen Treffen zu den juristischen Herausforderungen der Schleuserkriminalität und bei der 12. Jahrestagung der JIT-Experten wurden die im Zusammenhang mit JITs in Fällen von Schleuserkriminalität bestehenden Herausforderungen und Möglichkeiten besprochen, darunter eine mögliche Strategie, Praktikern die Einleitung grenzüberschreitender Ermittlungen zu ermöglichen und um proaktiv JITs einzusetzen, um Schleusernetzwerke aufzudecken. Der Mehrwert der Beteiligung von Drittstaaten an JITs wurde betont. Zur Erleichterung dieser Beteiligung haben Eurojust und das JITs-Netzwerk ein Werkzeug entwickelt, das – für jeden Drittstaat – die anwendbare Rechtsgrundlage für die Gründung von JITs und die praktischen Erfahrungen der betreffenden Länder in diesem Bereich identifiziert. Das bei dem Jahrestreffen vorgestellte und im zugangsbeschränkten Bereich des JITs-Netzwerks verfügbare Werkzeug wird regelmäßig aktualisiert.

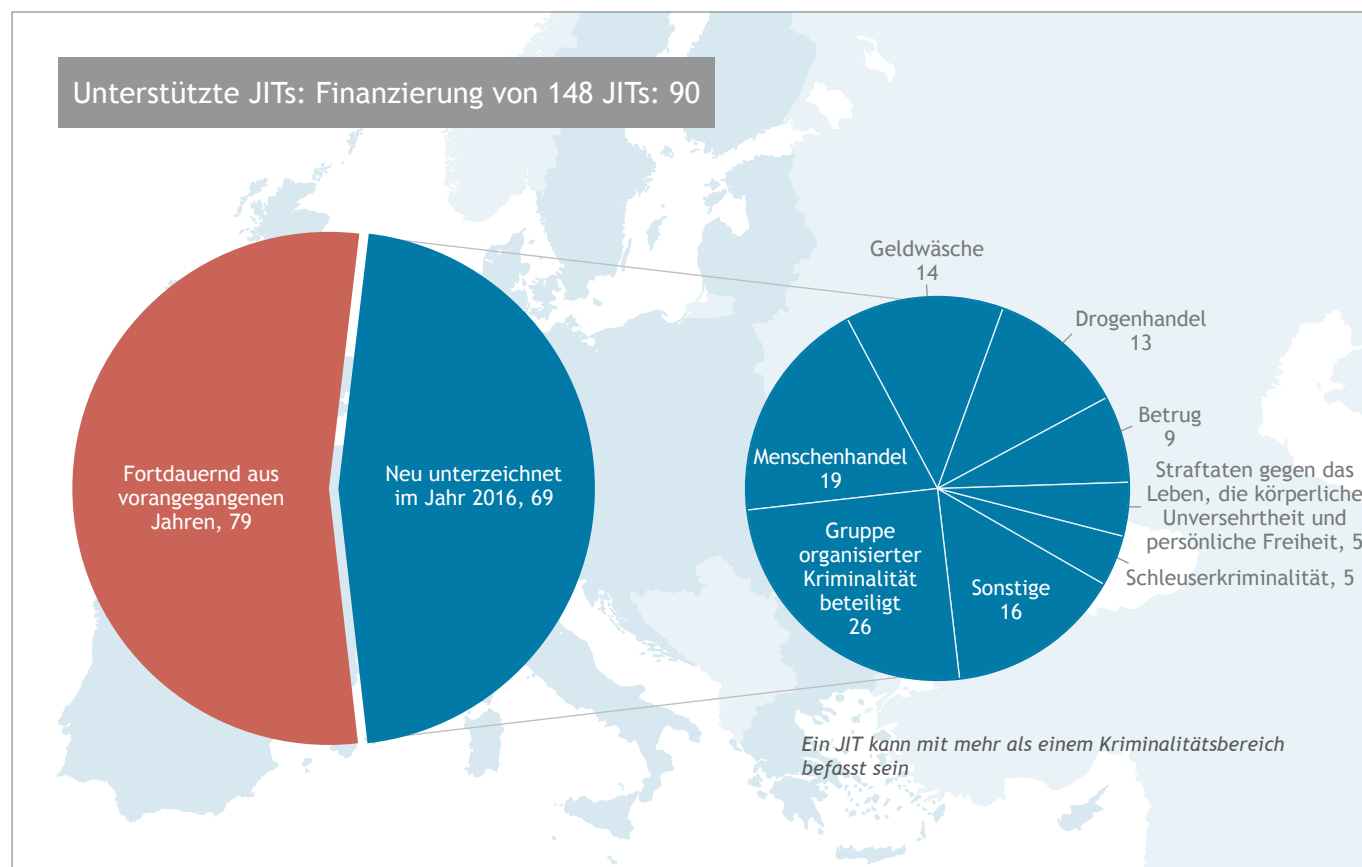
Bei der Evaluierung der JITs wurde Feedback zum Nutzen der JITs mit Drittstaaten gesammelt. Bei einem zwischen Bosnien und Herzegowina und Frankreich in einem Fall von Menschenhandel gegründeten JIT (siehe [Eurojust-Jahresbericht 2015S. 51](#)) wurde das JIT als effizientester Weg befunden, auf die Mobilität der Mitglieder der kriminellen Vereinigung angemessen zu reagieren, eine koordinierte Operation innerhalb eines kurzen Zeitrahmens durchzuführen und einen gemeinsamen Ansatz für die Unterstützung der Opfer zu erleichtern.

Im Jahr 2016 erreichte ein zwischen den Niederlanden, Belgien, der Ukraine, Australien und Malaysia im Hinblick auf den Absturz des Flugs MH17 am 17. Juli 2014 gegründetes JIT (siehe [Eurojust-Jahresbericht 2014, S.22](#)) mit der Präsentation der ersten Ermittlungsergebnisse einen wichtigen Meilenstein. Der Fall profitierte von der Flexibilität und Schnelligkeit des Informationsaustausches, die durch das JIT ermöglicht wurden. Bei derart anspruchsvollen, komplexen Ermittlungen, bei denen die Ermittlungsrichtung schwer vorauszusehen ist, wäre der Einsatz von Rechtshilfeersuchen äußerst mühsam und unpraktisch. Vor Ort erleichterte das JIT die Beteiligung der entsandten Mitglieder (niederländische und australische Beamte), die an der Befragung von Zeugen in der Ukraine und der Analyse der Beweismittel beteiligt waren, die sich zu einem wesentlichen Teil ebenfalls in der

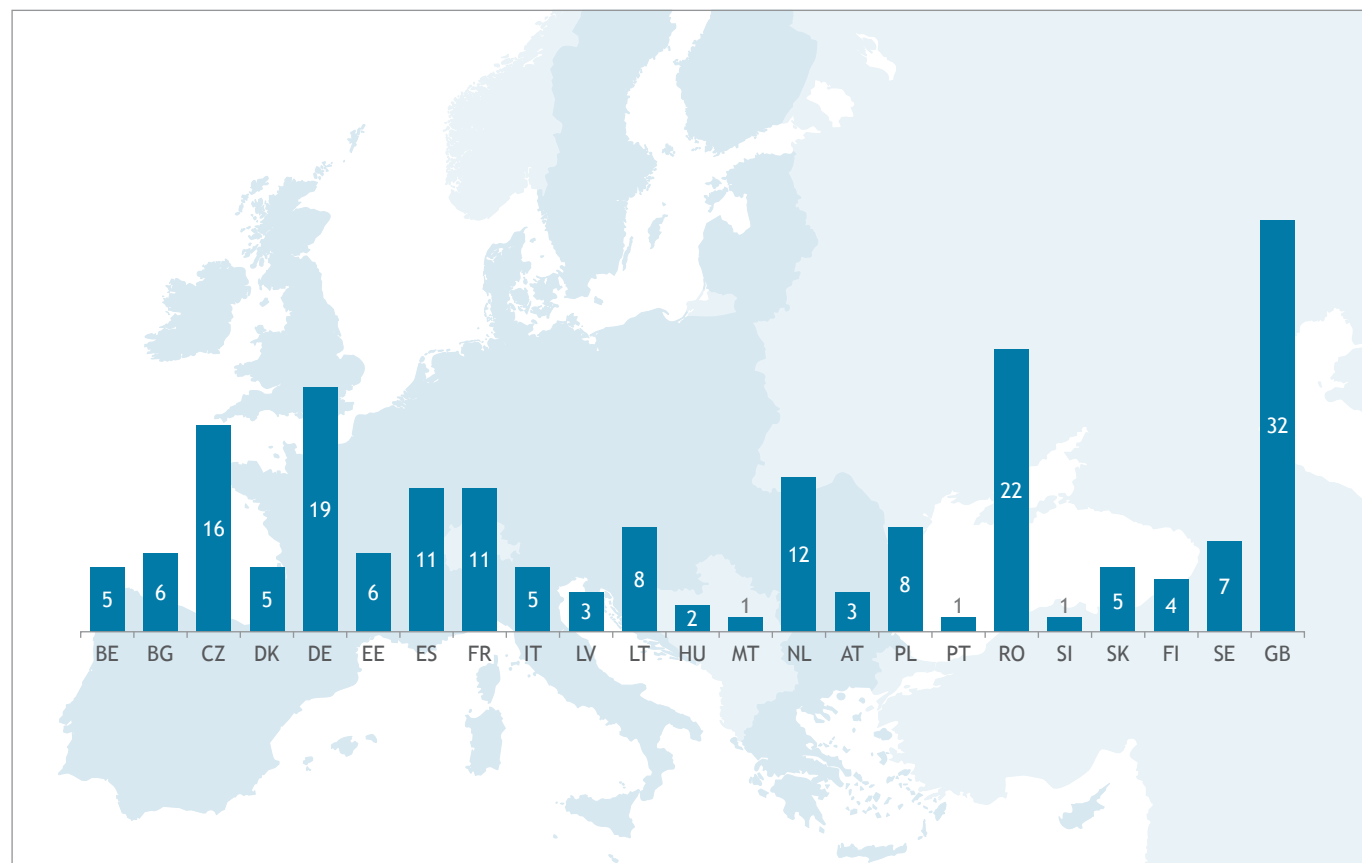




## Von Eurojust unterstützte JITs einschließlich der Hauptkriminalitätsbereiche



## Finanzierte JITs pro Mitgliedstaat



## Who can apply?

- ▶ Judicial and/or law enforcement authorities
- ▶ JITs between EU States and JITs between EU/non-EU States
- ▶ Eurojust's National Members invited to participate in the JIT

## What is not covered?

- ✗ Costs prior to the JIT
- ✗ Domestic costs
- ✗ Purchase of equipment
- ✗ Pre-financing of costs

## What is covered?

### Costs of cross-border operations

- ✓ Travel and accommodation
- ✓ Interpretation and translation
- ✓ Transport of evidence/ seized items

### Logistical support

- ✓ Loan of smartphones, laptops, mobile scanners & printers
- ✓ Communication costs

## JIT funding process

## How to submit

- ▶ Access the JIT portal and fill in the web form
- ▶ Include needs of all JIT partners
- ▶ Attach JIT agreement, extensions and, where applicable, financial identification form (FIF)
- ▶ Submit within set fifteen-day period

## Evaluation & award

- ▶ Evaluation by Eurojust staff and practitioners
- ▶ Decision within 15 days

## Action

- ▶ Planned actions to be performed within three-month period

6

## Claim

- ▶ Send form & supporting documents to [jits@eurojust.europa.eu](mailto:jits@eurojust.europa.eu)
- ▶ Within one month after end of action period
- ▶ Individual claims by each institution/agency



Ukraine befanden. Das über das JIT geschaffene Vertrauen erleichterte eine gemeinsame Herangehensweise im Hinblick auf die Opfer, die von den niederländischen Behörden koordiniert wurde. Nach der Gründungsphase war das JIT eigenständig und erhielt Finanzierung von Eurojust, wodurch die Treffen und die Kommunikation mit den ukrainischen Behörden erleichtert wurden.

Die Ausweitung der JITs auf Drittstaaten wurde bei der Überarbeitung der praktischen Werkzeuge, die entwickelt wurden, um den Einsatz von JITs durch Praktiker zu unterstützen, berücksichtigt: die [JIT-Modellvereinbarung](#) und der [Praktische Leitfaden zur Unterstützung der JITs](#). Die neue Modellvereinbarung basiert nicht mehr ausschließlich auf EU-Rechtsinstrumenten, sondern enthält weitere JIT-Rechtsgrundlagen und dürfte die Gründung von JITs mit Drittstaaten erleichtern. Sie wird zur Beschleunigung der Ausarbeitung künftiger Vereinbarungen beitragen. Der Praktische Leitfaden für die JITs wurde entwickelt, um Praktikern, vor allem aus Drittstaaten, den Zugang zu JITs zu erleichtern.

## Finanzielle Unterstützung für JIT-Operationen durch Eurojust

Der verstärkte Einsatz von JITs spiegelt sich in der Zunahme der Zahl der bei Eurojust eingehenden Anträge auf finanzielle Unterstützung wider: Von dem Sekretariat des JITs-Netzwerks wurden 180 Finanzierungsanträge bearbeitet (144 Anträge im Jahr 2015). Die Anzahl der von JITs mit Drittstaaten erhaltenen Anträge (18) entspricht diesem Aufwärtstrend (13 Anträge im Jahr 2015). Es wurden 15 Finanzierungen gewährt, mit denen neun JITs finanziert wurden, an denen Serbien (2), die Schweiz (2), Norwegen (2), Moldawien (1), Bosnien und Herzegowina (1) und die Ukraine, Australien und Malaysia (Beteiligung an einem JIT) beteiligt waren. Insgesamt wurden 90 JITs finanziell unterstützt (68 im Jahr 2015). Von diesen wurden 58 JITs im Lauf des Jahres erstmalig finanziell unterstützt.

Die Bewilligungsprozesse für die Finanzierung von JITs wurden überprüft, um die operativen Bedürfnisse zu erfüllen und die Effizienz zu steigern, und es wurden die folgenden Maßnahmen eingeführt:

- ▶ Einführung einer neuen Kostenkategorie (grenzüberschreitende Übermittlung von Beweismitteln/beschlagnahmten Gegenständen);
- ▶ Erweiterung der finanziellen Unterstützung für Personen, die zu grenzübergreifenden operativen Tätigkeiten des JIT beitragen, ohne formell als Mitglieder ernannt zu sein (z. B. Dolmetscher, forensische Experten usw.);
- ▶ Einführung von Kosteneinheit für eine Kategorie (Reise und Unterkunft) zur Beschleunigung der Erstattung der Kosten;

▶ Einführung von nach Haushalt getrennten Mittelzuweisungen, um Flexibilität bei der Verwendung und Wiederverwendung freigegebener Gelder zu erzielen; und

▶ Vereinfachung im Hinblick auf die Belege für die Erstattung.

Zur Unterstützung der JIT-Praktiker bei der Navigation durch den Finanzierungsprozess stehen auf unserer Website eine [Infografik](#) und ein [JIT-Finanzierungsleitfaden](#) zur Verfügung; diese sind in den meisten amtlichen EU-Sprachen verfügbar.

### Serbien beteiligt sich an einem JIT, das mit Geldfälschung befasst ist.

Durch tschechische Ermittlungen in einem Fall im Zusammenhang mit gefälschten US-Dollar- und Euro-Banknoten wurde eine OCG aufgedeckt, die hauptsächlich aus serbischen Staatsangehörigen bestand, die ebenso in Drogenhandel verwickelt waren. Die OCG bot, vor allem in Prag, große Mengen gefälschter Banknoten zum Verkauf an. Die Ermittler entdeckten eine Druckerei in der Nähe von Belgrad, Serbien. Es wurde vermutet, dass der Hauptorganisator als Bindeglied zwischen Tätern in anderen Mitgliedstaaten gehandelt hatte. Für den Transport der gefälschten Banknoten verwendete die OCG geheime Fächer in Lastwagen. Die Banknoten wurden Stammkunden zu 15 bis 20 Prozent des Nennwerts und anderen zu 30 Prozent des tatsächlichen Preises angeboten.

Im Dezember 2014 wurde eine intensive polizeiliche Zusammenarbeit zwischen der Tschechischen Republik, Ungarn, Österreich, Serbien und Europol gestartet. Europol bestätigte, dass gefälschte Banknoten mit den gleichen Seriennummern nicht nur in der Tschechischen Republik, sondern auch in Österreich, Ungarn, Deutschland, der Slowakischen Republik, Slowenien, Rumänien, Kroatien und Lettland sowie in den USA gefunden worden waren. Alle beschlagnahmten gefälschten Banknoten waren von sehr guter Qualität.

Anfang 2015 wurde Eurojust ersucht, die justizielle Zusammenarbeit zwischen den Nationalen Behörden der Tschechischen Republik, von Österreich, Ungarn, Serbien und der Slowakischen Republik zu erleichtern und Unterstützung bei der Gründung eines JITs zu leisten. Als Ergebnis eines Koordinierungstreffens im März vereinbarten die tschechische und die serbische Delegation, ein JIT zu gründen und Finanzierung durch Eurojust zu beantragen. Da in der Slowakischen Republik und in Ungarn keine Ermittlungen eingeleitet worden waren und die österreichischen Behörden sich in einem sehr frühen Stadium ihrer Ermittlungen befanden, beteiligten sich diese Mitgliedstaaten nicht am JIT, boten aber ihre Unterstützung an. Auf der Grundlage eines Rechtshilfeersuchens arbeitete Ungarn mit den tschechischen Behörden bei einer verdeckten Operation zusammen, bei der ein verdeckter Ermittler gefälschte Dollarnoten von einem der Beschuldigten in Ungarn kaufte.

Eurojust nahm bei der Herstellung von Kontakten zwischen der Tschechischen Republik und den serbischen Behörden und beim Aufbau einer gemeinsamen Vertrauensbasis zwischen diesen eine wichtige Rolle ein. Zu Beginn verfolgten die Parteien einen zurückhaltenden Ansatz und der Informationsaustausch war langsam. Die JIT-Treffen und ein zweites Koordinierungstreffen trugen zu einer schnellen Verbesserung in den Beziehungen zwischen den Nationalen Behörden und zu erfolgreicher JIT-Zusammenarbeit bei. Ein Verbindungsbeamter der tschechischen Polizei in Serbien beteiligte sich aktiv an allen Treffen und half dabei, die Sprachbarriere zu überwinden. Das Arbeiten im Rahmen des JIT erleichterten die Bemühungen beider Parteien beträchtlich, insbesondere beim Austausch und der Sicherstellung der späteren Zulässigkeit von Beweismitteln vor Gericht. Die in Serbien gesammelten Beweismittel, darunter unter anderem die Ergebnisse einer Hausdurchsuchung und Fingerabdruckdaten, wurden den tschechischen Behörden schnell übergeben.

Trotz guter Zusammenarbeit waren die JIT-Parteien mit einigen rechtlichen Herausforderungen bei der Zulässigkeit von Beweismitteln konfrontiert. In Bezug auf die Polizeiaufzeichnungen der Tätigkeiten eines verdeckten Ermittlers war das tschechische Gericht zunächst vorsichtig, da polizeilich veranlasste Tathandlungen in der Tschechischen Republik rechtswidrig sind. Schließlich befand das Gericht, dass diese Beweismittel, zusammen mit den Aufzeichnungen der Observation von Beschuldigten in Serbien, die im Rahmen des JITs ausgetauscht worden waren, zulässig sind.





Ein weiteres Problem bestand darin, dass vorgesehen war, eine der in Serbien verhafteten Personen im tschechischen Verfahren als Zeugen zu hören, in Serbien jedoch als Beschuldigten. Die Tatsache, dass die Person schließlich als Beschuldigter vernommen wurde, schuf ein rechtliches Hindernis und die Aussage wurde vor dem tschechischen Gericht für unzulässig erklärt. Glücklicherweise stand eine Menge an anderer Beweismittel zur Verfügung, um eine Verurteilung zu gewährleisten.

Die Verhaftung von zwei Beschuldigten und die Beschlagnahme von 130.000 USD gefälschter Banknoten fanden im September 2015 in der Tschechischen Republik statt. In Serbien wurden weitere sieben Personen verhaftet und es wurde eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Es wurde eine voll ausgestattete Druckerei entdeckt, einschließlich bereits für die Verbreitung geeigneter gefälschter Dollarnoten im Wert von 33.000 USD, weiterer, noch nicht fertiggestellter Banknoten sowie Beständen an für das Fälschen erforderlichen Materialien. Die zwei Beschuldigten in der Tschechischen Republik wurden vor Gericht gestellt. Im September 2016 wurden beide zu jeweils achteinhalb Jahren Haft verurteilt. Ende 2016 war das tschechische Urteil noch nicht rechtskräftig geworden. In Serbien hatte das Verfahren gegen einige Mitglieder der OCG das Prozessstadium erreicht.

## 1.5 Informationsmanagement von Eurojust

Eurojust arbeitete an der Steigerung der Funktionalität und Bedienbarkeit des CMS, der internen Datenbank, in der fallbezogene Informationen gespeichert und verarbeitet werden, und erleichterte die Überwachung der Einhaltung der Datenschutzvorschriften.

Es wurden zwei aktualisierte Versionen des CMS veröffentlicht, um die Geschwindigkeit der Datenverarbeitung zu erhöhen, und es wurde ein E-Mail-Managementsystem eingerichtet, das den Benutzern ermöglicht, große Mengen an E-Mails aus den gemeinsam genutzten CMS-Postfächern der Nationalen Büros in das CMS zu importieren oder damit zu verlinken.

Eurojust überwachte die von den Mitgliedstaaten eingehenden Mitteilungen nach Artikel 13 (5) bis (7) des Eurojust-Ratsbeschlusses. Nach Beratung mit den Nationalen Anlaufstellen für Eurojust genehmigte das Kollegium eine verbesserte Version des Artikel-13-Formblatts. Das Formblatt wurde umstrukturiert, um die Verwendung für die Mitgliedstaaten zu vereinfachen, und kann direkt in das CMS importiert werden.

Der Aufbau von Netzwerkverbindungen mit den 28 Mitgliedstaaten zur Verbesserung der allgemeinen Sicherheit beim Informationsaustausch zwischen Eurojust und den Mitgliedstaaten hat Fortschritte gemacht. Eine sichere Datenleitung nach Österreich wurde betriebsbereit, sodass nunmehr insgesamt 14 Länder beteiligt sind (BE, BG, CZ, ES, LV, LU, HU, NL, PL, RO, SI, FI, SE).

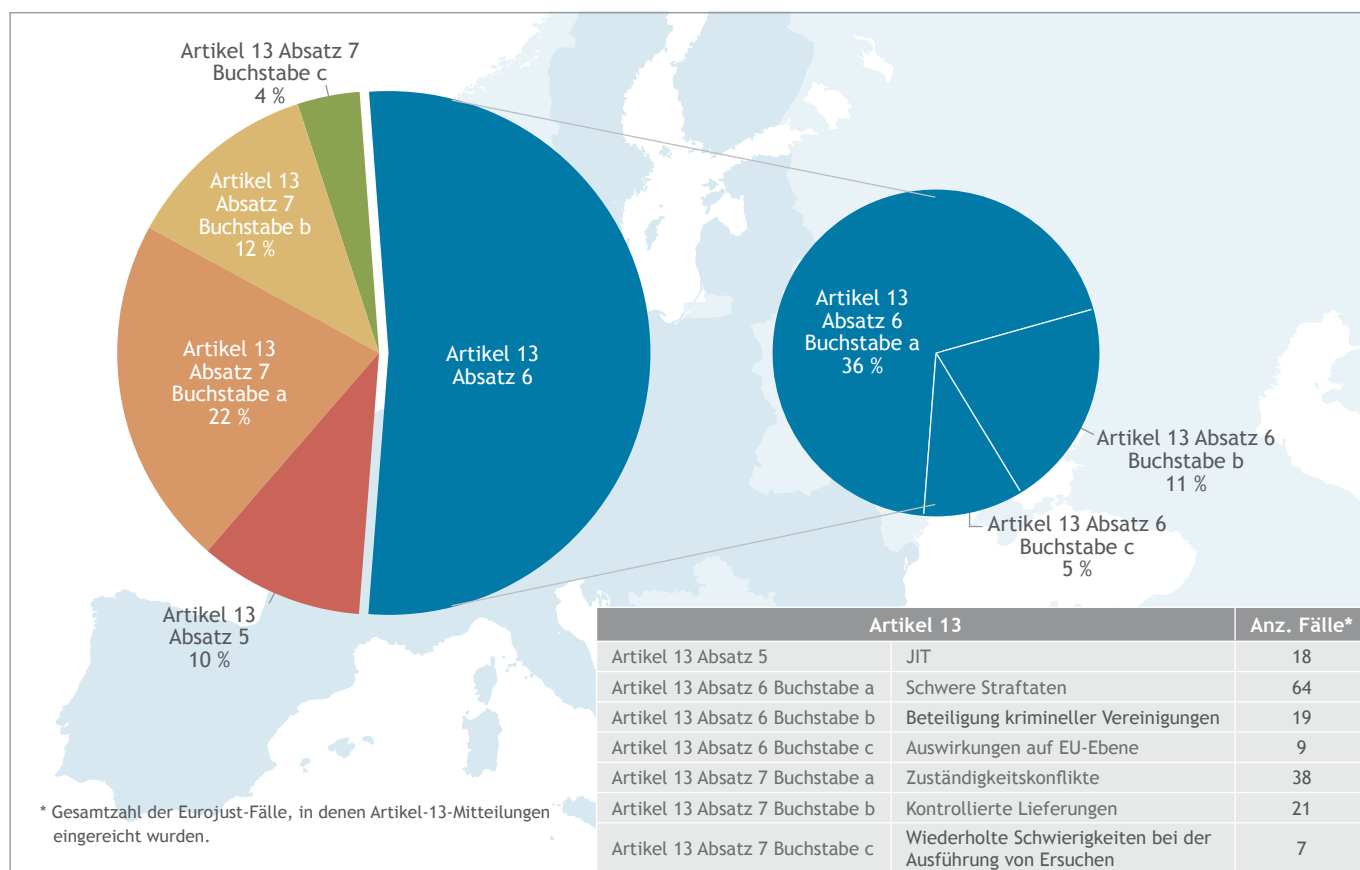
Die Entwicklung und Umsetzung von Lösungen, um die Mitglieder der Nationalen Eurojust-Koordinierungssysteme (ENCS) in den Mitgliedstaaten mit dem CMS zu verbinden, wurde aufgrund finanzieller Zwänge ausgesetzt. Es wurden neue Ansätze entwickelt, um Eurojusts operatives und strategisches Wissen besser erhalten zu können: das Fallinformationsformblatt zum Sammeln qualitativer Informationen unter

Ausschluss personenbezogener Daten zu Eurojust-Fällen, im Hinblick auf Muster, bewährte Methoden und gesammelte Erfahrungen und die Schnittstelle für das Wissensmanagement, Zentralisierung der strategischen Informationen wie Fallarbeitsberichte zur Anwendung der Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit und vorrangige Bereiche der Kriminalität, Fallillustrationen und die Ergebnisse der Eurojust-Treffen.

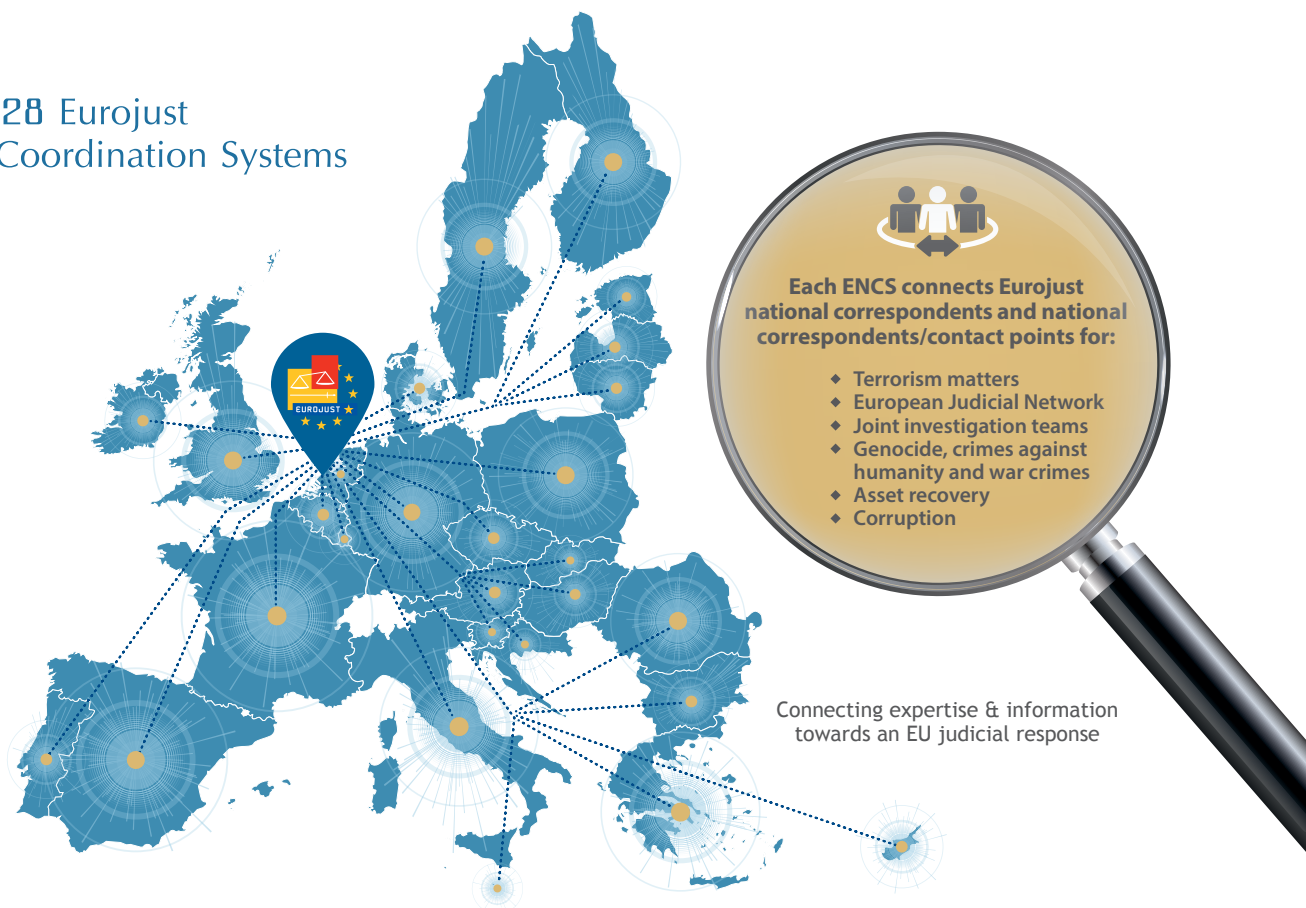
### *Fiches Suédoises*

Das ENCS wurde bisher in 25 Mitgliedstaaten eingerichtet. Die *Fiches Suédoises* bieten: (1) Einen Überblick über die Struktur und Funktionsweise des ENCS in den Mitgliedstaaten und (2) eine Sammlung nationaler Richtlinien in Bezug auf die Anwendung von Artikel 13 des Eurojust-Ratsbeschlusses, um den Informationsaustausch aus den Mitgliedstaaten zu Eurojust und die Aufteilung der Fälle zwischen Eurojust und dem EJR zu verbessern. Um auf die Bedürfnisse von Praktikern besser zu reagieren, hat Eurojust im Jahr 2016 eine neue Vorlage entwickelt, die die einzelnen nationalen ENCS vollständig beschreibt. Zusätzlich umfassen die neuen *Fiches* zur Information aller Mitgliedstaaten einen spezifischen Abschnitt zu den nationalen Erfahrungen und bewährte Methoden. Die *Fiches* werden regelmäßig aktualisiert und stehen den Nationalen Anlaufstellen für Eurojust im eingeschränkten Bereich von Eurojust zur Verfügung.

## Artikel-13-Fälle



## 28 Eurojust National Coordination Systems



# 2016

## Zeitplan



### 2. Juni Den Haag

Strategisches Seminar zu Keys to Cyberspace unter der niederländischen EU-Präsidentschaft



### 3. Juni Den Haag

Gemeinsames beratendes Forum unter der niederländischen und slowakischen Präsidentschaft

### 7.-9. Juni Amsterdam/Den Haag

46. Plenartreffen des EJT und Workshop mit den Nationalen Büros von Eurojust



### 11.-15. April Den Haag

EJT-Studienbesuch



### 15.-16. Juni Den Haag

12. Jahrestagung der nationalen JIT-Experten

JANUAR

FEBRUAR

MÄRZ

APRIL

MAI

JUNI



### 4.-5. Februar Den Haag

Taktisches Treffen zu den rechtlichen Herausforderungen, die sich aus der Schleuserkriminalität ergeben



### 3. Mai Brüssel

Eurojust und Montenegro unterzeichnen einen Kooperationsvertrag



### 23. Mai Den Haag

1. EU-Tag gegen die Straffreiheit von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen

### 24.-25. Mai Den Haag

20. Sitzung des Europäischen Genozid-Netzwerks

### 22.-23. Juni Den Haag

Taktisches Treffen zum Aufbau einer effizienten justiziellen Reaktion auf ausländische terroristische Kämpfer



### 27. Juni Den Haag

Eurojust und die Ukraine unterzeichnen einen Kooperationsvertrag

### 29.-30. Juni Den Haag

EMPACT-Sitzung zur organisierten Eigentumskriminalität





**12.-13. Oktober Den Haag**  
21. Treffen des Europäischen Genozid-Netzwerks



**28. Oktober Den Haag**  
Treffen der slowakischen Präsidentschaft zur Justiziellen Zusammenarbeit in Steuerstrafsachen



**11. Oktober Den Haag**  
Sir Julian King, EU-Kommissar für die Sicherheitsunion, besucht Eurojust



**9. November Den Haag**  
Herr Klaus Meyer-Cabri wird zum Vizepräsidenten von Eurojust gewählt



**21.-23. November Bratislava**  
47. Plenartreffen des EJN



**12. Juli Den Haag**  
Eurojust und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum unterzeichnen eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding)

JULI

AUGUST

SEPTEMBER

OKTOBER

NOVEMBER

DEZEMBER



**1. September Den Haag**  
Hilde Stoltenberg wird als Verbindungsstaatsanwältin für Norwegen zu Eurojust entsandt



**24. November Den Haag**  
Treffen des Europäischen Justiziellen Netzwerks gegen Cyberkriminalität



**30. November Den Haag**  
Verabschiedung des Eurojust-Gebäudes



**13. Dezember Den Haag**  
Herr Ladislav Hamran wird als Vizepräsident von Eurojust wiedergewählt



Eurojust-Fallarbeit



## 2.1 Einleitung

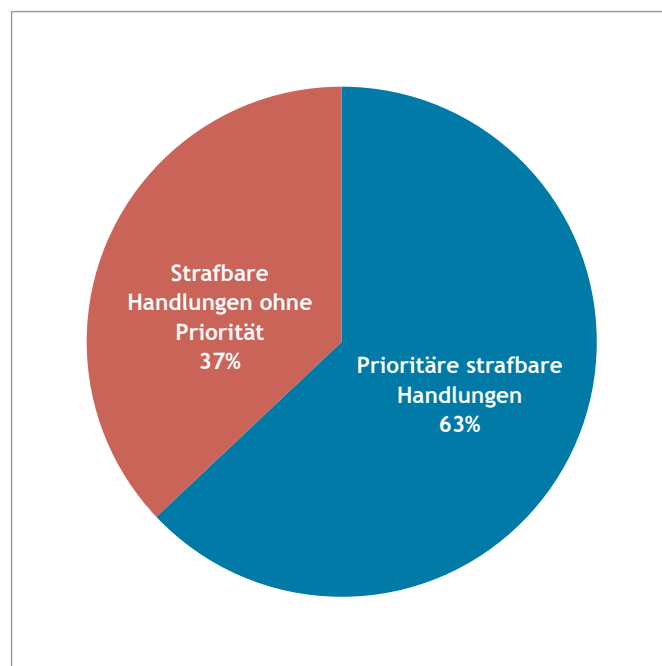
Der operative Fokus von Eurojust ist mit den in der Europäischen Sicherheits- und Migrationsagenda niedergelegten Zielsetzungen abgestimmt, die von der Europäischen Kommission 2015 verabschiedet wurden. Die Sicherheitsagenda bestimmt die Gebiete Terrorismus, Cyberkriminalität und organisierte Kriminalität aufgrund ihrer grenzüberschreitenden Dimension sowie der wachsenden Bedrohung als Priorität für den Zeitraum 2015–2020. Die Migrationsagenda fordert zu Sofortmaßnahmen zur Aufdeckung krimineller Schleusernetzwerke auf. Darüber hinaus werden im EU-Aktionsplan gegen Migrantenschleusung 2015–2020 spezifische Maßnahmen festgelegt, die für die Umsetzung der beiden Agenden erforderlich sind.

Die Rolle von Eurojust bei der justiziellen Zusammenarbeit und Koordinierung ist von entscheidender Bedeutung bei der Aufdeckung von OCGs, der Strafverfolgung im Hinblick auf die finanziellen Aspekte der Kriminalität, der Überwindung von Problemen bei mehreren gerichtlichen Zuständigkeiten in verschiedenen Ländern und der Sammlung zulässiger Beweismittel, um die Täter vor Gericht zu stellen. Eurojust trägt zur Umsetzung der EU-Agenden bei und hat seine Aktivitäten verstärkt, insbesondere bei der Bekämpfung des Terrorismus, der Cyberkriminalität und der organisierten Kriminalität einschließlich Schleuserkriminalität und Menschenhandel. Die geleistete operative Unterstützung umfasst die Analyse rechtlicher Probleme, die Entwicklung bewährter Methoden, die Zusammenarbeit mit Drittstaaten und EU-Partnern und die enge Zusammenarbeit mit spezialisierten justiziellen Expertennetzwerken.

2016 wurde die wachsende Bedrohung durch Cyberkriminalität vom Rat in seinen Schlussfolgerungen vom 9. Juni 2016 anerkannt und das EJCN eingerichtet. Dieses Netzwerk aus spezialisierten Staatsanwälten und

Richtern ist damit beauftragt, den Herausforderungen, die sich durch die Cyberkriminalität, cybergestützte Kriminalität und die Ermittlungen im Cyberspace stellen, sowie den Hindernissen bei der effektiven Sicherung und Gewinnung von e-Beweismitteln entgegenzuwirken. Entsprechend den Erwartungen des Rates unterstützt Eurojust das Netzwerk bei der Erreichung seiner Ziele.

Von Eurojust priorisierte Kriminalitätsbereiche



Priorisierte Kriminalitätsbereiche	Fälle			Koordinierungstreffen (CM)			JITs		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Terrorismus	14	41	67	4	15	18	2	3	4
Cyberkriminalität	42	62	60	15	19	13	6	11	8
Schleuserkriminalität	32	60	65	10	20	12	9	9	11
Menschenhandel	71	79	93	12	32	33	18	21	32
Betrug	560	647	654	60	76	44	32	34	35
Korruption	55	90	74	9	10	15	4	4	2
Drogenhandel	283	274	254	52	57	41	31	25	24
MOCGs	128	201	199	13	21	19	13	13	12
PIF-Kriminalität	70	69	41	7	11	11	2	5	5
Nicht priorisierte strafbare Handlungen									
Geldwäsche	220	283	295	41	55	67	24	30	35
Umweltkriminalität	5	5	6	0	1	0	0	0	0



Die operativen Prioritäten von Eurojust spiegeln im Wesentlichen die Prioritäten des Rates bei der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität für den Zeitraum 2014 – 2017 wider. Als bedarfs- und ereignisgesteuerte Organisation gehören zu den Prioritäten von Eurojust auch die Bekämpfung von Korruption und Terrorismus.

### 2.1.1 Terrorismus

Die schreckliche Abfolge tödlicher Terroranschläge in Europa machte die Notwendigkeit für die Mitgliedstaaten deutlich, Terrorismus koordiniert zu bekämpfen, um Erfolge während der Ermittlungen und der anschließenden Strafverfolgung sicherzustellen und die justizielle Zusammenarbeit zu fördern. Es konnte ein wachsendes Vertrauen der Justizbehörden in Eurojust und ein größerer Bedarf an Unterstützung durch Eurojust in Terrorismusfällen beobachtet werden.

Im vergangenen Jahr wurde ein fast fünffacher Anstieg der Anzahl der Terrorismusfälle, in denen Eurojust seit 2014 um Unterstützung ersucht wurde, und erhebliche Fortschritte beim Informationsaustausch mit Eurojust zu terroristischen Straftaten gemäß dem Ratsbeschluss 2005/671/JI verzeichnet. Eurojust unterstützte, im Vergleich zu 14 Fällen im Jahr 2014, 67 Terrorismusfälle, einschließlich der Brüsseler Terroranschläge, organisierte 18 Koordinierungstreffen und unterstützte vier JTs, von denen eines neu eingerichtet wurde.

An Eurojust wurden, gegenüber 30 Fällen im Jahr 2014, in 133 Fällen Informationen zu Strafverfolgungsmaßnahmen im Zusammenhang mit Terrorismus und, im Vergleich zu 180 Mal im Jahr 2014, 275 Mal Informationen zu abgeschlossenen Gerichtsverfahren übermittelt. Der Informationsaustausch mit Eurojust im Zusammenhang mit Terrorismus stand an erster Stelle der politischen Agenda und für die Zukunft wird ein schnellerer, systematischer Austausch erwartet.

Eurojust führte die Produktion seines *Terrorism Convictions Monitor* und die justiziellen *Ad-hoc*-Analysen von maßgeblichen Terrorismusverurteilungen fort, um an die Praktiker bewährte Methoden, vielfältige und komplexe rechtliche Fragen, gerichtliche Erkenntnisse und Argumente, gesetzgeberische Entwicklungen auf EU-Ebene und auf nationaler Ebene sowie kritische Elemente wie neue Rekrutierungstechniken und Frühindikatoren der Radikalisierung weiterzugeben.

Eine der bemerkenswerten Gerichtsentscheidungen hierzu analysierte die entsprechende CESTO-Operation, ein wichtiges Unternehmen der spanischen Behörden, das auf ein Rekrutierungs- und Beihilfenetzwerk abzielte, das ausländische terroristische Kämpfer nach Syrien schickte. Die juristische Analyse (zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument) fasste die zahlreichen aufgetretenen rechtlichen Herausforderungen zusammen, einschließlich der Verwendung von Berichten zu Erkenntnissen in Strafverfahren und die Schwierigkeiten bei der Bestimmung des terroristischen Charakters einer Gruppe. Die Analyse dient als Impulsgeber für den Aufbau einer erfolgreichen Strafverfolgung von Fällen in den Mitgliedstaaten.

Wie vom Rat in seinen Schlussfolgerungen 2015 zur Verbesserung der strafrechtlichen Reaktion auf Radikalisierung, die zu Terrorismus und gewalttätigem

#### *Terrorism Convictions Monitor*

Der *Terrorism Convictions Monitor* (TCM) ist ein zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument, das regelmäßig an Staatsanwälte und Richter verteilt wird, die mit Terrorismusfällen befasst sind, und seit 2008 regelmäßig aktualisiert wird. Es enthält einen Überblick über die Verurteilungen und Freisprüche im Zusammenhang mit terroristischen Straftaten in der ganzen Europäischen Union, aktuelle rechtliche Informationen und eine justizielle Analyse der einschlägigen Urteile.

Der TCM basiert auf Open-Source-Daten und Informationen zu Verurteilungen bei terroristischen Straftaten, die von den Nationalen Behörden zur Umsetzung des Ratsbeschlusses 2005/671/JI bereitgestellt werden. Die analytischen Kapitel der im Jahr 2016 erstellten Ausgabe enthielt eine Analyse der Urteile, die von Gerichten in Belgien, Dänemark, Frankreich, Schweden und der Schweiz zu ausländischen terroristischen Kämpfern ergangen waren, sowie terroristischer Rekrutierungsnetzwerke.

Extremismus führt, aufgerufen, beobachtete Eurojust Terrorismusverurteilungen im Hinblick darauf, ob von den Gerichten Alternativen zu Gefängnisstrafen und Rehabilitationsprogramme verhängt werden. Eurojust förderte den Austausch von nationalen Praktiken und gesammelten Erfahrungen, insbesondere im Zusammenhang mit Bewertungswerkzeugen, die von Richtern und Staatsanwälten verwendet werden, um das Maß der Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer sowie Entradikalisierungsprogramme zu bewerten.

Im November gab Eurojust bei der Anhörung des LIBE-Ausschusses zur Prävention und Bekämpfung von Radikalisierung Einblicke in seine Arbeit und Ergebnisse.

2016 lag der Schwerpunkt der Eurojust-Analyse auf der strafrechtlichen Reaktion auf das Phänomen ausländischer terroristischer Kämpfer auf spezifischen Problemen: (1) Bei Terroranschlägen anwendbare besondere Befugnisse und Notstandsbefugnisse, (2) Zulässigkeit von (ausländischen) Informationen als Beweismittel in Strafverfahren, (3) Entradikalisierung und Alternativen zu Strafverfolgung und Inhaftierung sowie (4) Verbindungen zwischen Terrorismus und organisierter Kriminalität.

Beim dem Taktischen Treffen zum *Aufbau einer effizienten justiziellen Reaktion auf das Phänomen ausländischer terroristischer Kämpfer* mit den nationalen Eurojust-Anlaufstellen für Terrorismussachen – einschließlich auf Terrorismusbekämpfung spezialisierter Staatsanwälte aus der Schweiz, Norwegen, den USA, der Türkei, Montenegro, Albanien, Serbien und Bosnien und Herzegowina sowie des EU-Koordinators für Terrorismusbekämpfung, des Leiters des ECTC und des Direktors des EU-Zentrums für Informationsgewinnung und -analyse – wurden operative Erfahrungen ausgetauscht, wobei Themen

wie Rekrutierungsnetzwerke, grenzüberschreitende Verbindungen und vorbereitende Handlungen für den Terrorismus behandelt wurden.

In dem im Dezember herausgegebenen vierten Bericht über ausländische terroristische Kämpfer (klassifiziert als zugangsbeschränkt für die EU) wurden alle relevanten Eurojust-Ergebnisse aus dem gesamten Jahr, die Ansichten von Eurojust zur strafrechtlichen Reaktion auf das Phänomen ausländischer terroristischer Kämpfer, die rechtlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten und eine Reihe an Empfehlungen für die Europäische Union und die Mitgliedstaaten sowie Follow-up-Maßnahmen für Eurojust zusammengestellt.

Eurojust erstellte zudem eine Übersicht über die Hauptergebnisse des Berichts über ausländische terroristische Kämpfer 2015, der 2016 als zugangsbeschränktes Eurojust-Dokument veröffentlicht wurde. In der Folge der Empfehlungen der Berichte über ausländische terroristische Kämpfer 2014 und 2015 zur Aktualisierung der EU-Rechtsrahmen zur Terrorismusbekämpfung und auf der Grundlage seiner operativen Erfahrung hat Eurojust bei einer Schattensitzung des LIBE-Ausschusses im April seine Anregungen zum Vorschlag für eine Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung präsentiert.

Eurojust nimmt bei der Erleichterung der justiziellen Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und Drittstaaten, insbesondere aus den Ländern der westlichen Balkans und der MENA-Region, eine wichtige Rolle ein. Eurojust hat Kontaktstellen in Algerien, Ägypten, im Irak, in Israel, Jordanien, im Libanon, bei der Palästinensischen Behörde, in Saudi-Arabien und Tunesien eingerichtet. Am 8. Juni beteiligte Eurojust sich am Dialog zwischen der EU und der Türkei zur Terrorismusbekämpfung, der zu einer bekräftigten Verpflichtung auf dringend vorzunehmende gemeinsame Anstrengungen gegen die Bedrohung durch ausländische terroristische Kämpfer und einer Bekräftigung der Entschlossenheit der Türkei führte, eng mit Eurojust und anderen befassten EU-Agenturen zusammenzuarbeiten, um diesem Phänomen zu begegnen.

Das Netzwerk Nationaler Anlaufstellen für Eurojust für Terrorismussachen diente als Hauptkontaktpunkt für die Reaktion auf die terroristischen Anschläge von Brüssel im Jahr 2016. Innerhalb einer Stunde nach den Anschlägen vom 22. März, die koordinierte Selbstmordattentate in der U-Bahn und auf dem Brüsseler Flughafen Zaventem umfassten und bei denen 32 Menschen umkamen und Hunderte verletzt wurden, aktivierte Eurojust sein Netzwerk der Nationalen Anlaufstellen für Terrorismussachen, um zu gewährleisten, dass die zuständigen Justizbehörden aller Mitgliedstaaten rund um die Uhr zur Verfügung standen, um dringende Ersuchen auf oder Entscheidungen zur justiziellen Zusammenarbeit sofort zu empfangen und zu bearbeiten.

Die Aktivierung des Netzwerks ermöglichte eine schnelle und umfassende Unterstützung der belgischen Ermittlungen zu diesem schweren terroristischen Vorfall, indem die Arbeit auf nationaler Ebene mit Schwerpunkt auf der internationalen Dimension dieser Anschläge und der Identifizierung krimineller Netzwerke und damit verbundener krimineller Aktivitäten unterstützt und ergänzt wurde. Eurojust wurde ebenfalls in Bereitschaft versetzt, um bei Bedarf auf Ersuchen auf Unterstützung und Koordinierung von den zuständigen Nationalen Behörden umgehend reagieren zu können.

Durch die Ermittlungen in Belgien wurde ein komplexes terroristisches Netzwerk mit Verbindungen sowohl in andere Mitgliedstaaten als auch zu den Pariser Anschlägen offengelegt, bei dem Selbstmordattentäter von mehreren Personen unterstützt werden und Verbindungen zu anderen schweren Straftaten und Netzwerken bestehen, die in Zusammenhang mit Waffenhandel und Urkundenfälschung stehen. Die auf dem Überwachungsvideo des Anschlags in der Brüsseler U-Bahn neben einem der Selbstmordattentäter zu sehende Person flüchtete wenige Minuten vor der Detonation und wurde als bekannter ausländischer terroristischer Kämpfer in Syrien identifiziert. Dessen DNA, die in mehreren, vom terroristischen Netzwerk genutzten „safe houses“ und Kraftfahrzeugen gefunden wurde, führte zur Entdeckung von Verbindungen zu anderen Mitgliedstaaten und dessen Verbindung zu den Pariser Angreifern.

Die Föderalstaatsanwaltschaft von Belgien ersuchte Eurojust um dringende Unterstützung, um ein an einen anderen Mitgliedstaat gesandtes Rechtshilfeersuchen zu ermöglichen. Die umgehende Reaktion von Eurojust erwies sich bei der innerhalb kürzester Zeit erfolgenden Ermittlung der richtigen Behörde für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit als hilfreich, um das Ersuchen unverzüglich auszuführen und den Informationsaustausch auf justizieller Ebene zu beschleunigen.

Die Unterstützung durch Eurojust stellte sicher, dass einer der Komplizen der Brüsseler Anschläge geortet und gefasst werden konnte. Dessen Verhaftung fand koordiniert mit der am gleichen Tag erfolgten Verhaftung des auf der Aufnahme der Überwachungskamera zu sehenden, vom Tatort flüchtenden Selbstmordattentäters vom Flughafen, des „Manns mit dem Hut“, am 8. April statt.

## 2.1.2 Cyberkriminalität

Die justizielle Zusammenarbeit im Bereich der Cyberkriminalität steht vor zahlreichen verschiedenen Herausforderungen, vor allem aufgrund des inhärent grenzenlosen Charakters dieses kriminellen Phänomens

### ***CBRN-E-Handbuch***

Das *CBRN-E-Handbuch* ist ein regelmäßig aktualisiertes Eurojust-Produkt, das für EU-Praktiker multisektorale Unterstützung im rechtlichen Bereich für Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen gegen transnationale Kriminalität im Zusammenhang mit chemischen, biologischen, radiologischen, nuklearen Substanzen und Sprengstoffen (CBRN-E) enthält.

Es enthält eine Übersicht über die wichtigsten EU- und internationalen Gesetze sowie supranationale Einrichtungen, Systeme und Datenbanken im Bereich CBRN-E. Es wurde zuletzt im Jahr 2016 aktualisiert.

und der bestehenden erheblichen rechtlichen Unterschiede auf nationaler Ebene. Eurojust unterstützte 60 Fälle, 13 Koordinierungstreffen und acht JI-Ts, von denen zwei neu eingerichtet wurden.

Neben der operativen Unterstützung haben andere Tätigkeiten von Eurojust im Bereich der Cyberkriminalität den Austausch von Erfahrungen und Expertise unter nationalen Praktikern in kritischen Bereichen wie Zusammenarbeit mit internationalen Anbietern von Internetdiensten (ISP) in den USA und Datenverschlüsselung erleichtert.

Eurojust war bei der Schaffung eines Zusammenschlusses von auf Cyberkriminalität spezialisierten Praktikern behilflich und begrüßte die Einrichtung des EJC. Das EJC besteht aus mindestens einem nationalen Vertreter der Justizbehörden mit einschlägiger Expertise je Mitgliedstaat.

Das EJC erleichtert und verbessert die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Justizbehörden, indem der Austausch von Fachkenntnissen, bewährten Methoden und anderem relevanten Wissen bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Cyberkriminalität ermöglicht wird. Außerdem fördert das Netzwerk den Dialog zwischen den verschiedenen Akteuren und Interessengruppen, die bei der Durchsetzung des Rechts im Cyberspace eine Rolle einnehmen. Eurojust wurde mit der Unterstützung und Gewährleistung der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk beauftragt. Im November lag der Schwerpunkt des Auftakttreffens des EJC in den Räumlichkeiten von Eurojust auf den technischen, rechtlichen und praktischen Hindernissen bei der Verschlüsselung und auf verdeckten Online-Ermittlungen.

Eurojust-Experten nahmen an den Treffen zu elektronischen Beweismitteln teil, die von der Kommission als Folgemaßnahme zu den Schlussfolgerungen des Rates

vom 9. Juni 2016 über die Verbesserung der Strafjustiz im Cyberspace organisiert wurden und sich mit drei Bereichen befassten, in denen die Praktiker nach Verbesserungen suchen: Ausführung von Rechtshilfeersuchen, direkte Zusammenarbeit mit den ISPs und Mechanismen für die Feststellung der hoheitsgebietlichen Zuständigkeit im Cyberspace. Eurojust informierte über seine Einblicke in die gemeinsamen Herausforderungen, denen die Praktiker gegenüberstehen, und stellte bewährte Methoden zur Bewältigung dieser Herausforderungen, einschließlich Probleme bei der Feststellung der gerichtlichen Zuständigkeit im Cyberspace vor.

Eurojust arbeitet weiterhin eng mit anderen Interessengruppen und institutionellen Partnern zusammen, um die Wirksamkeit der Ermittlungen und der Strafverfolgungsmaßnahmen in Fällen von Cyberkriminalität zu gewährleisten. Insbesondere der Nationale Experte für Cyberkriminalität von Eurojust fungierte als Verbindungsglied zwischen Eurojust und Europol, was den Informationsaustausch erleichterte und die Zusammenarbeit mit dem Europäischen Zentrum zur Bekämpfung der Cyberkriminalität (EC3) unterstützte und koordinierte.

Im Rahmen der EMPACT-Cyberkriminalität – sexuelle Ausbeutung von Kindern (Child Sexual Exploitation – CSE) – führte Eurojust eine Analyse von Eurojust-Fällen von Online-CSE durch, in der die Herausforderungen bei den Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen in CSE-Fällen sowie Lösungen und bewährte Methoden dargelegt wurden.

Von Januar bis März 2016 wurde ein Staatsanwalt für Cyberkriminalität aus den Vereinigten Staaten zu Eurojust entsandt, um mit den Nationalen Büros und dem EC3 zusammenzuarbeiten und damit eine enge operative Zusammenarbeit mit dem US-Vertreter in Angelegenheiten der Cyberkriminalität zu schaffen und das Verständnis des US-Strafrechts zu fördern. Sowohl Eurojust als auch die US-Behörden begrüßten diese Initiative, die zu sehr guten Ergebnissen führte.

Eurojust ist einer wachsenden Koalition aus öffentlichen und privaten Einrichtungen beigetreten, die das Projekt „No More Ransom“ unterstützen, das ursprünglich von den niederländischen Behörden, dem EC3 und zwei privaten Cybersicherheitsunternehmen gegründet wurde. Ziel des Projekts ist, Opfern von Ransomware durch die Bereitstellung von Entschlüsselungsschlüsseln, die im Lauf der strafrechtlichen Ermittlungen gefunden wurden, zu helfen.

Eurojust ist Mitglied des Lenkungsausschusses des Projekts zur Cyberkriminalität, das vom Weltwirtschaftsforum 2015 mit dem Ziel der Verbesserung der öffentlich-privaten Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Cyberkriminalität ins Leben gerufen wurde. Im Rahmen dieses Projekts wurden 2016 die „Recommendations for Public-Private Partnership against Cybercrime“ (Empfehlungen für die öffentlich-private Partnerschaft gegen Cyberkriminalität) veröffentlicht.

### 2.1.3 Schleuserkriminalität

Die Mitgliedstaaten standen weiterhin schweren Herausforderungen gegenüber, die sich aus dem starken Anstieg der Schleuserkriminalität ergeben, und setzten auf EU-Institutionen und -Agenturen, um neue und

#### **Cybercrime Judicial Monitor**

Im Jahr 2016 startete Eurojust den Cybercrime Judicial Monitor (CJM). Der CJM ist ein Eurojust-Dokument mit beschränktem Zugriff, das einmal pro Jahr veröffentlicht wird und als Berichtswerkzeug zur Unterstützung der Praktiker bei der Ermittlung und Strafverfolgung in Fällen von Cyberkriminalität dient. Das CJM umreißt die einschlägigen legislativen Entwicklungen im Bereich der Cyberkriminalität und cybergestützten Kriminalität. Darüber hinaus bietet es umfangreiche Analysen ausgewählter nationaler Gerichtsurteile in Fällen von Cyberkriminalität sowie ein Kapitel zu einem Thema von Interesse, das auf der Grundlage der laufenden Gespräche oder entstehender Trends ausgearbeitet wird.

In dem im vergangenen Jahr veröffentlichten CJM wurden zwei Themen behandelt: Die Gerichtsurteile im belgischen Yahoo!-Fall und der Fernzugriff auf Daten oder Computersysteme.





Herr **Branislav Boháčik**, Staatsanwalt, Büro der Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik, sagte:

*Die Einrichtung des EJCN ist die Erfüllung eines lang gehegten Wunsches der Praktiker. Dieses Netzwerk gibt ihnen die Möglichkeit, ihre Erfahrungen und ihre Expertise auszutauschen und mit ihren Kollegen aus den EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der zahlreichen Herausforderungen, mit denen sie bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Cyberkriminalität und cybergestützten Kriminalität, wie zum Beispiel dem Problem der Verschlüsselung konfrontiert sind, eng zusammenzuarbeiten.*

effektivere Wege für die Bewältigung dieses beispiellosen humanitären Notfalls zu ermitteln und umzusetzen. Eurojust erneuerte seine Anstrengungen zur Stärkung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten, die OCGs hinter den Schleuser- und Schleppernetzwerken aufzudecken und strafrechtlich zu verfolgen.

Eurojust verzeichnete zu Spitzenzeiten der humanitären Krise 65 Fälle, ein leichter Anstieg im Vergleich zu 2015, veranstaltete 12 Koordinierungstreffen und unterstützte elf JITs, von denen fünf neu eingerichtet wurden. An einem JIT war ein Drittstaat (Serbien) beteiligt. Der Einsatz von JITs in Fällen von Schleuserkriminalität und die Beteiligung von Drittstaaten an JITs waren Themen der Jahrestreffen der JIT-Experten (siehe Abschnitt 1.4 und 6.2).

Eurojust unterstützt in erster Linie die Mitgliedstaaten mit erheblichem Migrationsdruck an ihren Außengrenzen. Die an den Hotspot-Standorten ausgeführten Tätigkeiten sind in erster Linie auf die Identifizierung, Registrierung und die Überprüfung von Migranten ausgerichtet. Eurojust ist an den Hotspots nicht physisch anwesend, sondern hat spezielle justizielle Kontaktstellen in Griechenland und Italien eingerichtet, um die Hotspots zu unterstützen und die relevanten Informationen und Fälle für eine justizielle Nachbearbeitung und Koordinierung auf EU-Ebene zu den Nationalen Büros von Eurojust zu kanalisieren.

Die 2015 eingerichtete Fachgruppe für Schleuserkriminalität bietet Unterstützung für Praktiker, die mit grenzübergreifender Schleuserkriminalität befasst sind. Eurojust erstellte Analysen der nationalen Rechtsprechung zu Schleuserkriminalität und

## Gerichtliche Zuständigkeit in einem Fall von Schleuserkriminalität

Im August 2015 wurde in der Nähe einer Autobahn in Österreich nahe der ungarischen Grenze ein verlassener Lkw gefunden. Darin wurden die Leichname von 71 Migranten entdeckt. Dieser Vorfall löste sofort Ermittlungen in Ungarn und Österreich aus. Vier Beschuldigte mit bulgarischer Staatsangehörigkeit und ein afghanischer Beschuldigter, die alle Mitglieder einer an Schleuserkriminalität beteiligten OCG waren, wurden identifiziert und einige Tage später in Ungarn verhaftet. Die mutmaßlichen Beihelfer der Straftaten wurden später in Deutschland verhaftet und gegen Beschuldigte in Bulgarien und Serbien wurden ebenfalls Fälle eröffnet.

Zur Gewährleistung einer zügigen justiziellen Zusammenarbeit zwischen den betroffenen Ländern ersuchten die ungarischen Behörden Eurojust um Unterstützung. Innerhalb von 48 Stunden nach dem Erhalt des Ersuchens wurde ein Koordinierungstreffen, dem ein operatives Treffen bei Europol vorausging, organisiert. Bei dem Eurojust-Koordinierungstreffen wurden mehr als zehn laufende Ermittlungen in Deutschland zu von der gleichen OCG geplanten, organisierten und durchgeführten Migrantentransporten deutlich, womit die Notwendigkeit der Zusammenarbeit und des Informationsaustausches unterstrichen wurde. Es wurde ein JIT zwischen Ungarn, Österreich und Deutschland erwogen; die Teilnehmer waren sich jedoch darin einig, dass die Zusammenarbeit auf der Grundlage von Rechtshilfeersuchen besser geeignet war. Österreich hatte bereits mehrere Rechtshilfeersuchen an Ungarn gesandt und sowohl gegenüber Ungarn als auch Bulgarien europäische Haftbefehle ausgestellt.

In der Folge des Koordinierungstreffens überwachte und erleichterte Eurojust die Ausführung des ungarischen Rechtshilfeersuchens an Serbien, die Slowakische Republik und Italien, um auf den Fall bezogene Informationen und Beweismittel zusammenzutragen. Es trat ein rechtliches Hindernis bei der Vorratsdatenspeicherung auf, als ein ungarisches Rechtshilfeersuchen für Telekomdaten an die Slowakische Republik gesandt wurde. Aufgrund der Ungültigkeitserklärung der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung durch den EUGH im Jahr 2015 bestanden in der Slowakischen Republik zum Zeitpunkt des Vorfalls keine gültigen Rechtsvorschriften zur Vorratsdatenspeicherung. Nach dem Inkrafttreten der neuen slowakischen Rechtsvorschriften mit einer Aufbewahrungszeit von sechs Monaten im Januar 2016 waren die Nationalen Behörden, mit der Unterstützung von Eurojust, in der Lage, die rechtzeitige Ausführung des Ersuchens zu gewährleisten.

Zur Vermeidung möglicher Zuständigkeitskonflikte, die entstehen könnten, wenn mehrere parallele Ermittlungen durchgeführt und Haftbefehle ausgestellt würden, gewährleistete Eurojust, dass eine effektive Fallstrategie vereinbart wurde. Aufgrund der weitläufigen Aktivitäten der OCG war eine Aufteilung der Aufgaben erforderlich, um eine erfolgreiche Strafverfolgung zu sichern. Da die Ermittlungen ergaben, dass die mutmaßlichen Morde und das Einschleusen von Menschen auf ungarischem Hoheitsgebiet stattgefunden hatten, wurde eine Übertragung der Verfahren aus Österreich besprochen, da die Konzentration der Verfahren in nur einem Mitgliedstaat die Effektivität und Stabilität des Verfahrens gegen die Mitglieder der OCG verbessern würde. Die parallelen Ermittlungen wurden bis November 2015 fortgesetzt, als die Abgabe der österreichischen Verfahren stattfand und die ungarischen Behörden darin einwilligten, alle Aspekte strafrechtlich zu verfolgen. Die zu diesem Zweck in Österreich erhobenen Beweismittel, einschließlich Gutachten, Autopsien und DNA-Tests, wurden zur Verwendung in den ungarischen Verfahren vorgelegt. Zur gleichen Zeit übergab Österreich das Verfahren in einem anderen, damit in Verbindung stehenden Fall an die ungarischen Behörden. Die deutschen Behörden waren für die Strafverfolgungsmaßnahmen gegen die in Deutschland verhafteten Beihelfer zuständig. Zur Unterstützung der Unterscheidung zwischen den Fahrern und den Organisatoren in der OCG stellten die ungarischen Behörden ihren deutschen Kollegen die rechtlichen Bestimmungen zur Verfügung, auf deren Grundlage die ungarischen strafrechtlichen Anklagen erhoben worden waren. Ende 2016 befanden sich sowohl die ungarischen als auch die deutschen Verfahren in der vorgerichtlichen Phase.

verwandten Straftaten in Spanien, Italien und Frankreich, wobei die rechtlichen und praktischen Herausforderungen bei den Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen sowie bewährte Methoden ermittelt wurden. Eurojust sammelt Informationen und entwickelt Werkzeuge für Praktiker zu den geltenden nationalen Rechtsvorschriften zu Schleuserkriminalität und verwandten Straftaten in den Mitgliedstaaten, einschließlich der Stärken und Schwächen dieser Gesetze, mit Blick auf die Unterstützung der Praktiker bei der Entwicklung effektiver Strafverfolgungsstrategien. Eurojust unterstützte gleichfalls die Kommission bei der Bewertung der EU-Rechtsvorschriften zur Beihilfe zu irregulärer Migration, das sogenannte „Facilitators package“, durch die Bereitstellung von Input aus Strafverfolgungsperspektive.

Im Februar veranstaltete Eurojust ein Taktisches Treffen, *Judicial challenges arising from illegal immigrant smuggling (aus der Schleuserkriminalität entstehende rechtliche Herausforderungen)*. Die Teilnehmer gaben einen Überblick über die operative Zusammenarbeit zwischen den europäischen Partnern bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität sowie über die Erfahrungen der Kontaktstellen und Verbindungsrichter/-staatsanwälte, die in andere Mitgliedstaaten und in die Hotspots in Italien und Griechenland entsandt sind. Schwerpunkt waren die gemeinsame Nutzung von Informationen, die Erhebung und Zulässigkeit von Beweismitteln und andere praktische Probleme, die sich auf die justizielle Zusammenarbeit auswirken. Sie erörterten gleichfalls Probleme der Übersetzung und des Dolmetschens, die erhebliche Schwierigkeiten für die Nationalen Behörden verursachen, z. B. bei der Suche nach zertifizierten und zuverlässigen Übersetzer und Dolmetscher für selten gesprochene Sprachen und Dialekte, die von den Migranten und OCGs verwendet werden, einschließlich der hohen Kosten und großen Menge an Beweismitteln. In einem während des Treffens besprochenen Beispiel war es einem Staatsanwalt nicht möglich, Beweismittel (überwachte Telefongespräche) aus einem anderen Mitgliedstaat zu verwenden, da die Übersetzung enorme Kosten mit sich gebracht hätte, für die keine Mittel zur Verfügung standen. Der Mangel an Mitteln für die Übersetzung eines Untersuchungshaftbefehls mit insgesamt mehr als 350 Seiten war ebenfalls ein Faktor in einem komplexen, bei Eurojust registrierten Fall von Schleuserkriminalität. Die Übersetzung war zwingend notwendig für die Eröffnung der Ermittlungen in den jeweiligen gerichtlichen Zuständigkeitsbereichen der betroffenen Länder. Als Ergebnis eröffneten nicht alle Mitgliedstaaten Ermittlungen. Ein Ergebnisbericht zu dem Treffen wurde als EU-Dokument 9456/16 veröffentlicht.

Im April versammelte Eurojust Praktiker der Justiz- und Polizeibehörden aus Frankreich, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden für ein operatives Treffen zur Schleuserkriminalität in der Nordseeregion. Die Teilnehmer unterstrichen die Notwendigkeit, den Informationsaustausch zu verbessern, Finanzermittlungen mit Schwerpunkt auf der Beschlagnahme der durch Schleusung erzeugten beträchtlichen Gewinne zu erleichtern, die Aufmerksamkeit auf die Verwendung von nachgeahmten und gefälschten amtlichen Dokumenten zu erhöhen und die grenzüberschreitenden Observationen zu verstärken, um Schleuserdelikte besser abzubilden und eine stärkere Strafverfolgung von Fällen aufzubauen.

Eurojust arbeitete weiter an der Steigerung der operativen Zusammenarbeit mit Drittstaaten und anderen institutionellen Partnern und beteiligte sich an der Kontaktgruppe der Kommission der EU-Agenturen zur Migrantenschleusung.

Eine hochrangige Delegation von EUNAVFOR MED besuchte Eurojust im Juli, besprach dessen Aktivitäten mit dem Kollegium, tauschte Sichtweisen zu justiziellen Aspekten und zur Qualität der gemeinsamen Nutzung von Informationen aus und erkundete darüber hinaus Möglichkeiten, die gegenseitigen Beziehungen im Rahmen der im Oktober 2015 unterzeichneten Absichtserklärung (Letter of Understanding) zu stärken. Es fanden regelmäßige Treffen mit Europol statt, um die Beteiligung an Fällen mit hoher Priorität und die Fortschritte bei JOT MARE zu besprechen. Eurojust beteiligte sich an den Tätigkeiten im Rahmen von EMPACT FII (Beihilfe zur illegalen Einwanderung).

### 2.1.4 Menschenhandel (THB)

Die Unterstützung durch Eurojust bei der nationalen Ermittlung und Strafverfolgung des Menschenhandels nahm zu. Eurojust registrierte 93 Fälle und hielt 33 Koordinierungstreffen ab. Zum ersten Mal waren zwei lateinamerikanische Länder, Kolumbien und Paraguay, als ersuchte Länder an Fällen beteiligt. Bei dem Einsatz von JIAs wurde ein erheblicher Anstieg verzeichnet: 32 JIAs betrafen Fälle mit Bezug zu Menschenhandel (21 im Jahr 2015), von denen 19 im Jahr 2016 neu eingerichtet wurden.

Eurojust verband seine operative Unterstützung mit strategischen Tätigkeiten, um die Wirksamkeit der internationalen justiziellen Zusammenarbeit zu verbessern und seine Partnerschaft mit anderen EU-Institutionen und -Agenturen zum Zweck der Optimierung von Maßnahmen und Ressourcen bei der Bekämpfung des Menschenhandels zu stärken.

Im Juni besuchte die EU-Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels Eurojust, um die Wirkung der nationalen Strafgesetze zu besprechen, durch die die Endverbraucher, d. h. die Nutzer von Dienstleistungen oder Tätigkeiten, die aus der Ausbeutung der Opfer von Menschenhandel entstehen, gemäß Artikel 18 der Richtlinie 2010/92/EU zur Bekämpfung des Menschenhandels kriminalisiert werden. Sie präsentierte dem Kollegium zugleich die Ergebnisse des Berichts der Kommission zu den Fortschritten im Bereich der Bekämpfung des Menschenhandels sowie die im Oktober 2015 veröffentlichte *Study on case law relating to THB for labour exploitation (Studie zur Rechtsprechung bei Menschenhandel zur Ausbeutung von Arbeitskraft)*.

Eurojust stellte nach Ablauf des Jahres 2016 seinen Beitrag zur *EU Strategy on Trafficking in Human Beings*, (EU-Strategie für die Bekämpfung des Menschenhandels) nach 2016 bereit, welcher der *EU Strategy towards the eradication of trafficking in human beings 2012–2016 (EU-Strategie zur Beseitigung des Menschenhandels 2012–2016)* nachfolgt. Eurojust nannte die folgenden Prioritäten: Verbesserung der justiziellen Zusammenarbeit in grenzüberschreitenden Fällen mit Menschenhandelsbezug einschließlich der Zusammenarbeit mit Drittstaaten, Untersuchung der Verbindungen zwischen Menschenhandel und Schleuserkriminalität sowie die Befassung in Fällen, in denen es sich bei den Opfern um Kinder handelt.



Eurojust unterstützte das Projekt *TeamWork! Strengthening multidisciplinary cooperation against trafficking for labour exploitation* (Teamarbeit! Stärkung der interdisziplinären Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung von Arbeitskraft) und moderierte den Workshop *Prosecuting THB for labour exploitation* (Strafverfolgung des Menschenhandels zur Ausbeutung von Arbeitskraft). Als ein Ergebnis wurde ein Handbuch für Experten zur interdisziplinären Zusammenarbeit gegen Menschenhandel zur Ausbeutung von Arbeitskraft produziert, das zur Nutzung der Ressourcen auffordert, die Eurojust den mit grenzübergreifenden Fällen zur Bekämpfung des Menschenhandels befassten Staatsanwälten bieten kann.

Eurojust leistete gleichfalls einen Beitrag zu dem Bericht, der auf den Workshop der Experten des Netzwerks der JI-Agenturen, *How can JHA agencies improve the impact of their work relating to victims of serious and organised crime?* (Wie können JI-Agenturen die Wirksamkeit ihrer Arbeit in Bezug auf die Opfer schwerer und organisierter Kriminalität verbessern?) folgte, der von der Agentur der Europäischen Union für Grundrecht (FRA) im April mit Hinblick auf die Opfer schwerer und organisierter Kriminalität veranstaltet wurde. Eurojust betonte die Wichtigkeit, nicht nur die Opfer von Menschenhandel, sondern zugleich ihre Familien im Herkunftsland zu schützen, sowie auch die Bedeutung der Sensibilisierung der Staatsanwälte für die Opfer.

### 2.1.5 Betrug

Betrugsfälle stellen die größte Zahl der registrierten Fälle dar (654), die Koordinierungstreffen (44), Koordinierungszentren (5) und JITs (35, davon wurden neun neu eingerichtet) umfassten. Eurojust unterstützte die Nationalen Behörden durch die Bereitstellung von Expertise, insbesondere in den Bereichen der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug und Steuerkriminalität und des Schutzes der Rechte des geistigen Eigentums.

Mehrwertsteuerbetrugsfälle (sogenannter „Karussellbetrug“) sind besonders komplex, an ihnen sind betrügerische Händler beteiligt, die Waren mehrwertsteuerfrei durch verschiedene Mitgliedstaaten importieren und exportieren. In jeder Phase dieses betrügerischen Handels wird Mehrwertsteuer (gelegentlich bis zu 25 Prozent) hinzugefügt, wobei die am Karussell beteiligten Unternehmen anschließend aufgelöst werden. Der Endexporteur beansprucht die Erstattung der gesetzlichen Mehrwertsteuer und taucht anschließend ebenfalls unter.

Die Zusammenarbeit mit den Interessengruppen und institutionellen Partnern wurde fortgesetzt. Im Juli unterzeichneten Eurojust und das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO), früher bekannt als das Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt (HABM), eine Absichtserklärung (Memorandum of Understanding), um die bestehende erfolgreiche Zusammenarbeit zur Unterstützung der europäischen Staatsanwälte, die mit Fällen von Verstößen gegen Rechte des geistigen Eigentums befasst sind, zu erweitern. Die Vereinbarung ermöglicht die Weiterentwicklung spezifischer Projekte der Zusammenarbeit wie gemeinsame Seminare, Fortbildungen und Informationsgewinnung zur Unterstützung der Staatsanwälte. Darüber hinaus stärkt die Vereinbarung die Leistungsfähigkeit des Europäischen Netzwerks der Staatsanwälte im Bereich des geistigen Eigentums (EIPP).

Im Oktober hielt Eurojust, in Zusammenarbeit mit der slowakischen EU-Präsidentschaft, ein Taktisches Treffen, *Judicial Cooperation in Tax Crime Matters* (justizielle Zusammenarbeit in Steuerstrafsachen), mit hochrangigen Staatsanwälten aus den Mitgliedstaaten, der Schweiz und den USA ab, die auf die Bekämpfung von Betrug spezialisiert sind (siehe Abschnitt 4.2).

Eurojust beteiligte sich an der öffentlichen Anhörung im Europäischen Parlament, *Anti-money laundering and tax evasion: Who assures compliance with the rules and enforces them?* (Bekämpfung von Geldwäsche und Steuerhinterziehung: Wer gewährleistet die Einhaltung der Vorschriften und setzt sie durch?), die im November stattfand.

Eurojust wurde Mitglied des Beratenden Ausschusses der Interessengruppen der Intellectual Property Crime Coordinated Coalition (Koordinierte Koalition gegen Verletzungen von Rechten des geistigen Eigentums), die im Juli 2016 bei Europol mit dem Ziel gegründet wurde, Interessengruppen aus dem öffentlichen und privaten Sektor zusammenzubringen und Synergien zwischen den von verschiedenen Einrichtungen, die an der Bekämpfung von strafbaren Verstößen gegen Rechte des geistigen Eigentums beteiligt sind, ergriffenen Maßnahmen zu schaffen.

#### Bei einem Treffen auf Ebene II vereinbarte Strategie in Korruptionsverfahren

Spanische Ermittlungen auf dem Gebiet der Korruption und der damit verbundenen Geldwäsche im internationalen Handel wurden im Jahr 2013 eingeleitet, nachdem ein Rechtshilfeersuchen aus Luxemburg ergangen war, in dem angegeben wurde, dass ein Teil der kriminellen Aktivität in diesem Mitgliedstaat von Spanien aus geleitet worden sein könnte. In die rechtswidrigen Handlungen waren öffentliche Institutionen in Angola und öffentliche und private Unternehmen in Spanien verwickelt. Die Straftaten wurden vermutlich von Führungskräften eines spanischen öffentlichen Unternehmens beauftragt, um Fahrzeuge, Uniformen und andere Verbrauchsmaterialien an die angolansische Polizei zu liefern. Im Oktober 2014 schloss der Ermittlungsrichter in Luxemburg den Fall formal ab und übergab ihn als spontanen Informationsaustausch nach Artikel 7 des Rechtshilfeübereinkommens von 2000 den spanischen Behörden.

Die Ermittlungen in Luxemburg und Spanien hatten gezeigt, dass die angolansischen Behörden an das spanische Unternehmen über ein Bankkonto in China mehr als 150 Mio. EUR gezahlt hatten. Das betreffende



spanische Unternehmen lieferte an Angola jedoch Polizeimaterial im Wert von lediglich rund 50 Millionen Euro nach Angola. Die verbleibenden 100 Mio. EUR wurden vermutlich von Personen in Angola und Spanien unterschlagen. Die Beschuldigten schufen ein Netzwerk aus Bankkonten und Strohfirmen in Angola, Europa und Asien, um den endgültigen Bestimmungsort des gestohlenen Gelds entsprechend einem klassischen Muster der Geldwäsche in aufeinander folgenden Phasen zu verschleiern: Einlage, Layering und Integration.

Zum Erheben von Zeugenaussagen und Informationen zu den in Angola verwendeten Bankkonten sandten die spanischen Behörden im Februar 2015 auf der Grundlage der UN-Konvention von 2003 zur Korruptionsbekämpfung ein Rechtshilfeersuchen an Angola. Da Banken und Einzelpersonen in verschiedenen europäischen Ländern vermutlich ebenfalls an den Straftaten beteiligt waren, traten die spanischen Behörden im Juni 2015 an Eurojust heran, zunächst auf der Suche nach Informationen zum Stand der Ausführung der ergangenen Rechtshilfeersuchen an Luxemburg, Belgien und die Schweiz gemäß dem OECD-Übereinkommen über die Bekämpfung der Bestechung ausländischer Amtsträger im internationalen Geschäftsverkehr.

Das spanische Nationale Büro hielt mit dem belgischen Nationalen Büro und der schweizerischen Verbindungsstaatsanwältin ein **Treffen auf Ebene II** ab, um eine Strategie für die Zusammenarbeit zu vereinbaren. Als Ergebnis erleichterte Eurojust die unverzügliche Ausführung mehrerer Rechtshilfeersuchen an die Schweiz und Belgien, um Informationen zu von Beschuldigten geführten Bankkonten zu erhalten und die Konten umgehend sicherzustellen. Mit den Fortschritten der Ermittlungen und mehr erhobenen Beweismitteln richtete Spanien im Oktober 2015 Rechtshilfeersuchen an Frankreich, Italien, Portugal und das Vereinigte Königreich. Zur Bestimmung des Bedarfs an auch zukünftiger Zusammenarbeit stellte Eurojust eine Analyse des verwendeten Geldwäschemusters und der beteiligten Beschuldigten sowie einen Überblick über den Stand der Ausführung der Ersuchen zur Verfügung.

Eurojust unterstützte die spanischen Behörden, als ein ergänzendes Rechtshilfeersuchen an Angola gerichtet wurde, in dem die angolanischen Behörden ersucht wurden, die Anklagen gegen vier Beschuldigte zuzustellen. Um die Ausführung des ersten und des ergänzenden Rechtshilfeersuchens zu verbessern, empfahl das portugiesische Nationale Büro die Unterstützung des angolanischen Staatsanwalts, der die Kontaktstelle für internationale justizielle Zusammenarbeit für die Gemeinschaft der portugiesischsprachigen Länder (CPLP) ist. Diese Maßnahme führte zur erfolgreichen Zusammenarbeit mit den angolanischen Behörden und bis Oktober 2016 wurde den Rechtshilfeersuchen entsprochen.

Als Ergebnis der erfolgreichen Ermittlungen und internationalen justiziellen Zusammenarbeit über Eurojust wurden im Jahr 2016 gegen einige der Beschuldigten Verfahren in Spanien eingeleitet.

### 2.1.6 Korruption

Korruption erschüttert das Vertrauen in den öffentlichen und privaten Sektor. Eurojust hat sich auf die Unterstützung der Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung der Korruption verpflichtet und befasste sich mit 74 Fällen von Korruption, hielt 15 Koordinierungstreffen ab und unterstützte zwei JITs, von denen eines neu eingerichtet wurde.

Zur Information potenzieller operativer Partner bei der Arbeit von Eurojust auf dem Gebiet der Korruption empfing Eurojust Vertreter des Corruption Hunters Network, einem Zusammenschluss von Ermittlern, die sich auf die Bekämpfung von Korruption spezialisiert haben, sowie zweier ukrainischer Behörden, des Nationalen Büros, einer Polizeibehörde, die für die Ermittlungen bei Korruptionsdelikten leitender Beamte unter deren Zuständigkeit verantwortlich ist, sowie den Sonderstaatsanwalt für Korruptionsbekämpfung, der für die Durchführung der Strafverfolgung in Fällen, die vom Nationalen Büro untersucht werden, zuständig ist.

Eurojust beteiligt sich als Beobachter am Camden Asset Recovery Inter-Agency Network (CARIN – Camdener zwischenstaatliches Netzwerk der Vermögensabschöpfungsstellen) und an der Asset Recovery Offices Platform (ARO – Plattform der Vermögensabschöpfungsstellen) seit 2004 bzw. 2008.

### 2.1.7 Drogenhandel

Eurojust bearbeitete eine beträchtliche Anzahl an Fällen von Drogenhandel (254), welche die Koordinierungstreffen (41), ein Koordinierungszentrum und JITs (24, von denen 13 neu eingerichtet wurden) umfassten. Eurojust arbeitete, in enger Zusammenarbeit mit institutionellen Partnern, an der Stärkung der Fähigkeit der Mitgliedstaaten, entstehende Bedrohungen im Bereich der neuen psychoaktiven Substanzen (NPS) sowie kontrollierte Lieferungen wirksam anzugehen.

Im November veröffentlichten Eurojust und die Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht EBDD einen Bericht mit dem Titel *New psychoactive substances in Europe: legislation and prosecution – current challenges and solutions (Neue psychoaktive Substanzen in Europa: Gesetzgebung und Strafverfolgung – aktuelle Herausforderungen und Lösungen)*. Der Bericht dient dazu, die Nationalen Behörden zu unterstützen, die mit der schnellen Entwicklung des Europäischen NPS-Marktes konfrontiert sind und die geeignete und effiziente Kontrollmechanismen finden müssen. Der Bericht kombiniert die operative Erfahrung von Eurojust bei der grenzüberschreitenden Strafverfolgung im Zusammenhang mit Drogen und der Analyse der EUGH-Entscheidung zu Arzneimitteln vom 10. Juli 2014 (verbundene Rechtssachen C-358/13 und

C-181/14) mit der Drogenüberwachung und den analytischen Fähigkeiten der EBDD.

Eurojust berät die Nationalen Behörden zur Umwandlung der während einer kontrollierten Lieferung gesammelten Informationen in Beweismittel und erleichtert den Austausch von Informationen und Dokumenten aufgrund von Rechtshilfeersuchen. Im Oktober 2015 hielt das Kollegium eine Fachdiskussion zu den rechtlichen Anforderungen und zu operativen Problemen bei kontrollierten Lieferungen ab (siehe [Eurojust-Jahresbericht 2015](#), S. 61). Eurojust setzte die Zusammenarbeit mit dem Europarat und Europol fort, um mögliche Synergien zu ermitteln und gab seinen Bericht, *Legal and Operational Issues Identified by Eurojust in Controlled Deliveries (Von Eurojust im Zusammenhang mit kontrollierten Lieferungen ermittelte operative Probleme)* im Rahmen der entsprechenden EMPACT-Projekte weiter. Eurojust leistet einen Beitrag zur Erstellung des Entwurfs eines Handbuchs zu kontrollierten Lieferungen, eine Initiative der Pompidou-Gruppe (Europarat), das voraussichtlich 2017 veröffentlicht wird.

### 2.1.8 Von MOCGs begangene organisierte Eigentumskriminalität

Die Kategorie der von mobilen Gruppen organisierter Kriminalität (MOCGs) begangenen Delikte der organisierten Eigentumskriminalität (OPC) umfasst eine große Bandbreite an Straftaten wie Kraftfahrzeugkriminalität, Metalldiebstahl, Taschendiebstahl, Raub und Serieneinbrüche. Eurojust unterstützt 199 Fälle, 19 Koordinierungstreffen und 12 JITS, von denen vier neu eingerichtet wurden. Eurojust organisierte zwei Koordinierungszentren, die mit Kraftfahrzeugkriminalität befasst waren.

Ein dreijähriges Programm, das gemeinsam von Eurojust und Spanien im Rahmen einer operativen Maßnahme des EMPACT-Projekts zur OPC entwickelt wurde, endete im Juni mit einem von Eurojust organisierten Seminar,

an dem Experten in der Ermittlung und Strafverfolgung der OPC, einschließlich Vertreter der nationalen Justiz- und Polizeibehörden der Mitgliedstaaten, Norwegens und Islands, der Kommission, von CEPOL und Europol teilnahmen. Die Ziele des Seminars bestanden darin, die Polizeibeamten, Staatsanwälte und Richter für die einzigartigen Aspekte der Ermittlung und Strafverfolgung von OPC und MOCGs zu sensibilisieren, Sichtweisen auf mögliche Rechtslücken und praktische Schwierigkeiten auszutauschen und bewährte Methoden zu identifizieren.

Der im Dezember herausgegebene Abschlussbericht fasste die Gespräche und Ergebnisse sowie die Schlussfolgerungen des dreijährigen Programms zusammen. In dem Bericht wurde festgestellt, dass zwar keine wesentlichen Rechtslücken die OPC-Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zu beeinflussen scheinen, die Nationalen Behörden ihre aktuellen Methoden und Strategien jedoch überprüfen sollten, insbesondere in Bezug auf die Ressourcen und Methoden, die in komplexen Ermittlungen anderer schwerer Delikte der organisierten Kriminalität verwendet werden (z. B. forensische Beweismittel (DNA) oder spezielle Ermittlungstechniken (z. B. Überwachung des Telekommunikationsverkehrs)), und dass das Maß der internationalen Zusammenarbeit, einschließlich mit Eurojust und EJNI, erhöht werden sollte.

### 2.1.9 PIF-Kriminalität (Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union)

Die operative Unterstützung durch Eurojust in Fällen mit Straftaten, die sich direkt oder indirekt auf die finanziellen Interessen der EU (PIF-Kriminalität) auswirken oder auswirken können, blieb, mit 11 Koordinierungstreffen und fünf JITS, von denen eines neu eingerichtet wurde, im Vergleich zu 2015 unverändert, auch wenn die Zahl der 2016 registrierten PIF-Fälle von 69 auf 41 sank. In der Eurojust-Statistik wird Mehrwertsteuerbetrug als separate Kategorie behandelt.

## 2.2 Eurojust-Fallarbeit bei mafiös strukturierten kriminellen Vereinigungen

Seit 2012 befassten sich mehr als 145 Eurojust-Fälle mit mafiös strukturierten OCGs wie Cosa Nostra, Camorra und 'Ndrangheta. Die Fallarbeit bei Eurojust bestätigt die transnationale Dimension der mafiös strukturierten OCGs, die ihre globalen Partnerschaften mit anderen kriminellen Gruppen, die insbesondere in den Bereichen des Drogenhandels und der Geldwäsche aktiv sind, im Lauf der Jahre weltweit gefestigt haben.

Zusätzlich zur im Ausland durchgeführten Geldwäsche der Erträge aus illegalen Aktivitäten in Italien haben diese OCGs die legale Wirtschaft in zahlreichen Mitgliedstaaten wie Spanien (insbesondere von der italienischen Camorra bevorzugt), den Niederlanden, Rumänien, Frankreich, Deutschland und dem Vereinigten Königreich massiv infiltriert, auch durch die Präsenz gefährlicher italienischer Flüchtiger zusammen mit ihren Netzwerken von Partnern und Beihilfern in diesen Mitgliedstaaten. Diese Infiltrationen erfolgen in der Regel direkt durch die Partner der OCG oder über deren Frontmänner durch Investitionen

in Immobilien und Beteiligung an öffentlichen oder privaten Verträgen, insbesondere im Baugewerbe und der öffentlichen Versorgung und Abfallentsorgung.

Gemäß dem italienischen Strafrecht ist die „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ eine eigenständige Straftat, die mit langen Freiheitsstrafen gemäß Artikel 416 und 416 a des italienischen Strafgesetzbuchs entsprechend den Erfordernissen von Artikel 2 des Rahmenbeschlusses des Rates 2008/841/JI zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität bestraft wird. Es haben jedoch nicht alle Mitgliedstaaten vergleichbare Bestimmungen zur Ahndung der „Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung“ als eigene Straftat geschaffen. Wenn dies der Fall ist, ist der Anwendungsumfang dieser Straftaten und der mit diesen einhergehenden Strafen jedoch sehr unterschiedlich ausgestaltet, was gleichermaßen auf die Möglichkeit und die Voraussetzungen der Anwendung besonderer Ermittlungstechniken wie Telefonüberwachung zutrifft.

Die Erfahrung zeigt, dass die bestehenden verschiedenen rechtlichen Definitionen und das Fehlen eines Pendant zu Artikel 416 a des italienischen Strafgesetzbuchs erhebliche rechtliche und operative Hindernisse für eine wirksame justizielle Zusammenarbeit verursachen.

Eurojust hat erfolgreiche Operationen unterstützt, indem rechtliche Herausforderungen ermittelt und Lösungen vorgeschlagen wurden, darunter der verstärkte Einsatz von JITs unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Rechtsgrundlagen und staatsanwaltlichen Ansätze bei auf einzelstaatlicher Ebene bestehenden italienischen OCGs. Die italienischen Behörden haben, mit Unterstützung des italienischen Nationalen Büros bei Eurojust, ihre Kollegen in den betroffenen Mitgliedstaaten über die konkrete Bedrohung durch mafiös strukturierte OCGs auf ihrem Hoheitsgebiet informiert sowie bei der Identifizierung und Erhebung von Beweisen die Vortat betreffend (oftmals Geldwäsche) Unterstützung geleistet und koordinierte operative Mittel zur Aufdeckung dieser Gruppen mithilfe spezieller Ermittlungstechniken wie Telefonüberwachung und, in jüngerer Zeit, JITs besprochen und vereinbart. Mehrere, beim italienischen Nationalen Büro registrierte Fälle sind weiterhin anhängig. Ein Beispiel für einen von Eurojust erfolgreich unterstützten Fall zeigt die Herausforderungen.

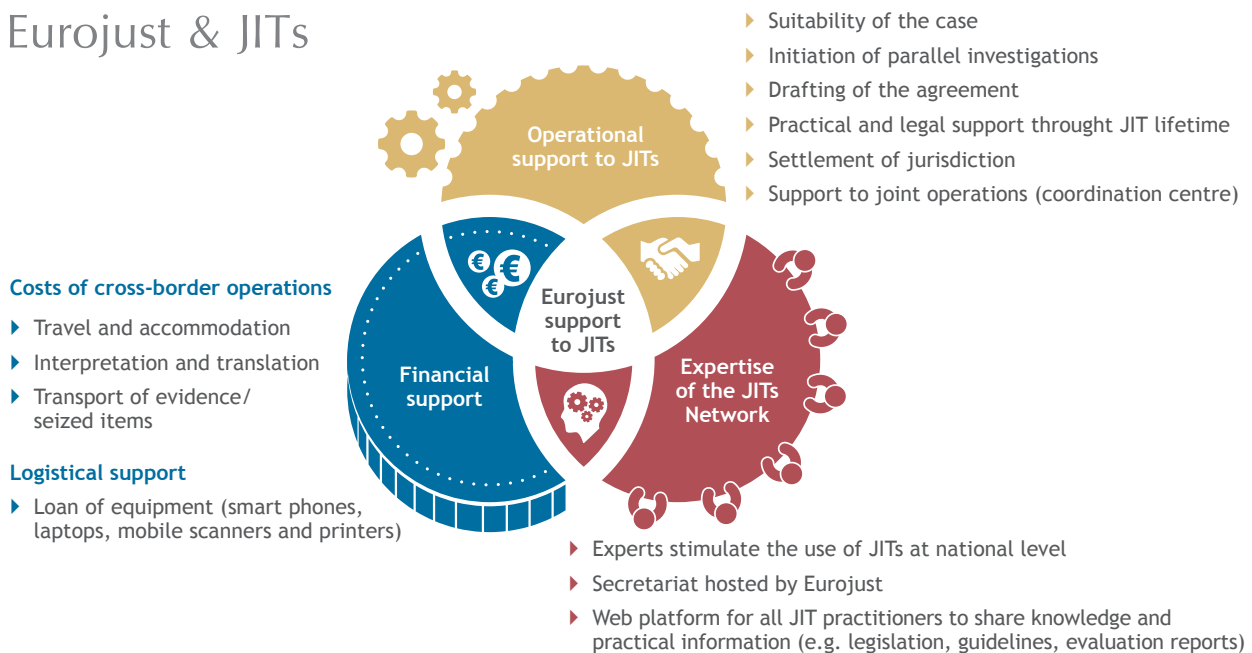
Italienische Ermittlungen zu einer der Camorra angeschlossenen OCG beinhalteten den Handel mit nachgeahmten Waren aller Art (z. B. Elektrogeneratoren, Kettensägen, Bohrhämmer und Bekleidung). Die illegalen Produkte wurden in China produziert und in Italien wurden die gefälschten Etiketten bekannter Unternehmen angebracht. Die Waren wurden über den Hafen von Neapel auf der ganzen Welt verteilt. Darüber hinaus erfüllten die von der OCG gehandelten elektrischen Geräte und Werkzeuge die EU-Sicherheitsnormen nicht. Die kriminelle Aktivität war sehr profitabel (der Preis für einen in China für 35 EUR hergestellten Elektrogenerator

beispielsweise betrug 400 EUR, während ein rechtmäßiges Markenprodukt 1.250 EUR kosten würde). Die OCG befand sich in der Nähe von Neapel, ihre illegalen Aktivitäten erstreckten sich jedoch auf mehr als 20 Länder in Europa, Australien und Island.

Die Koordinierungsanstrengungen von Eurojust halfen den italienischen und anderen Nationalen Behörden dabei, die OCG zu rekonstruieren und zu einem gemeinsamen Verständnis zu kommen, wie diese auf nationaler Ebene operiert. Es wurden eine gemeinsame operative Strategie und koordinierte Maßnahmen vereinbart. Die Strategie war auf die Eröffnung und Durchführung nationaler Ermittlungen zur Geldwäsche parallel zu den ursprünglichen Ermittlungen zur Mitgliedschaft in einer mafiösen OCG in Italien konzentriert. Eurojust unterstützte die parallelen nationalen Ermittlungen und die Ausführung von mehr als 30 italienischen Rechtshilfeersuchen. Der erfolgreiche Abschluss der, mit der analytischen Unterstützung von Europol, über Eurojust koordinierten Operationen kulminierte in gleichzeitig durchgeführten Maßnahmen in sieben Mitgliedstaaten (CZ, DE, ES, FR, IT, SE, UK), die zur Verhaftung von 67 Personen, zur Durchsuchung von 143 Lagern und zur Beschlagnahme von mehr als 800 Tonnen gefälschter Materialien sowie zur Abschöpfung von Vermögenswerten in Höhe von mehr als 11 Mio. EUR führten.

Eurojust nahm Kenntnis von dem Beschluss des Europäischen Parlaments vom 25. Oktober 2016 zur Korruptionsbekämpfung und dem nachfolgenden Beschluss, in dem die Kommission zur Vorlage eines Berichts über die Umsetzung des Rahmenbeschlusses des Rates 2008/841/JI zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität aufgefordert wurde.

## Eurojust & JITs



# Operation Avalanche: Nähere Betrachtung

## Hauptbedrohungen

Deutsche Ermittlungen gegen eine an Malware-, Phishing- und Spam-Aktivitäten beteiligte OCG mit dem Namen Avalanche begannen 2012, nachdem eine Welle an Verschlüsselungs-Ransomware eine erhebliche Anzahl von Computersystemen infiziert und den Benutzerzugriff blockiert hatte. Die Ermittlungen deckten die Existenz einer hoch entwickelten technischen Infrastruktur auf, die verwendet wurde, um Millionen von privaten und geschäftlichen Computersystemen mit Malware (z. B. Banking-Trojaner und -Ransomware) zu infizieren, wodurch die Kriminellen, die das Netzwerk betrieben, in die Lage versetzt wurden, Bank- und E-Mail-Kennwörter auszuspähen.

Mit diesen Informationen waren die Kriminellen in der Lage, Überweisungen von den Konten der Opfer durchzuführen. Die Erträge wurden anschließend über eine Infrastruktur, die speziell dafür geschaffen worden war, die Erträge aus der Straftat zu sichern, an die Kriminellen umgeleitet. Zusätzlich zum Starten und Verwalten von massenweisen globalen Malware-Angriffen wurde das Avalanche-Netzwerk für Kampagnen zur Rekrutierung von Finanzagenten verwendet. Die Avalanche-Infrastruktur war in einer Weise aufgebaut, die hochgradig resistent gegen Zerschlagung und Strafverfolgungsmaßnahmen war (durch sogenannte „Double-Fast-Flux“-Technologie).

## Eurojust und Europol

Die Notwendigkeit einer breiten internationalen Zusammenarbeit entstand 2015. Eine deutsche Staatsanwaltschaft und Polizeibehörde traten mit der Bitte um Unterstützung an Eurojust und Europol heran. Auch wenn zu diesem Zeitpunkt bestimmte Maßnahmen gegen Teile des Netzwerkes bereits stattgefunden hatten, war weder eine weitreichende Zusammenarbeit hergestellt noch waren die Täter identifiziert.

Bei Europol und Eurojust wurden, unter enger Zusammenarbeit zwischen beiden Behörden, mehrere operative Treffen und Koordinierungstreffen abgehalten, bei denen eine große Zahl an Mitgliedstaaten und Drittstaaten, darunter die USA und Aserbaidschan, zusammengebracht wurden. Vor dem endgültigen Koordinierungstreffen wurde bei Eurojust ein Level-II-Treffen, an dem ausnahmsweise deutsche und US-Staatsanwälte und Polizeibeamte teilnahmen, mit einer begrenzten Gruppe von Ländern, die beim folgenden Koordinierungstreffen nicht anwesend sein würden, abgehalten. Die operativen Treffen und Koordinierungstreffen dienten dazu, einen globalen gemeinsamen Zugriffstag zu planen und rechtliche Probleme und Konzepte in Bezug auf diese Form der Cyberkriminalität zu klären.

**Eurojust** unterstützte die Arbeit der beteiligten Justizbehörden durch Erheben der gesetzlichen Anforderungen, um die erforderlichen Maßnahmen zu bewirken, sowie durch Erleichterung der Ausarbeitung und rechtzeitigen Ausführung der Rechtshilfeersuchen.

Das **EC3** unterstützte die Ermittlungen durch Erleichterung eines sicheren Informationsaustausches, stellte eine eingehende Analyse und hoch entwickelte digitale forensische Unterstützung bereit und förderte die Zusammenarbeit zwischen Polizeibehörden und privaten Partnern.

## Wirkung

Die Avalanche-Infrastruktur bestand seit 2009, was schätzungsweise sechs Millionen Euro Schaden bei konzentrierten Cyberangriffen auf Online-Banking-Systeme allein in Deutschland verursachte. Darüber hinaus beliefen sich die mit den über das Avalanche-Netzwerk durchgeführten Malware-Angriffen verbundenen monetären Verluste auf weltweit schätzungsweise Hunderte von Millionen Euro, exakte Berechnungen sind jedoch aufgrund der großen Anzahl an durch die Plattform verwalteten Malware-Familien schwierig. Zunächst war ein Zugriffstag für 2015 vorgesehen. Dieser Zugriffstag wurde auf Ende 2016 verschoben, um die Identifizierung der Täter, durch enge Zusammenarbeit mit den US-Behörden, zu ermöglichen.

Es wurden zwar zunächst Bedenken im Hinblick auf Souveränitätsfragen aufgrund der Tatsache geäußert, dass sich die Server, die Gegenstand einer Sicherstellung waren, in verschiedenen Hoheitsgebieten befanden, die Angelegenheit wurde jedoch durch Gespräche zwischen den zuständigen Behörden geklärt. Gleichmaßen wurden Bedenken dahingehend geäußert, dass die Beschlagnahme von so genannten ungeborenen Domains gemäß der Gesetzgebung verschiedener beteiligter Länder nicht möglich war. Der Nationale Experte für Cyberkriminalität von Eurojust war in der Lage, die Nationalen Behörden darüber zu informieren, dass das Problem in diesem Fall nicht auftreten würde, weil der Status der betreffenden Domains zum Zeitpunkt, zu dem die Maßnahmen erfolgten, von „Ungelassen“ auf „Geboren“ wechseln würde. Seine Beratungsfunktion gegenüber den Nationalen Büros und Nationalen Behörden dauerte während der gesamten Ermittlungen an. Darüber hinaus stellte er Kontaktdaten der Justizbehörden in Ländern außerhalb des Eurojust-Kontaktnetzwerks bereit.

## Privater Sektor

Es wurde die Zusammenarbeit mit mehreren gemeinnützigen und privaten Partnern initiiert, um die Analyse von mehr als 130 TB sichergestellten Daten und die Identifizierung der Serverstruktur des Botnetzes zu ermöglichen, was zum Abschalten von Servern und zum Zusammenbruch des gesamten kriminellen Netzwerks führte.

Zu den Partnern gehörten das deutsche *Fraunhofer-Institut für Kommunikation, Informationsverarbeitung und Ergonomie*, die Shadowserver Foundation, der Registrar of Last Resort und die Internet Corporation for Assigned



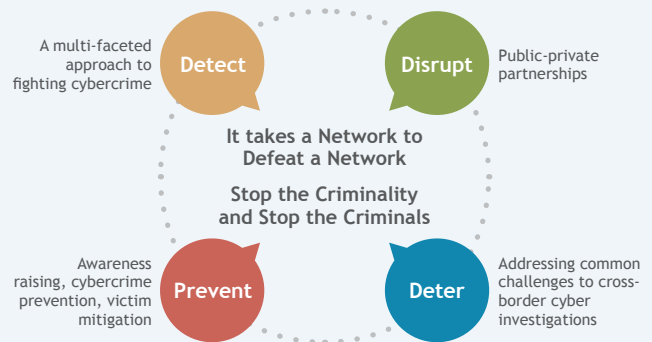
Names and Numbers (ICANN). Andere Partner wie INTERPOL und das Ibero-American Network for International Legal Cooperation (IberRed) nahmen ebenfalls eine wichtige Rolle ein, insbesondere bei der Vorbereitung des gemeinsamen Zugriffstags. IberRed diente als Verbindungsstelle für die spanischsprachigen Länder, hauptsächlich in Südamerika.

## Ergebnisse

Am Zugriffstag im November 2016 organisierte Europol eine Einsatzzentrale, an der Eurojust beteiligt war, und stellte den am Zugriffstag beteiligten Justizbehörden sofortige Unterstützung zur Verfügung. In der Einsatzzentrale arbeiteten der deutsche Staatsanwalt und die Polizei mit Vertretern der beteiligten Länder und den Partnern der privaten Wirtschaft zusammen, um den Erfolg einer Operation in diesem Umfang zu gewährleisten. Bei diesen globalen Anstrengungen, das Netzwerk zu zerschlagen, waren Staatsanwälte und Ermittler aus 29 Ländern entscheidend involviert.



Als ein erstes Ergebnis wurden fünf Personen verhaftet, 37 Räumlichkeiten durchsucht und 39 Server sichergestellt. Opfer von Malware-Infektionen wurden in über 180 Ländern identifiziert. Darüber hinaus waren 221 Server durch missbräuchliche, an die Hostinganbieter gesendete Benachrichtigungen abgeschaltet worden. Mehr als 800.000 der kriminellen Infrastruktur zugehörige Domains wurden einem Sinkholing unterzogen und es wurden Webseiten für die Öffentlichkeit erstellt, um beim Entfernen der Malware von Computern zu unterstützen und weitere gesetzeswidrige Zugriffe zu verhindern.



## Gewonnene Erkenntnisse

Um die beteiligten Länder bei ihren Ermittlungen zu unterstützen, sparte die enge Zusammenarbeit zwischen Eurojust und Europol bei der Organisation von gemeinsamen Treffen sowohl Zeit als auch Geld.

Dieses Verfahren hat gezeigt, dass ein großes und komplexes kriminelles Netzwerk nur zerschlagen werden kann, wenn öffentliche und private Einrichtungen als Team zusammenarbeiten. Cyberkriminalität ist wirklich ein globales Phänomen und erfordert die Zusammenarbeit zwischen den Behörden, die gelegentlich am effizientesten durch die Verwendung regionaler Praktikernetzwerke hergestellt wird.

Jeder erfolgreichen Cyberkriminalitäts-Operation liegt ein Geschäftsmodell zugrunde. Indem das Geschäftsmodell des Avalanche-Netzwerks als Ziel anvisiert wurde und Möglichkeiten der Störung der Täter und der technischen Infrastruktur erarbeitet und die Opfer identifiziert und unterstützt wurden, wurde eines der komplexesten Netzwerke der Cyberkriminalität der vergangenen Jahre effektiv ausgeschaltet. Die Operationen erbrachten wertvolle Einblicke in das cyberkriminelle Geschäftsmodell. Gleichzeitig erweist sich das zwischen den kooperierenden öffentlichen und privaten Einrichtungen aufgebaute Vertrauen als von unschätzbarem Wert für die zukünftige Bekämpfung der Cyberkriminalität. Seit dem Zugriffstag wird dieser Ansatz im Fall unter den Ermittlern und Staatsanwälten für Cyberkriminalität als bewährte Methode betrachtet.



Der das Verfahren leitende Staatsanwalt, Herr **Frank Lange**, sagte:

*Über zuverlässige und schnelle internationale Zusammenarbeit über die traditionellen Mittel der Rechtshilfe hinaus zu verfügen, war entscheidend für den Erfolg von Avalanche. Eurojust und EC3 nahmen bei der Herstellung der Atmosphäre für die Zusammenarbeit zwischen justiziellen Beteiligten und Polizei eine wichtige Rolle ein. Die Organisation der Koordinierungstreffen bei Eurojust und der operativen Treffen bei Europol sowie die weitere Unterstützung durch die Weiterleitung von Informationen und Rechtshilfeersuchen an den richtigen Empfänger legten den Grundstein für einen echten multinationalen Ansatz. Wir sind ausgesprochen dankbar.*



Die Partner  
von Eurojust



## 3.1 Kooperation mit Europol

Die Zusammenarbeit wurde durch die Arbeit der Eurojust-Europol-Lenkungsausschüsse zu operativen und strategischen Angelegenheiten gestärkt, bei denen eine Reihe an Themen besprochen wurde, einschließlich der Unterstützung von Eurojust für Europol-Focal-Points (Analyseeinheit) und der gemeinsamen Zugriffstage 2016, des CARIN-Fragebogens zur nicht auf Verurteilung basierenden Konfiskationen, Projekten zur Aufbewahrung von Daten, JIT-Finanzierung und des Austauschprogramms. Der gemeinsame Jahresbericht 2015 wurde dem Rat und der Kommission am 19. Mai vorgelegt.

Eurojust erkundet die Schritte zum Brückenbau zwischen Eurojust und Europol. Bei einem hochrangigen Eurojust-Europol-Treffen wurde die Entsendung von Eurojust-Vertretern zum ECTC und EMSC, dem guten Beispiel des zum EC3 entsandten Nationalen Experten für Cyberkriminalität von Eurojust folgend, unterstützt.

Informationen zu geplanten operativen Treffen bei Europol und Koordinierungstreffen bei Eurojust wurden weiterhin regelmäßig ausgetauscht. Europol nahm an 87 Koordinierungstreffen teil.

Eurojust leistete einen Beitrag zu den Aktivitäten, die im Rahmen der OAPs in allen vorrangigen Kriminalitätsbereichen der EMPACT-Kriminalität und Focal Points durchgeführt wurden. Eurojust beteiligte sich, als Leiter, Co-Leiter und Teilnehmer an Maßnahmen, die durchgeführt wurden, um die koordinierten Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen im

Rahmen der OAPs zu intensivieren und die justiziellen Herausforderungen und bewährten Methoden zu identifizieren. Das Kollegium beschloss, die Rolle und Zuweisung seiner Kontaktstellen zu den Focal Points zu rationalisieren und damit auf die neue Struktur von Europol und die operativen und strategischen Prioritäten von Eurojust abzustimmen.

Eurojust erreichte die formelle Verbindung zu APATE (Betrug) und HYDRA (religiös inspirierter islamischer Terrorismus), womit die Gesamtzahl der von Eurojust unterstützten Europol-Akten auf 25 anstieg.

Eurojust leistete einen Beitrag zu den strategischen Produkten, dem *Serious Organised Crime Threat Assessment (Bewertung der Bedrohungslage im Bereich der schweren und organisierten Kriminalität)* (SOCTA), dessen Veröffentlichung für 2017 vorgesehen ist, und zum Abschnitt mit dem Titel Verurteilungen und Strafen sowie zum relevanten statistischen Anhang des *Terrorism Situation and Trend Report (Bericht zu Lage und Entwicklungen des Terrorismus)* (TE-SAT).

Auf Initiative des niederländischen Vorsitzes des Verwaltungsrates von Europol wurde im Dezember ein gemeinsames Treffen des Verwaltungsrates von Europol und des Kollegiums von Eurojust abgehalten, um gemeinsame Überlegungen zur Zusammenarbeit zu besprechen, ein besseres Verständnis der jeweiligen Mandate von Eurojust und Europol zu fördern und die Komplementarität zu verbessern, um den Nationalen Behörden bessere Unterstützung bieten zu können.

## 3.2 Kooperation mit OLAF

Die gemeinsamen Anstrengungen von Eurojust und OLAF, Betrug, Korruption und anderen Straftaten zum Nachteil der finanziellen Interessen der Europäischen Union zu begegnen, wurden fortgeführt und es wurde die Notwendigkeit eines wirksamen Multibehördenansatzes bei grenzüberschreitenden Fällen, insbesondere durch Informationsaustausch und gegenseitige Beteiligung, hervorgehoben. OLAF-Beamte arbeiteten mit Eurojust bei vier Fällen zusammen und beteiligten sich an vier

Koordinierungstreffen. Die Zusammenarbeit wurde durch das Verbindungsteam von OLAF und Eurojust gewährleistet, durch, unter anderem, den regelmäßigen Austausch von Fallzusammenfassungen und eine gemeinsame Fortbildung zur praktischen Zusammenarbeit mit Fällen, um den Praktikern zu zeigen, wie die Zusammenarbeit und die bewährten Methoden zwischen OLAF und Eurojust dazu beitragen, die finanziellen Interessen der Europäischen Union zu schützen.

### Informationsveranstaltungen und Marketingseminare

Eurojust organisierte, in Zusammenarbeit mit den jeweiligen Nationalen Behörden, *Marketingseminare* in Litauen (Mai), Bulgarien (Juni) und Irland (Juli) und eine *Informationsveranstaltung* in Spanien, um die Aufgaben, die Arbeit und den Mehrwert von Eurojust bei operativen Angelegenheiten sowie die Anerkennung von Eurojust als Zentrum der justiziellen und rechtlichen Expertise in der Europäischen Union zu fördern.

An diesen Seminaren nehmen Staatsanwälte, Richter und/oder Polizeibehörden teil.

## Eurojust und Fortbildung

An den thematischen Treffen von Eurojust nehmen Praktiker teil, was den Austausch von Erfahrungen und bewährten Methoden ermöglicht. Diese Treffen können als praktische Fortbildung betrachtet werden. Eurojust unterstützt insbesondere die Fortbildung bei der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen auf der Grundlage einer Vereinbarung, die gemeinsam mit dem EJTN unterzeichnet wurde.

Im Rahmen des EJTN-Austauschprogramms nahmen 16 Staatsanwälte/Richter aus neun Mitgliedstaaten (BE, BG, ES, IT, HU, AT, PL, PT, SI) an einer langfristigen Trainee-Periode (drei oder vier Monate) bei den Nationalen Büros von Eurojust teil und unterstützten die operative Arbeit. Eurojust organisierte im April gleichfalls einen einwöchigen Studienbesuch, an dem 27 Staatsanwälte/Richter aus 17 Mitgliedstaaten teilnahmen.

Zusätzlich dazu beteiligten sich die Mitglieder der Nationalen Büros von Eurojust aktiv an vier EJTN-Seminaren, die im Rahmen des Strafjustizprojekts I, *International Judicial Cooperation in Criminal Matters in Practice: EAW and MLA simulations (Internationale justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen in der Praxis: Simulationen von EuHBs und Rechtshilfeersuchen)* stattfanden. Die Eurojust-Vertreter bei diesen Seminaren begleiten die Arbeit der Praktiker und bieten Einblicke in die Rolle von Eurojust.

Entsprechend der Vereinbarung mit CEPOL und im Kontext der OAPs von 2015 (EMPACT) unterstützte Eurojust Fortbildungskurse in verschiedenen Bereichen wie Finanzermittlungen und Verbrauchsteuerbetrug, Kokain- und Heroinschmuggel, FTF, Nachahmung von Waren und geistigen Eigentums, Menschenhandel und Schleuserkriminalität.

Gemeinsam mit CEPOL, EJTN und dem Sekretariat des JITs-Netzwerks führte Eurojust seine Beteiligung am Kurs *Joint Investigation Teams (Gemeinsame Ermittlungsgruppen)* fort.

Darüber hinaus wurde von Eurojust im Rahmen des von der EU finanzierten IPA-Projekts 2014, *International Cooperation in Criminal Justice: the Prosecutors' Network of the Western Balkans (Internationale Zusammenarbeit in Strafsachen: Das staatsanwaltliche Netzwerk des Westlichen Balkans)*, Fortbildung bereitgestellt und im Juli ein einwöchiger Studienbesuch für Praktiker aus den westlichen Balkanstaaten veranstaltet.

## 3.3 Beziehungen von Eurojust zu Drittstaaten und Organisationen

### Kooperationsabkommen

Nach dem Inkrafttreten des Kooperationsabkommens mit der Republik Moldawien am 21. Oktober sind sieben Kooperationsabkommen in Kraft. Kooperationsabkommen wurden am 3. Mai mit Montenegro und am 27. Juni mit der Ukraine unterzeichnet, wobei diese noch nicht in Kraft getreten sind, und mit Albanien wurden formelle Verhandlungen zum Abschluss eines Kooperationsabkommens begonnen.

Kontakte wurden mit Bosnien und Herzegowina, Brasilien, Georgien, Israel, Mexiko, Serbien, Tunesien und der Türkei gepflegt, um Möglichkeiten zur Verbesserung der Zusammenarbeit zu erkunden. Darüber hinaus wurde die praktische Umsetzung der Bestimmungen der in Kraft befindlichen Kooperationsabkommen bewertet. In diesem Zusammenhang wurden regelmäßige Konsultationssitzungen mit der Schweiz und Norwegen abgehalten.

### Die Fallarbeit von Eurojust mit Drittstaaten

Eurojust bot Unterstützung in 300 Fällen, an denen 61 verschiedene Drittstaaten beteiligt waren und die hauptsächlich Betrug und Geldwäsche zum Gegenstand

hatten. Drittstaaten waren bei 50 Koordinierungstreffen vertreten, mit der Schweiz, den USA und Norwegen als häufigste Teilnehmer. Die Schweiz und Norwegen waren gleichfalls an Koordinierungszentren beteiligt. Drittstaaten waren an 14 von Eurojust unterstützten JITs beteiligt (siehe Abschnitt 1.4).

### Verbindungsstaatsanwälte bei Eurojust

Die rechtliche Grundlage für die Entsendung eines Verbindungsstaatsanwalts ist ein Kooperationsabkommen. Eurojust hat drei entsandte Verbindungsstaatsanwälte, aus Norwegen, den USA und der Schweiz.

Die Verbindungsstaatsanwältin für die Schweiz registrierte 90 Fälle, in denen es hauptsächlich um Betrug, Geldwäsche und Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit ging, und beteiligte sich an 21 Koordinierungstreffen und zwei Koordinierungszentren. Der Verbindungsstaatsanwalt für Norwegen registrierte 65 Fälle, in denen es hauptsächlich um Drogenhandel, Menschenhandel, Verbrechen gegen das Leben, die körperliche Unversehrtheit oder die persönliche Freiheit und Betrug ging, und beteiligte sich an



10 Koordinierungstreffen und einem Koordinierungszentrum. Der Verbindungsstaatsanwalt für die USA registrierte einen Fall von Meerespiraterie und nahm an 12 Koordinierungstreffen teil. Deren Anwesenheit bei Eurojust und Beteiligung an den Fällen wurde als vorteilhaft erachtet, weil sie die justizielle Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und Drittstaaten beschleunigen und erleichtern können.

## Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten

Eurojust hat die Erweiterung seines weltweiten Netzes justizieller Kontaktstellen in Drittstaaten durch Hinzufügen von Kontaktstellen aus Kolumbien und Libyen fortgeführt. Gegenwärtig verfügen insgesamt 41 Drittstaaten über Eurojust-Kontaktstellen. Diese Kontaktstellen erleichtern über Eurojust die Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und Drittstaaten.

## Kooperation mit dem IStGH

Eurojust und die Staatsanwaltschaft des IStGH unterzeichneten 2007 eine Kooperationsvereinbarung. Im Jahr 2016 erforschten Eurojust und der IStGH die Verbindungen zwischen schweren Verbrechen (gemäß der Definition im Römischen Statut des IStGH), Terrorismus und anderen Verbrechen. Im Juni lud Eurojust IStGH-Vertreter ein, ein Treffen mit den Nationalen Anlaufstellen für Terrorismusangelegenheiten von Eurojust und mit Terrorismusbekämpfungsexperten aus Norwegen, der Schweiz und den



Maria Schnebli, Liaison Prosecutor for Switzerland

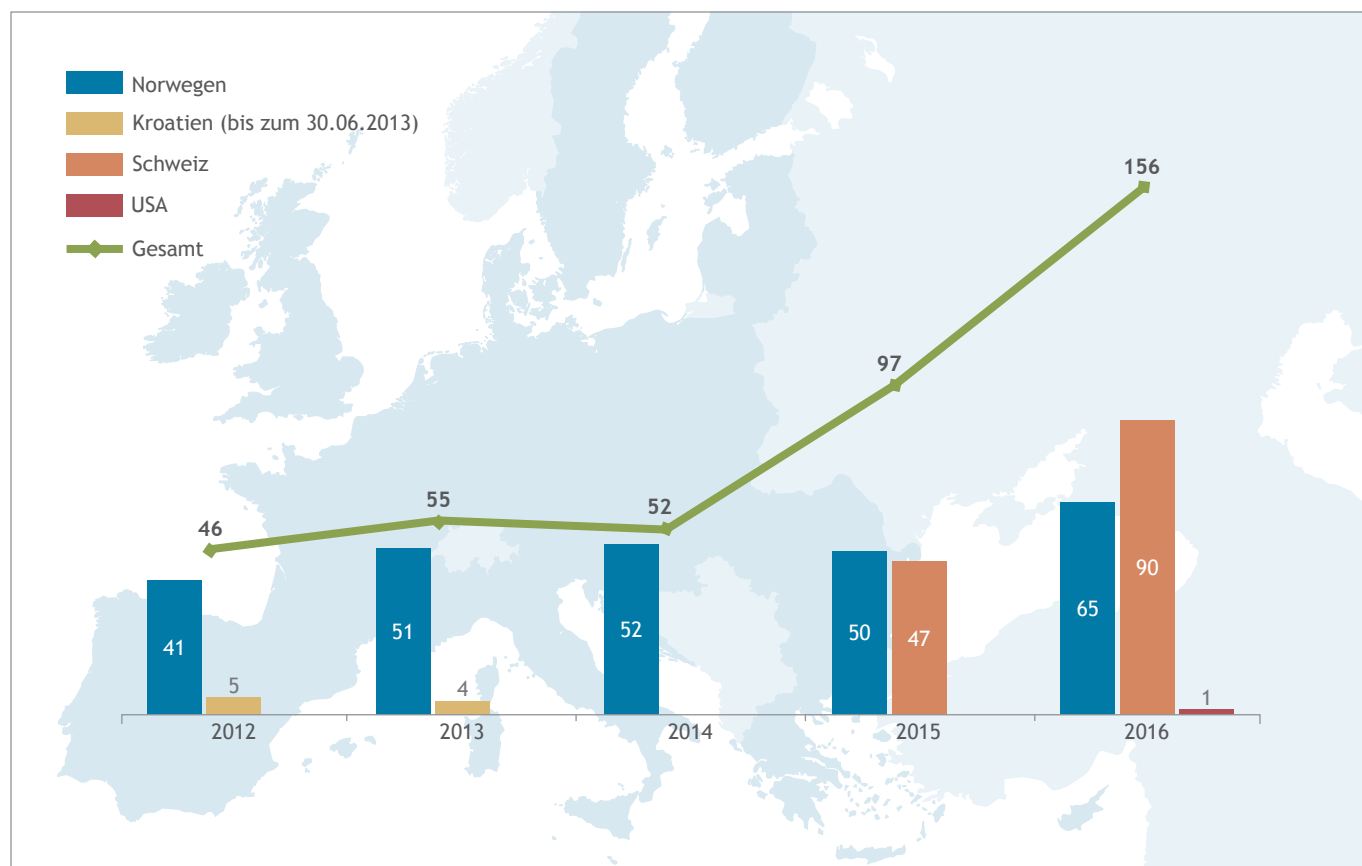


Michael Olmsted, Liaison Prosecutor for the USA



Hilde Stoltenberg, Liaison Prosecutor for Norway

## Fälle von Verbindungsstaatsanwälten 2012–2016



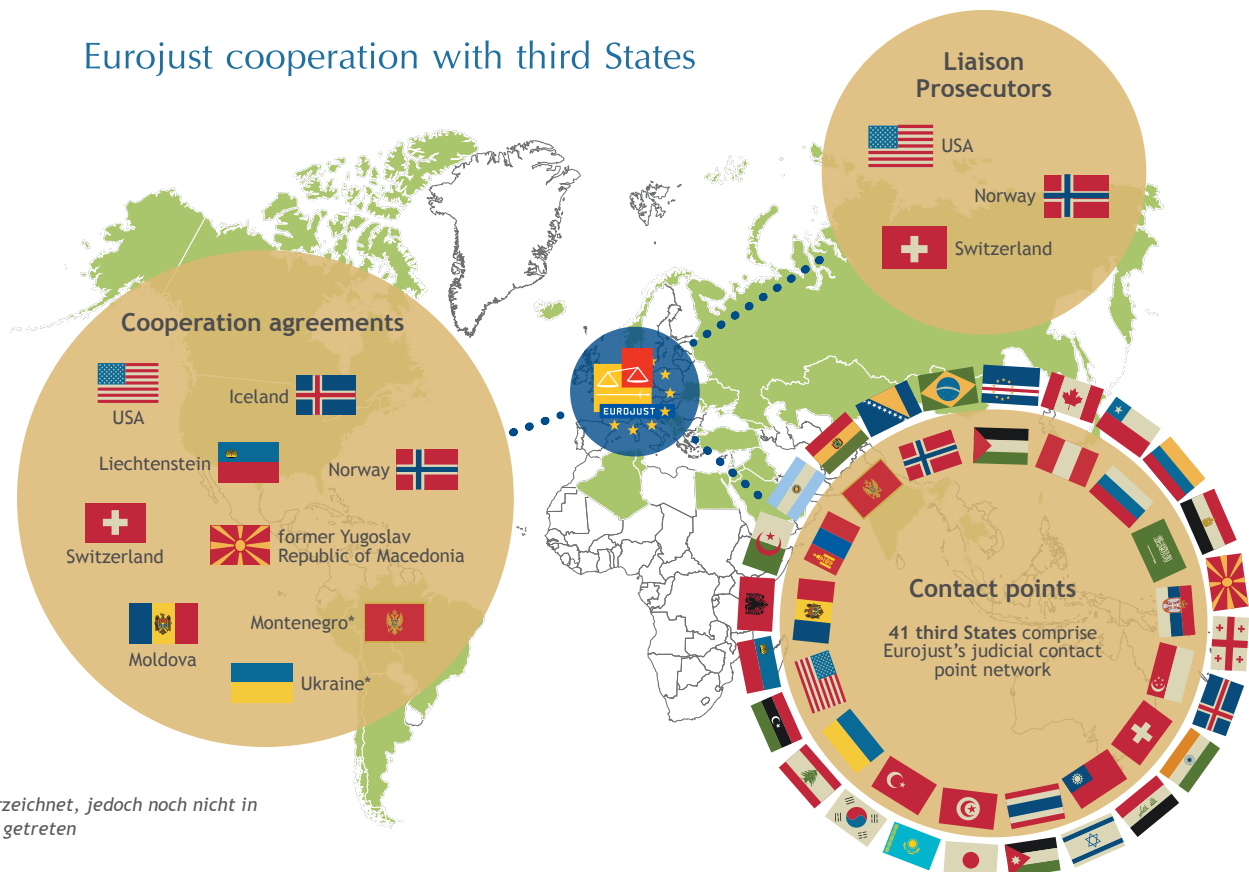
## Zusammenarbeit mit der Ukraine und Moldawien in einem Fall von Kunstdiebstahl

Die italienischen Strafverfolgungsbehörden leiteten Ermittlungen zu einem Raub ein, der sich im November 2015 in einem Museum in Verona, Italien, ereignet hatte. Es waren 17 wertvolle Gemälde weggenommen worden, darunter Werke von Rubens, Tintoretto und Pisanello. Die mutmaßlichen Täter waren Mitglieder einer OCG, die aus italienischen, ukrainischen und moldawischen Staatsangehörigen bestand. Bei Eurojust wurde ein Fall eröffnet, um das Auffinden der gestohlenen Meisterwerke, die Verhaftung der Täter und schließlich die schließlich Beschlagnahme und sichere Rückgabe der Kunstwerke an Italien zu erleichtern.

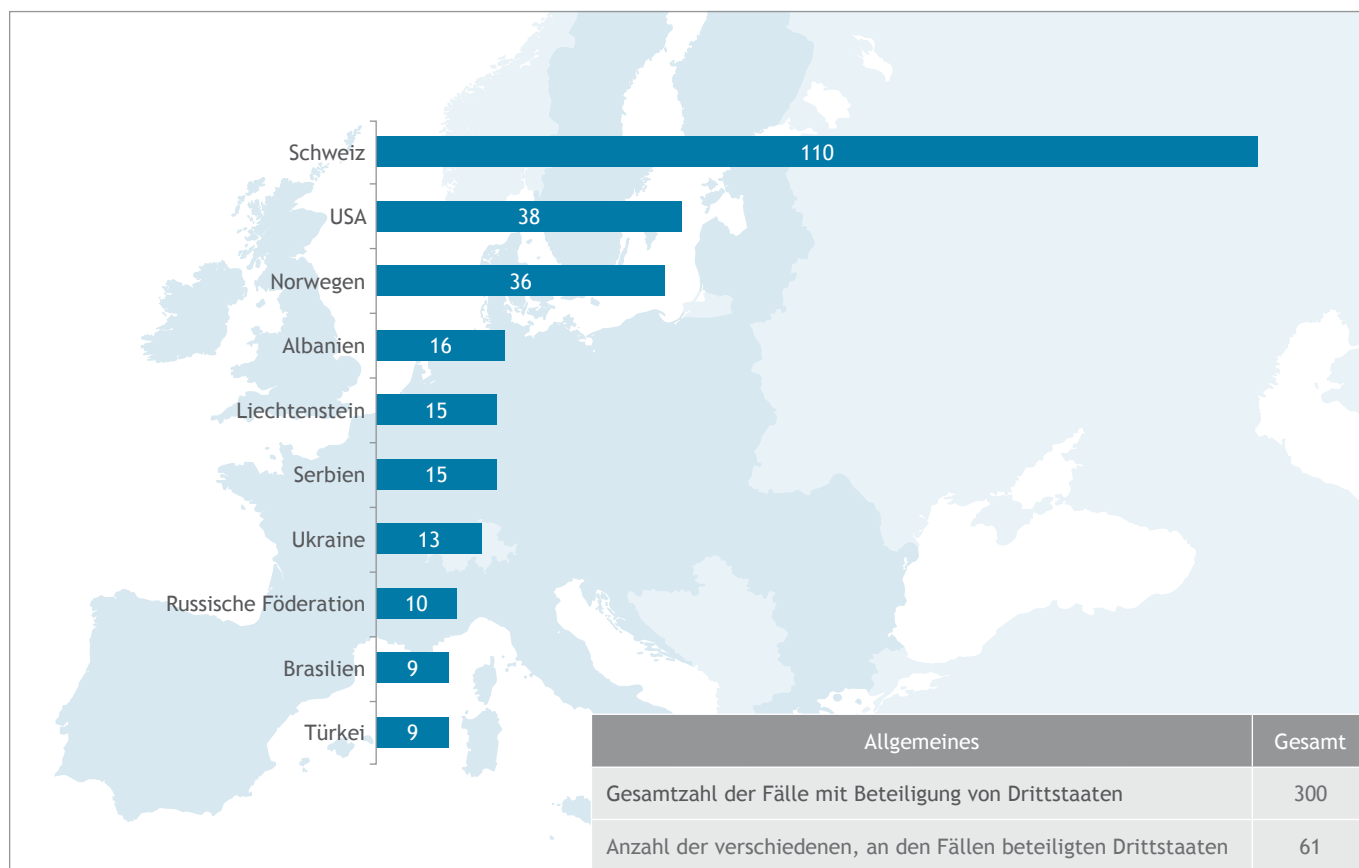
Anfang 2016 richtete Italien zwei Rechtshilfeersuchen an Moldawien. Im März wurden zwölf Personen verhaftet, sieben in Italien und fünf in Moldawien. Dennoch blieben zwei Verdächtige moldawischer Herkunft auf freiem Fuß und es wurde angenommen, dass diese sich in Odessa, Ukraine, befanden und im Besitz aller 17 gestohlenen Gemälde waren. Im April wurde bei Eurojust ein Koordinierungstreffen organisiert, um zu prüfen, ob zugehörige Verfahren in anderen Ländern anhängig waren, und um Zuständigkeitskonflikte oder Probleme des *Ne bis in idem* zu verhindern.

Die Unterstützung von Eurojust war beim Erreichen eines gemeinsamen Verständnisses zwischen den Nationalen Behörden von grundlegender Bedeutung, was in eine Vereinbarung mündete, die Informationen zu den jüngsten operativen Tätigkeiten auszutauschen und die Ausführung eines italienischen Rechtshilfeersuchens über eine Kontaktstelle in der Ukraine sicherzustellen. Diese Kontaktstelle nahm bei der Schaffung von Vertrauen und eines gemeinsamen Verständnisses zwischen den beteiligten Parteien eine wichtige Rolle ein. Darüber hinaus erleichterte Eurojust die Eröffnung paralleler Ermittlungen in der Ukraine sowie die Einrichtung einer informellen Arbeitsgruppe aus Ermittlern aus den beteiligten Ländern, die sich im Hinblick auf die Koordinierung ihrer Maßnahmen gemäß Artikel 15 Absatz 5 des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität aus dem Jahr 2000 untereinander berieten. Das Ergebnis des Koordinierungstreffens gewährleistete eine schnelle Lösung des Falls. Wenige Tage nach dem Koordinierungstreffen führten die Bemühungen der justiziellen Zusammenarbeit zur erfolgreichen Wiedererlangung der gestohlenen Meisterwerke in Odessa. Die beiden moldawischen Verdächtigen wurden im Mai 2016 verhaftet.

## Eurojust cooperation with third States



## Die wichtigsten zehn Drittstaaten in der Eurojust-Fallarbeit



USA abzuhalten, um die Arbeit des IstGH in Libyen im Hinblick auf die gefundenen Verbindungen zwischen Verbrechen und Terrorismus zu präsentieren. Der IstGH brachte seine Bereitschaft zum Ausdruck, bei der Erleichterung von Rechtshilfeersuchen und des Informationsaustausches Unterstützung zu leisten, wenn Verbindungen dieser Art festgestellt werden. Eurojust hat für die nationalen Jus-

tizbehörden die Möglichkeit geschaffen, direkte Kontakte zu IstGH-Ermittlern herzustellen, um schwere Verbrechen und terroristische Straftaten effektiv strafrechtlich zu verfolgen. Im Juli präsentierte der Ermittlungsdirektor dem Kollegium die IstGH-Tätigkeiten und es wurden Ansichten zur Verbesserung der Zusammenarbeit ausgetauscht.



## Fokus auf die Verbindungsstaatsanwältin für die Schweiz

„Ich wurde im März 2015 zur ersten schweizerischen Verbindungsstaatsanwältin bei Eurojust ernannt. Aus schweizerischer Sicht war es sicher ein Quantensprung, hier bei Eurojust dauerhaft einen Verbindungsstaatsanwalt postiert zu haben. Die Schweiz verfügte bereits über eine langjährige Zusammenarbeit mit Eurojust, bevor das Kooperationsabkommen zwischen Eurojust und der Schweiz 2011 in Kraft trat. Als Eidgenössische Staatsanwältin bei der schweizerischen Generalstaatsanwaltschaft war ich ab 2002 die operative Kontaktstelle zu Eurojust. Als Verbindungsstaatsanwältin bin ich jetzt dauerhaft zu Eurojust entsandt und verfüge über ein voll ausgestattetes Büro.

Zwar war ich im vor meiner Entsendung mit Eurojust vertraut, die Dinge haben sich jedoch grundlegend geändert, seit ich meine Arbeit als Verbindungsstaatsanwältin aufgenommen habe. Der Hauptunterschied besteht darin, dass ich als Verbindungsstaatsanwältin meine eigenen Fälle bei Eurojust eröffnen und direkt an die Nationalen Büros herantreten kann, um deren Unterstützung und Zusammenarbeit der schweizerische Staatsanwalt/die schweizerische Staatsanwältin für seine oder ihre Ermittlungen ersucht.

Verbindungsstaatsanwälte können am operativen *Tour de Table* der Plenarsitzung des Kollegiums teilnehmen sowie Treffen auf Ebene II und Koordinierungstreffen organisieren, wobei Letztere dankenswerterweise mit der Unterstützung der Verwaltung von Eurojust stattfinden. Ich nehmen regelmäßig an von den Nationalen Büros bei Eurojust organisierten Koordinierungstreffen teil, entweder, um die teilnehmenden schweizerischen Staatsanwälte und Ermittler zu begleiten, oder um diese zu vertreten, wenn sie nicht nach Den Haag reisen können.

Seit ich bei Eurojust bin, besteht eine meiner Aufgaben darin, die aktive Teilnahme und Beteiligung schweizerischer Experten in wichtigen Bereichen wie Bekämpfung von Terrorismus und Cyberkriminalität zu organisieren und erleichtern, in denen Eurojust mit seinen Taktischen Treffen und Expertennetzwerken sehr wertvolle Plattformen bietet.

Während Eurojust nicht überall in der Schweiz bekannt war, bevor ich meine Arbeit hier begann, sind die Staatsanwälte jetzt mit Eurojust vertraut und haben damit begonnen, dieses Potenzial zu nutzen. Wie ein Staatsanwalt bei einer der Informationsveranstaltungen, die ich regelmäßig in der Schweiz durchführe, sagte: „Es haben sich neue Horizonte eröffnet“. Dieser Trend spiegelt sich eindeutig in der Statistik wider. Ich eröffnete 2015 47 Fälle und 90 Fälle im Jahr 2016, und die Zahl steigt weiterhin an.

Die schweizerischen Staatsanwälte treten an mich mit Fällen heran, die sich in Bezug auf die Straftaten über das gesamte schweizerische Strafgesetzbuch erstrecken. Zu meinen „Kunden“ gehören die 26 kantonalen Staatsanwaltschaften in den drei Sprachregionen meines Landes sowie die Generalstaatsanwaltschaft. Einige Anfragen sind leicht zu lösen, während andere sehr komplex sind, mehrere Länder umfassen und über Jahre hinweg anhängig sind. Mit zunehmender Vertrautheit mit der Zusammenarbeit mit Eurojust wagen sich die schweizerischen Staatsanwälte allmählich in ihnen sehr unbekannte Bereiche wie JITs vor. Wir haben derzeit zwei Fälle mit aktiven JITs mit schweizerischer Beteiligung und drei weitere Fälle befinden sich in Vorbereitung. Für die Schweiz ist diese Veränderung, die ohne die von Eurojust angebotene Unterstützung nicht möglich wäre, sehr wichtig.

Wie wir alle wissen, beruht Zusammenarbeit auf Gegenseitigkeit und in diesem Sinn bin ich davon überzeugt – und die Reaktionen meiner Kollegen bei unserer täglichen Arbeit in den Nationalen Büros bestätigen diesen Eindruck – dass meine Anwesenheit hier auch einen Mehrwert für sie bietet. Die Schweiz ist als Finanzzentrum ein gefragter Kooperationspartner, vor allem bei Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und Korruption. Unser Rechtssystem ist sehr komplex und uns stellt sich die zusätzliche Herausforderung von drei verschiedenen Sprachen. In der Lage zu sein, aufkommende Probleme mit meinen Kollegen regelmäßig zu besprechen und zu lösen, hat sich als sehr hilfreich erwiesen und auf diese Weise bin ich in der Lage, unsere Staatsanwälte zu Hause zu unterstützen und ihnen bei ihrer täglichen Arbeit zur Seite zu stehen.“

Maria Schnebli, zitiert in *Aktuelle Juristische Praxis* AJP/PJA 8/2016, S. 105.



## Schweizerischer Fall von bewaffnetem Schmuckraub

Seit 2013 beging eine hierarchisch strukturierte litauische OCG mehr als zehn bewaffnete Schmuckraube in der Schweiz. Die Täter bedrohten die Opfer mit der Waffe und setzten körperliche Gewalt ein, was zu dauerhaften Hirnschäden bei mindestens einem der Opfer führte. Eine Analyse der während der schweizerischen Ermittlungen gesicherten DNA brachte die Straftäter mit in zahlreichen anderen europäischen Ländern, darunter Belgien, die Tschechische Republik, Dänemark, Spanien, Frankreich, Deutschland, Italien, die Niederlande, Österreich, Finnland und Norwegen, begangenen Rauben in Verbindung. Die gestohlenen Wertsachen wurden mithilfe von Computern mit litauischen IP-Adressen auf eBay verkauft.

Die Ermittlungen in der Schweiz führten zu mehreren Verhaftungen, die von den litauischen Behörden auf der Grundlage der Rechtshilfe erleichtert wurden. Die OCG setzte ihre Aktivitäten jedoch fort, da die Straftäter oder „Soldaten“ auf unterer Ebene schnell durch andere ersetzt wurden und die oberste Ebene der OCG nicht greifbar war. In dieser Phase der Ermittlungen traten die schweizerischen Behörden an Eurojust mit der Bitte um intensivere justizielle Zusammenarbeit heran. Im Dezember 2015 fand ein Koordinierungstreffen statt. Neben der Unterstützung bei der Durchführung anhängiger und geplanter Rechtshilfeersuchen an Litauen trug das Treffen dazu bei, eine gemeinsame Strategie zu finden, um die gesamte OCG durch Fokussierung auf die Köpfe der OCG aufzudecken.

Während die Zusammenarbeit auf der Grundlage der Rechtshilfe mit Litauen gut funktionierte, ersuchten die teilnehmenden Länder die litauischen Behörden um die Einleitung von Ermittlungen, da die Täter litauische Staatsangehörige waren und in Litauen gesammelte Informationen für die Ermittlungen in ganz Europa einen Mehrwert bedeuten. Jedoch wurde die Aufnahme von Ermittlungen durch die litauischen Behörden zu diesem Zeitpunkt aufgrund nicht ausreichend bereitgestellter Informationen seitens der von den Rauben betroffenen Länder und fehlender verfügbarer Beweismittel in Litauen verhindert.

Eine der Herausforderungen in der Schweiz bestand darin, mehrere Ermittlungen gegen die OCG in den verschiedenen schweizerischen Kantonen zu harmonisieren. Nach dem ersten Koordinierungstreffen, das eine Kommunikation zwischen allen betroffenen Ländern ermöglichte, unterstützte Eurojust die schweizerischen und litauischen Behörden durch die vorläufige Eingrenzung der Zusammenarbeit, um zuerst die spezifischen Herausforderungen, die sich auf die Schweiz und Litauen auswirkten, anzugehen.

Ein bilaterales Koordinierungstreffen wurde im Juni 2016 in der Schweiz abgehalten, bei dem alle kantonalen Staatsanwälte, die Eidgenössische Staatsanwaltschaft und die litauischen Behörden an einem Tisch versammelt waren. Bei diesem Treffen wurde vermehrter Bedarf an Zusammenarbeit festgestellt und es wurde ein Verständnis erreicht, dass die Strafverfolgung vorzugsweise sowohl in Litauen als auch in der Schweiz stattfinden sollte, da die in der Schweiz verhafteten Verdächtigen zumeist Täter auf niedriger Ebene waren.

Die schweizerischen kantonalen Staatsanwaltschaften vereinbarten die Strafverfolgung der Raube, während die Strafverfolgung des organisatorischen Aspekts durch die Eidgenössische Staatsanwaltschaft vorgesehen war. Das Koordinierungstreffen verbesserte das gegenseitige Vertrauen zwischen den litauischen und den schweizerischen Behörden und erleichterte den Aufbau direkter Kontakte zwischen den Kollegen.

Vor dem Hintergrund der positiven Ergebnisse der Zusammenarbeit 2016 ist geplant, die Koordinierungsbemühungen 2017 auf der multilateralen Ebene fortzusetzen.



Herausforderungen und  
bewährte Methoden





**D**urch die operative und strategische Arbeit trägt Eurojust zur Erkennung von Herausforderungen und bewährten Methoden in verschiedenen Bereichen der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen bei. 2016

ging Eurojust insbesondere rechtliche und praktische Schwierigkeiten im Bereich der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs, Herausforderungen bei Betrugsfällen und beim EuHB an.

## 4.1 Überwachung des Telekommunikationsverkehrs

Im November fand ein thematisches Gespräch des Kollegiums statt, um Erfahrungen mit justiziellen und praktischen Herausforderungen im Bereich der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs auszutauschen. Die drei wichtigsten besprochenen Themen: Traditionelle Überwachung des Telekommunikationsverkehrs, Abhören von Kraftfahrzeugen und Verwendung von mit Trojanern vergleichbarer Schad-Software auf Mobilgeräten.

**Traditionelle Überwachung des Telekommunikationsverkehrs** Die unterschiedlichen rechtlichen Standards bei den nationalen Rechtsvorschriften stellen weiterhin eine große Herausforderung bei der effektiven Nutzung der Überwachung des Telekommunikationsverkehrs, insbesondere in Hinblick auf die Zulässigkeit des Beweismittels, dar. Während Artikel 4 Absatz 1 des Rechtshilfeübereinkommens von 2000 dem ersuchenden Land ermöglicht, ausdrücklich Formalitäten und Verfahren anzugeben, die eingehalten werden sollten, wurden mehrere Beispiele genannt, bei denen eine Kompromisslösung gefunden worden war, um den rechtlichen Rahmenbedingungen und den praktischen Möglichkeiten beider Länder gerecht zu werden. Im Licht des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung empfehlen die Praktiker, dass die ersuchenden Behörden Formalitäten oder Verfahren nur verlangen sollten, wenn diese als nach nationalem Recht grundlegend erachtet werden. Wenn die Mitgliedstaaten über unterschiedliche Verfahrensregeln zum Schutz des gleichen rechtlichen Grundsatzes, z. B. der Verhältnismäßigkeit, verfügen, sollte der um die Maßnahme ersuchende Mitgliedstaat den verfahrensrechtlichen Rahmen des Mitgliedstaats, der die Überwachung durchführt, anerkennen.

Zusätzliche Probleme entstehen, wenn das zu überwachende Individuum unerwartet die Grenze zu einem anderen Mitgliedstaat übertritt. Die gesetzliche Regelung der nachträglichen Genehmigung ist von Land zu Land sehr unterschiedlich und kann dazu führen, dass das über Überwachungsmaßnahmen gewonnene Material als Beweismittel unzulässig ist, wenn die nachträgliche Genehmigung nicht erteilt wird.

Eurojust kann die Nationalen Behörden bei dringenden Ersuchen um Telefonüberwachung, bei Übersetzungen, bei der Unterstützung mit Kontakten der zuständigen Nationalen Behörden und bei Ersuchen um Abhören an Drittstaaten unterstützen.

**Abhören von Kraftfahrzeugen** Bei der sogenannten „Geheimen Raumüberwachung“, zum Beispiel im Zusammenhang mit dem Abhören eines Kraftfahrzeugs, um die in diesem stattfindenden Gespräche abzuhören, entstehen erhebliche rechtliche Herausforderungen, wenn das Kraftfahrzeug die Grenze in das Gebiet eines anderen Mitgliedstaats übertritt. Im Gegensatz zur herkömmlichen Überwachung des Telekommunikationsverkehrs, die durch Artikel 20 des Rechtshilfeübereinkommens von 2000 ausdrücklich geregelt ist, besteht kein spezifisches Rechtsinstrument für das Abhören eines Kraftfahrzeugs im grenzüberschreitenden Kontext. Es wurden der Umfang, in dem Artikel 20 durch Analogie angewandt werden könnte, und die Notwendigkeit der Einholung der Einwilligung der Länder, durch die das Kraftfahrzeug reiste, besprochen.

**Mit Trojanern vergleichbare Viren** Die Verwendung von mit Trojanern vergleichbaren Viren auf Mobilgeräten wirft Bedenken bei der Verhältnismäßigkeit im Hinblick auf den äußerst intrusiven Charakter dieser Art der Überwachung auf.

## 4.2 Herausforderungen bei Steuerbetrugsfällen

*Operation Vertigo* (siehe [Eurojust-Jahresbericht 2015](#), S. 54-55) hat den Mehrwert von Eurojust bei der Koordinierung von eingehenden Antworten der beteiligten Justizbehörden die Unterstützung durch Koordinierungszentren und die Wichtigkeit der frühzeitigen Beteiligung von Eurojust gezeigt.

Im Oktober wurde ein taktisches Treffen zur justiziellen Zusammenarbeit bei Steuerstrafsachen abgehalten, das die rechtlichen Hindernisse, bewährten Methoden und Lösungen bei der Ermittlung und Strafverfolgung grenzüberschreitender Steuerkriminalität, die Rolle der JITs in Fällen von Steuerkriminalität sowie das Einfrieren und die Einziehung der Erträge aus Steuerkriminalität thematisierte.

**JITs** Der Nutzen von JITs als Reaktion auf die in grenzüberschreitenden Fällen von Steuerkriminalität erkannten Herausforderungen wurde unterstrichen, da JITs die schnelle Sammlung von derartigen Beweismitteln sowie die Koordinierung der Rechtshilfeszusammenarbeit und eine gemeinsame Strategie gegenüber Staaten außerhalb des JIT ermöglichen. Durch die zwischen den beteiligten Nationalen Behörden hergestellte enge Zusammenarbeit und Koordinierung kann das JIT gleichzeitig eine Plattform zur Hintanhaltung von Zuständigkeitsproblemen und Anforderungen an die Zulässigkeit bereitstellen. Es wurden die Möglichkeiten zur Aufnahme des Einfrierens/der Abschöpfung von Vermögenswerten in die Ziele des JIT und die Einbindung von Finanzexperten als JIT-Mitglieder erörtert.

**Einfrieren und Einziehung** Die wichtigsten rechtlichen Hindernisse, die beim Einfrieren und bei der Einziehung von Erträgen aus Steuerkriminalität angetroffen werden: (i) Die Sicherstellungs- und Beschlagnahmeentscheidungen können abgelehnt und nicht ausgeführt werden, wenn die vom ersuchenden Mitgliedstaat ausgestellte Bescheinigung zum Einfrieren unvollständig oder sachlich falsch ist, und (ii) die Beträge, die in der Bescheinigung aufscheinen, gegebenenfalls nicht der Sicherstellungsentscheidung entsprechen. Zusätzliche Probleme ergeben sich aus der Notwendigkeit, den Standort des Eigentums oder Beweismittels gemäß Rahmenbeschluss 2003/577/JI des Rates über Sicherstellungsentscheidungen genau anzugeben. Außerdem kann die Anwendung des Tests der beiderseitigen Strafbarkeit Schwierigkeiten bei der Vollstreckung (Anerkennung) ausländischer Sicherstellungsentscheidungen in Fällen von Steuerkriminalität verursachen.

In diesem Zusammenhang legen einige Mitgliedstaaten den Grundsatz der beiderseitigen Strafbarkeit *in concreto* aus, was bedeutet, dass das Dokument, das im Rechtshilfeersuchen/in der Sicherstellungsentscheidung beschrieben wird, alle Kriterien der Strafbarkeit nach dem Recht des ersuchten Staates erfüllen muss. Umgekehrt ist die Auslegung der beiderseitigen Strafbarkeit *in abstracto* in einigen Mitgliedstaaten für die Vollstreckung von Zwangsmaßnahmen, die anschließend zu einer Strafe führen können, ausreichend. Das Unterscheidungskriterium zur Bewertung, ob das Erfordernis der beiderseitigen Strafbarkeit erfüllt ist, besteht darin zu prüfen, ob der ersuchte Staat verpflichtet oder eben nicht verpflichtet ist, sein nationales Regelwerk anzuwenden, um Strafverfahren im Rahmen der internationalen justiziellen Zusammenarbeit zu führen.

## 4.3 Europäischer Haftbefehl

Eurojust unterstützt die Mitgliedstaaten bei der Anwendung des Europäischen Haftbefehls. Im Jahr 2016 wurden 315 Fälle bei Eurojust registriert, die im Zusammenhang mit dem Ersuchen um Unterstützung in Zusammenhang mit der Vollstreckung von EuHB standen, was 14 Prozent aller Fälle ausmacht. Griechenland legte die größte Anzahl an Ersuchen vor (65), gefolgt von Polen (37) und dem Vereinigten Königreich (23). Am häufigsten ersucht wurden Italien (37), Deutschland (34) und Rumänien (34).

Eurojust war mit einer zunehmenden Zahl an Fällen konfrontiert, in denen bei den justiziellen Behörden bei der Vollstreckung der EuHBs aufgrund angeblich unzulänglicher Haftbedingungen im ausstellenden Mitgliedstaat Schwierigkeiten auftraten. Sowohl vor als auch nach dem maßgeblichen EUGH-Urteil, *Aranyosi und Căldăraru* (verbundene Rechtssachen C-404/15 und C-659/15 PPU) unterstützte Eurojust Nationale Behörden auf verschiedene Art und Weise. Eurojust plant ein Fachgespräch im Kollegium für Anfang 2017.

Im Hinblick auf kollidierende EuHBs sieht Artikel 16 des Rahmenbeschlusses zum EuHB (FD EuHB) vor, dass Eurojust von den vollstreckenden Justizbehörden hinsichtlich des Übergabeorts einer Person um Rat ersucht werden kann, gegen die EuHBs von zwei oder mehr Mitgliedstaaten ausgestellt wurden. Acht Fälle dieser Art wurden bei Eurojust in der Folge von Ersuchen von Justizbehörden aus Belgien, den Niederlanden, Österreich, Portugal und dem Vereinigten Königreich eröffnet.

In Bezug auf die Nichteinhaltung von Fristen bei der Vollstreckung von EuHBs sieht Artikel 17 Absatz 7 des Rahmenbeschlusses über EuHBs vor, dass in Ausnahmesituationen, wenn ein Mitgliedstaat die in Artikel 17 angegebenen Fristen nicht einhalten kann, Eurojust darüber informiert werden möge, dies unter Nennung der Gründe für die Verzögerung. Es wurden 25 Verstöße gegen derartige Fristen bei Eurojust registriert, von denen in drei Fällen weitere Maßnahmen erforderlich waren. Wie in den Vorjahren traten die Benachrichtigungen zu Fristverstößen in einigen Mitgliedstaaten vermehrt auf (Bulgarien, Tschechische Republik, Irland, Rumänien, Slowakei, Schweden und Vereinigtes Königreich). Die Tatsache,

### Eurojust-Stellungnahmen zu gleichzeitigen EuHBs

Ein erster Fall betraf einen belgischen Staatsangehörigen, dem Suchtmitteldelikte in den Niederlanden und Deutschland vorgeworfen wurden. Die belgische Staatsanwaltschaft erhielt innerhalb einer Frist von drei Monaten zwei EuHBs bezüglich dieser Person. Im ersten EuHB ersuchten die deutschen Behörden um die Übergabe dieser Person zum Zweck der Strafverfolgung wegen ihrer mutmaßlichen Rolle im Betrieb einer Anlage zum Anbau von Cannabis in Deutschland. Der zweite EuHB wurde von den niederländischen Behörden zum Zweck der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe ausgestellt, die von einem niederländischen Gericht 2013 wegen der Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, die für den Anbau von Cannabis in den Niederlanden verantwortlich war, verhängt worden war.

dass die meisten Mitgliedstaaten Eurojust nicht über Verstöße benachrichtigt haben, begründet sich zum Einen damit, dass Verstöße lediglich bei der Benachrichtigung auftraten und zum Anderen einige Mitgliedstaaten ihrer Berichtspflicht nicht nachkamen.

Eurojust erstellte einen Bericht über die *Fallarbeit von Eurojust im Bereich des EuHB* für den Zeitraum 2014 bis 2016. Dieser Bericht ist ein Follow-up zum vorherigen Bericht (veröffentlicht als Rats-Dok. 10269/14) und wird im Jahr 2017 veröffentlicht. Wie sein Vorgänger befasst er sich mit der Rolle von Eurojust in diesem Bereich, sowohl auf operativer als auch strategischer Ebene, und bietet einen Überblick über die praktischen und rechtlichen Probleme, die bei der Anwendung des EuHB festgestellt wurden.



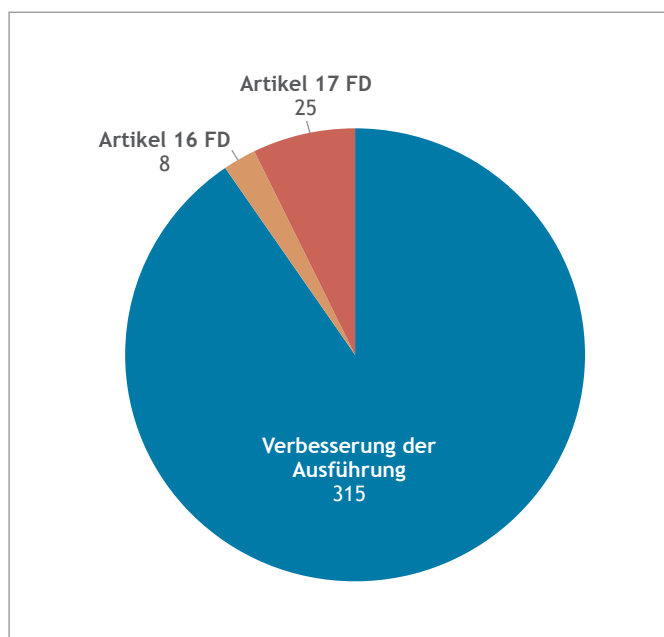
Ein zweiter Fall betraf eine Person mit portugiesischer und kapverdischer Staatsangehörigkeit, die sich zum Zeitpunkt, zu dem ein niederländischer EuHB und zwei luxemburgische EuHBs für diese Person für verschiedene Straftaten ausgestellt wurden, im Strafvollzug einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe in Frankreich befand. Während die gesuchte Person in den Niederlanden unter dem Verdacht stand, bewaffnete Raubüberfälle begangen und illegal eine Feuerwaffe besessen zu haben, warfen ihm die luxemburgischen Behörden eine große Anzahl an Straftaten einschließlich Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, versuchter Mord und Erpressung unter Drohungen und Gewaltanwendung vor.

In beiden Fällen wurde um die Unterstützung von Eurojust ersucht, um eine Lösung für die konkurrierenden EuHBs zu finden. Die Nationalen Büros, die EuHBs erhalten hatten, suchten die Zusammenarbeit der Nationalen Büros, die die Haftbefehle ausgestellt hatten. Es wurden **Treffen auf Ebene II** organisiert, um zu prüfen, welchem Ersuchen Priorität zu geben ist, die zu einer Vereinbarung zwischen den beteiligten Nationalen Büros führten, Eurojust um eine Stellungnahme zu gleichzeitigen EuHBs zu ersuchen, in der die gleichzeitigen EuHBs formell bewertet werden und eine Beratung bei der Priorisierung der Ersuchen stattfindet. Diese Stellungnahmen beruhen auf dem geltenden rechtlichen Rahmen und den *Eurojust Guidelines for Deciding on Competing EAWs (Eurojust-Richtlinien für die Entscheidung zu gleichzeitigen EuHBs (siehe Eurojust-Jahresbericht 2004, S. 82-86))*. Als Ergebnis der Koordinierungsanstrengungen von Eurojust wurde zwischen den Nationalen Behörden dahingehend eine Vereinbarung erreicht, die EuHBs gemäß den Eurojust-Stellungnahmen zu vollstrecken.

Im belgischen Fall bestätigte ein belgisches Gericht, dass beide EuHBs gegenüber Belgien vollstreckt werden könnten, gab jedoch keinem der Haftbefehle Priorität. Die belgische Staatsanwaltschaft beschloss, die Ersuchen entsprechend der bei Eurojust erreichten Vereinbarung auszuführen. Da der Zweck des deutschen EuHB darin bestand, die gesuchte Person strafrechtlich zu verfolgen, wurde diesem Haftbefehl vor dem niederländischen Ersuchen der Vorzug gegeben.

Im französischen Fall wurden alle EuHBs zum Zweck der Strafverfolgung ausgestellt. Gemäß der Stellungnahme von Eurojust wurde vereinbart, die gesuchte Person unter anderem aufgrund des weiter fortgeschrittenen Stadiums der niederländischen strafrechtlichen Ermittlungen zuerst an die Niederlande zu übergeben. Um jedoch die Gefährdung der luxemburgischen Ermittlungen zu verhindern, musste die gesuchte Person bedingt für den Zeitraum an Luxemburg übergeben werden, damit eine förmliche Entscheidung über die Anklage in Luxemburg möglich war. Die Stellungnahme von Eurojust forderte die niederländischen und luxemburgischen Behörden darüber hinaus auf, sich zu einer späteren Übergabe der gesuchten Person von den Niederlanden an Luxemburg nach der rechtskräftigen Entscheidung in den Niederlanden direkt miteinander zu beraten.

## EuHB-Fälle



## Gemeinsame Empfehlung zu Zuständigkeitskonflikten

In einem Betrugsfall wurden in Italien und Spanien gemietete Kraftfahrzeuge mit gefälschten bulgarischen und italienischen Zulassungsdokumenten versehen und nach Belgien, Deutschland, Frankreich und in die Schweiz exportiert. 2013 wurden, nach Anzeigen mehrerer italienischer Autovermieter, die einen Gesamtschaden von rund 2 Mio. EUR zu verzeichnen hatten, italienische Ermittlungen eingeleitet. Ähnliche Anzeigen wurden auch in Belgien und Spanien erstattet und es wurden Ermittlungen eingeleitet.

Französische Ermittlungen zur gleichen OCG wurden in der Folge einer Routinedurchsuchung an der französisch-spanischen Grenze eingeleitet, bei der nicht zugelassene Fahrzeuge in einem Lkw gefunden wurden.

Sowohl Frankreich als auch Italien eröffneten einen Fall. Es wurden Koordinierungstreffen abgehalten, um parallele Ermittlungen festzustellen, Informationen auszutauschen und eine Fallstrategie zu vereinbaren, um mögliche Zuständigkeitskonflikte zu vermeiden. Die belgischen Ermittlungen wurden 2014 abgeschlossen, die parallelen Ermittlungen in Spanien, Frankreich und Italien wurden jedoch fortgesetzt. Eurojust wurde um Prüfung ersucht, ob diese parallelen Ermittlungen tatsächlich zu Zuständigkeitskonflikten und einer potenziellen "*Ne bis in idem*"-Situation führen könnten. Bestimmte gestohlene Fahrzeuge und mehrere Verdächtige waren gemeinsamer Gegenstand der drei Ermittlungen und die Straftaten waren im gleichen Zeitraum begangen worden.

Die Analyse der Fakten und des *Modus Operandi* zeigte, dass die Mehrzahl der Straftaten in Italien begangen worden waren. Die Hauptverdächtigen wurden in Italien vermutet und die meisten von ihnen waren italienische Staatsbürger. Die italienischen Behörden verfügten ebenfalls über erhebliche Beweismittel im Fall. Es wurde eine gemeinsame Empfehlung erarbeitet, die die Nationalen Mitglieder von Spanien und Italien ihren Behörden vorlegten, um zu akzeptieren, dass Italien besser positioniert war, um die Verfahren im vorliegenden Fall zu bearbeiten, geeignete Schritte für eine schnelle Übertragung des jeweiligen Verfahrens zu ergreifen und die von Spanien übertragenen Verfahren zu übernehmen. Die französischen Behörden unterstützten eine Übernahme des Verfahrens durch Italien.

Die spanischen und italienischen Nationalen Behörden akzeptierten die gemeinsame Empfehlung und das entsprechende Nationale Büro bei Eurojust unterstützte den Informationsaustausch zum Verfahren für die Übertragung der Strafverfahren zwischen den beiden Ländern. Die italienischen Behörden erachteten die Empfehlung als nützliche Orientierungshilfe bei der Anwendung und Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen zu Zuständigkeitskonflikten und zur Übertragung von Verfahren vor dem Hintergrund vor Kurzem umgesetzter Gesetze.



Meeting of the Consultative Forum under the Dutch and Slovak EU Presidencies, June 2016

Herr Herman Bolhaar, Vorsitzender des Rates der Generalstaatsanwälte der Niederlande, und Herr Jozef Szabó, stellvertretender Generalstaatsanwalt der Slowakischen Republik, sagten:

*Dieses erste unter dem gemeinsamen Vorsitz einberufene Treffen des beratenden Forums bestätigte erneut, dass das Forum für die Vertreter der Staatsanwaltschaften der Mitgliedstaaten eine gut geeignete Plattform ist, um Strategien und bewährte Methoden auszutauschen, um die internationale justizielle und polizeiliche Zusammenarbeit bei der Bekämpfung von schwerwiegender und organisierter Kriminalität im Hinblick auf die Stärkung der justiziellen Dimension der EU-internen Strategie zu verbessern.*





# Fokus des Jahres

Zuständigkeitskonflikte



# Richtlinien für die Entscheidung „Welcher Mitgliedstaat soll die Strafverfolgung durchführen?“

Überarbeitet: 2016

## TEIL I: HINTERGRUND

Die Zunahme der grenzüberschreitenden Kriminalität hat im Lauf der Jahre zu mehr Fällen geführt, in denen mehrere Mitgliedstaaten gemäß ihren nationalen Rechtsvorschriften dafür zuständig sind, diese Fälle strafrechtlich zu verfolgen und vor Gericht zu bringen.

Entsprechend seinem Mandat befasst sich Eurojust seit seiner Gründung mit der Frage, welcher Staat in der besten Position ist, in grenzüberschreitenden Fällen, in denen eine Strafverfolgung in zwei oder mehreren Rechtsordnungen eingeleitet wurde oder möglicherweise eingeleitet wird, die Strafverfolgung durchzuführen. Zur Verhinderung und zur Unterstützung der Beilegung von Zuständigkeitskonflikten, die zu einem Verstoß gegen das Prinzip des *Ne bis in idem* führen könnten, und um zu gewährleisten, dass in der Europäischen Union (EU) bei Strafverfahren die wirksamsten Methoden angewandt werden, hat Eurojust 2003 die *Guidelines for deciding 'Which jurisdiction should prosecute?' (Richtlinien für die Entscheidung „Welche Rechtsprechung sollte die Strafverfolgung durchführen?“)* veröffentlicht. Die *Richtlinien* schlagen in Fällen, in die mehrere Staaten involviert sind, zu berücksichtigende Faktoren vor. Seit ihrer Annahme sind diese Richtlinien für die zuständigen Nationalen Behörden hilfreich bei der Bestimmung, welches Hoheitsgebiet in der besten Position ist, um in grenzüberschreitenden Fällen die Strafverfolgung durchzuführen. Die *Richtlinien* unterstützen auch Eurojust, wobei Eurojust die zuständigen Nationalen Behörden zu diesem Thema beraten kann. Zusätzlich werden die *Richtlinien* seit ihrer Veröffentlichung von einigen Mitgliedstaaten als Referenz bei der Ausarbeitung ihrer eigenen Rechtsvorschriften oder Richtlinien genutzt.

Unter Berücksichtigung der operativen Erfahrung, die Eurojust über mehr als ein Jahrzehnt hinweg gesammelt hat, sowie der Bedürfnisse der Praktiker gibt Eurojust hiermit eine überarbeitete Fassung seiner *Richtlinien* heraus.

Da die große Mehrheit der Mitgliedstaaten keine Kriterien zur Bestimmung des besten Orts für die Strafverfolgung im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Zuständigkeitskonflikten aufgestellt haben und hierfür kein „horizontales“ EU-Rechtsinstrument existiert, sollen die Richtlinien als flexibles Werkzeug zur Orientierung dienen, um die zuständigen Behörden auf die zu berücksichtigenden Faktoren hinzuweisen. Sie bieten einen gemeinsamen Ausgangspunkt, auf dessen Grundlage eine Entscheidung erreicht werden kann. Die *Richtlinien* stellen keine verbindlichen Regeln dar und bestehen unbeschadet der geltenden nationalen, europäischen und internationalen Gesetze.

„Justizbehörden“ verweist in diesen *Richtlinien* auf Richter, Staatsanwälte oder sonstige, gemäß dem nationalen Recht zuständige Behörden.

## EU-Rechtsrahmen

Die *Richtlinien* berücksichtigen den einschlägigen EU-Rechtsrahmen, insbesondere:

- ▶ Der Rahmenbeschluss 2009/948/JI des Rates vom 30. November 2009 über die Verhütung und Beilegung von Konflikten bei der Ausübung der Gerichtsbarkeit in Strafverfahren ist derzeit das einzige Instrument der EU speziell für diese Frage. Er sieht einen Mechanismus für direkte Beratungen zwischen den zuständigen Behörden vor, um eine effektive Lösung zu erreichen und unerwünschte Folgen aus parallelen Verfahren zu vermeiden. Der Verweis auf einige relevante Faktoren, die von den zuständigen Behörden zu berücksichtigen sind, einschließlich der Faktoren in den Eurojust-Richtlinien von 2003, erfolgt in der Präambel (Erwägungsgrund 9).
- ▶ Andere Rechtsinstrumente im Bereich strafrechtlicher Angelegenheiten, insbesondere Texte zu bestimmten Kategorien an Straftaten, wie der Rahmenbeschluss 2002/475/JI des Rates vom 13. Juni 2002 zur Terrorismusbekämpfung (Artikel 9) und der Rahmenbeschluss 2008/841/JI des Rates vom 24. Oktober 2008 zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Artikel 7), enthalten Bestimmungen mit Bezug auf die Faktoren, die mit dem Ziel der Zentralisierung der Verfahren in einem einzigen Mitgliedstaat zu berücksichtigen sind, wenn mehr als ein Mitgliedstaat auf der Grundlage der gleichen Sachverhalte zur strafrechtlichen Verfolgung befugt ist.
- ▶ Die Bestimmungen zur Eurojust-Unterstützung bei der Erleichterung der Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Nationalen Behörden umfassen:
  - Artikel 85 Absatz 1 Buchstabe c des Vertrags über die Arbeitsweise der EU;
  - Artikel 6, 7 (Eurojust-Empfehlungen und unverbindliche Stellungnahmen) und 13 Absatz 7 (Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Eurojust in Fällen, in denen die Zuständigkeitskonflikte entstanden sind oder wahrscheinlich entstehen, zu informieren) des Ratsbeschlusses 2002/187/JI über die Einrichtung von Eurojust (geändert durch Ratsbeschluss 2009/426/JI);
  - Artikel 12 und die Erwägungsgründe 4, 9, 10 und 14 des Rahmenbeschlusses 2009/948/JI;
  - Artikel 7 des Rahmenbeschlusses 2008/841/JI.

## TEIL II: PRAKTISCHE RICHTLINIEN

### Wichtige Grundsätze

- ▶ „*Ne bis in idem*“ ist ein grundlegendes Prinzip des Strafrechts, das auf nationaler, EU- und internationaler Ebene geregelt ist und demzufolge ein Angeklagter nicht mehr als einmal für die gleiche kriminelle Handlung strafrechtlich verfolgt werden darf, unabhängig davon, ob die erste Strafverfolgung zu einer Verurteilung oder einem Freispruch führte. Im Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts sind die wichtigsten rechtlichen Quellen dieses Prinzips die Artikel 54 bis 58 des Übereinkommens zur Durchführung des Übereinkommens von Schengen (SDÜ) und Artikel 50 der Charta der Grundrechte der EU, die im Licht der einschlägigen Rechtsprechung des EUGH ausgelegt werden. (Für einen Überblick über die Rechtsprechung des EUGH zum Prinzip *Ne bis in idem* siehe Eurojust-Dokument *The principle of ne bis in idem in criminal matters in the case-law of the Court of Justice of the European Union (Das Prinzip des Ne bis in idem in Strafsachen in der Rechtsprechung des EUGH)*.)

Diese *Richtlinien* halten das Prinzip *Ne bis in idem* im vollen Umfang ein und unterstützen es.

- ▶ Entsprechend dem Rahmenbeschluss 2009/948/JI (Erwägungsgrund 12) unterstützen diese *Richtlinien* voll und ganz den Gedanken, dass das Prinzip der Strafverfolgungspflicht, durch das das Recht der strafrechtlichen Verfahren in mehreren Mitgliedstaaten geregelt wird, in einem gemeinsamen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts als erfüllt erachtet werden sollte, wenn ein Mitgliedstaat die Strafverfolgung einer bestimmten Straftat gewährleistet.
- ▶ Entscheidungen darüber, welcher Staat am besten geeignet ist, die Strafverfolgung vorzunehmen, sollten jeweils einzelfallbezogen getroffen werden. Dabei sollten alle relevanten Faktoren herangezogen werden.
- ▶ Im Falle einer Entscheidung sollten die Justizbehörden alle Faktoren, die sowohl für als auch gegen die Einleitung der Strafverfolgung im jeweiligen Hoheitsgebiet sprechen, sorgfältig und fair abwägen.
- ▶ Die Justizbehörden mögen erheben, in welchem Mitgliedstaat eine Strafverfolgung nicht nur möglich, sondern unter realistischer Betrachtungsweise auch erfolgreich erscheint.
- ▶ Im Rahmen der Gespräche zur Lösung dieser Fälle sollten die Justizbehörden alle Möglichkeiten erkunden, die durch die derzeitigen internationalen Konventionen und EU-Instrumente zur Verfügung gestellt werden, zum Beispiel grenzüberschreitende Erlangung von Beweismitteln, Übertragung von Verfahren oder Übergabe von Personen.
- ▶ Die Entscheidung muss stets fair, unabhängig und objektiv sein sowie unter Berücksichtigung der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Charta der Grundrechte der EU erfolgen, wodurch gewährleistet wird, dass die Verfahrensgarantien der Angeklagten oder potenziellen Angeklagten geschützt sind.

### Was ist zu tun?

- ▶ Sobald parallele Verfahren festgestellt werden, sollten die zuständigen Behörden der beteiligten Mitgliedstaaten miteinander Kontakt aufnehmen.

Innerhalb seines Mandats kann das Europäische justizielle Netz (EJN) die zuständigen Behörden unterstützen, z. B. durch Erleichterung der Kommunikation und Ermittlung und Einholung der Daten der zu kontaktierenden zuständigen Behörden.

- ▶ In einem nächsten Schritt sollten die beteiligten Behörden mit der Zusammenarbeit und Koordinierung ihrer Maßnahmen beginnen, um die Verschwendung von Ressourcen oder die Gefahr eines Verstoßes gegen das Prinzip des *Ne bis in idem* zu vermeiden. In den meisten Fällen führen der Dialog, das gegenseitige Vertrauen und die Koordinierung zwischen den zuständigen Behörden zu einer erfolgreichen Lösung.
- ▶ Wenn parallele Verfahren koordiniert werden, sollten die zuständigen Behörden in Betracht ziehen, soweit als möglich alle Strafverfahren in einem einzigen Staat durchzuführen und hierbei die Auswirkungen zu berücksichtigen, die die Strafverfolgung einiger Angeklagter in einem Staat auf die Strafverfolgung in einem zweiten oder dritten Staat haben könnte. Es sollten alle Anstrengungen unternommen werden, um zu verhindern, dass die Strafverfolgung in einem Staat die Strafverfolgung in einem anderen Staat unterbindet.
- ▶ Die Entscheidung, wer die Strafverfolgung ausübt, sollte so früh wie möglich in vollkommener Abstimmung mit allen relevanten Behörden in den einzelnen Staaten getroffen werden.
- ▶ Eurojust hat eine privilegierte Position, um den betroffenen Behörden Unterstützung anzubieten und Lösungen zu finden. Dies bei allen vorher genannten Schritten und sogar bei der Identifizierung von Fällen in den Mitgliedstaaten, wo derartige Konflikte entstehen könnten (siehe unten).

### Hauptfaktoren

Beim Treffen der Entscheidung darüber, welcher Staat die Strafverfolgung durchführen sollte, sollte eine Reihe an Faktoren berücksichtigt werden. Diese können sich alle auf die endgültige Entscheidung auswirken. Die Priorität und das Gewicht, die jedem einzelnen Faktor gegeben werden sollten, sind von Fall zu Fall verschieden.

Einige der Faktoren, die berücksichtigt werden sollten:

**Territorialität** Es sollte eine vorläufige Annahme erfolgen, dass eine Strafverfolgung, wenn möglich, in dem Hoheitsgebiet durchgeführt werden sollte, in dem vorwiegend die Straftat ausgeführt wurde oder in dem der größte Schaden eingetreten ist. Daher sollten sowohl die quantitative als auch die qualitative Dimension angemessen berücksichtigt werden.

**Standort des (der) Verdächtigen/beschuldigten Person(en)** In Verbindung mit diesem Faktor kann eine Reihe an Elementen berücksichtigt werden:

- ▶ Ort, an dem die verdächtige/beschuldigte Person vorgefunden wurde;
- ▶ Staatszugehörigkeit oder gewöhnlicher Aufenthalt der verdächtigen/beschuldigten Person;
- ▶ mögliche starke persönliche Verbindungen zu einem Mitgliedstaat oder sonstige wesentliche Interessen der verdächtigen/beschuldigten Person;
- ▶ Möglichkeit der Sicherung der Übergabe oder Auslieferung der verdächtigen/beschuldigten Person an ein anderes Hoheitsgebiet und
- ▶ Möglichkeit der Übertragung des Verfahrens an das Hoheitsgebiet, in dem sich die verdächtige/beschuldigte Person befindet.

In Situationen, in denen mehrere Mitangeklagte identifiziert werden können, ist nicht nur deren Anzahl relevant, sondern sind gleichfalls ihre jeweiligen Rollen beim Begehen der Straftat und ihre jeweiligen Standorte von Belang. Auch hier kommt sowohl die quantitative als auch die qualitative Dimension zum Tragen.

Bei der Bewertung dieser Elemente sollten gleichfalls alle anwendbaren Rechtsinstrumente der EU, insbesondere die Instrumente im Zusammenhang mit dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung, berücksichtigt werden. Deren Anwendung kann die Bewertung dieses Faktors und damit die endgültige Entscheidung darüber, wo die Strafverfolgung durchgeführt wird, beeinflussen. Durch beispielsweise die Anwendung des Rahmenbeschlusses über die gegenseitige Anerkennung von Urteilen, durch die eine freiheitsentziehende Strafe verhängt wird (2008/909/JI), in Kombination mit dem Rahmenbeschluss zum Europäischen Haftbefehl (2002/584/JI) kann der Standort der verdächtigen/beschuldigten Person ein Kriterium von sekundärer Bedeutung werden, da die verurteilte Person in einer späteren Phase in einen anderen Mitgliedstaat überstellt werden kann, um die Freiheitsstrafe zu verbüßen.

#### **Verfügbarkeit und Zulässigkeit von Beweismitteln**

Die Justizbehörden können nur Fälle mit zuverlässigen, glaubwürdigen und zulässigen Beweismitteln weiterverfolgen. Der Standort und die Verfügbarkeit der Beweismittel in der richtigen Form sowie deren Zulässigkeit und Annahme durch das Gericht sollten berücksichtigt werden. Die Menge und Qualität der Beweismittel in den betreffenden Mitgliedstaaten sollten ebenfalls berücksichtigt werden, obwohl erwartet werden kann, dass der rechtliche Rahmen, der durch die Europäische Ermittlungsanordnung eingeführt wird (Richtlinie 2014/41/EU), das Sammeln von Beweismitteln über die Grenzen hinweg erleichtern wird.

**Erlangung von Beweismitteln von Zeugen, Experten und Opfern** Die Justizbehörden müssen die Möglichkeit der Beschaffung von Beweisen berücksichtigen, einschließlich des Erfordernisses, zur Erlangung der Beweise in ein anderes Hoheitsgebiet reisen zu müssen. Die Möglichkeit, die Beweismittel in schriftlicher Form oder auf anderem Weg wie per Telefon oder Videokonferenz zu erlangen, sollte ebenfalls berücksichtigt werden.

**Zeugenschutz** Die Justizbehörden sollten stets versuchen zu gewährleisten, dass Zeugen oder diejenigen, die das Strafverfahren auf andere Weise unterstützen, nicht gefährdet werden. Bei der Entscheidung über die Zuständigkeit für die Strafverfolgung kann die Möglichkeit über ein Zeugenschutzprogramm zu verfügen, einen berücksichtigungswürdigen Faktor darstellen.

**Interessen der Opfer** Gemäß der Richtlinie 2012/29/EU über die Rechte der Opfer müssen die Justizbehörden die wesentlichen Interessen der Opfer berücksichtigen, einschließlich deren Schutz, und ob diese beeinträchtigt würden, wenn die Strafverfolgung in einem anderen Hoheitsgebiet durchgeführt werden würde. Diese Erwägung würde die Möglichkeit umfassen, dass Opfer Schadensersatz beanspruchen.

**Phase des Verfahrens** Der aktuelle Stand des Strafverfahrens im betreffenden Mitgliedstaat sollte berücksichtigt werden. Wenn sich Ermittlungen in einem Staat bereits in einem fortgeschrittenen Bereich befinden, ist die Übertragung des Falls in einen anderen Staat gegebenenfalls ungeeignet.

**Dauer des Verfahrens** Zeit sollte bei der Bestimmung, welches Hoheitsgebiet die Strafverfolgung durchführen sollte, zwar nicht der ausschlaggebende Faktor sein, wenn jedoch andere Faktoren abgewogen werden, sollten die Justizbehörden die Zeit berücksichtigen, die der Abschluss des Verfahrens in einem bestimmten Staat in Anspruch nimmt („verzögerte Rechtsprechung ist verweigerter Rechtsprechung“).

**Rechtliche Anforderungen** Es sollten der bestehende rechtliche Rahmen, einschließlich der Verpflichtungen und Anforderungen, die im jeweiligen Staat auferlegt werden, sowie alle möglichen Auswirkungen einer Entscheidung auf die Strafverfolgung in einem Staat im Vergleich zu den anderen in Frage kommenden Staaten berücksichtigt werden. Die Justizbehörden sollten jedoch nicht vereinbaren können, die Strafverfolgung in einem Staat durchzuführen, nur um rechtliche Verpflichtungen, die in dem anderen Staat gelten, zu umgehen.

**Verurteilungsbefugnisse** Es sollte zwar sichergestellt werden, dass die verfügbaren potenziellen Strafen die Schwere der kriminellen Handlung, die Gegenstand der Strafverfolgung ist, widerspiegeln, die Justizbehörden sollten jedoch nicht die Strafverfolgung lediglich in einem Staat durchführen, nur weil die potenzielle zu verhängende Sanktion strenger als in einem anderen Staat ist. Gleichmaßen sollten die Strafrahmen in den verschiedenen Staaten nicht der bestimmende Faktor bei der Entscheidung sein, in welchem Staat ein Fall strafrechtlich verfolgt werden sollte.

**Erträge aus Straftaten** Die geltenden EU- und internationalen Rechtsinstrumente und insbesondere die EU-Instrumente zur gegenseitigen Anerkennung zum Einfrieren und zur Einziehung sollten bei der Bewertung der verfügbaren Möglichkeiten, Erträge aus Straftaten zu beschränken, abzuschöpfen, zu beschlagnahmen und einzuziehen, berücksichtigt werden. Die Justizbehörden sollten jedoch nicht entscheiden, die Strafverfolgung in einem Hoheitsgebiet anstatt in einem anderen durchzuführen, nur weil diese Strafverfolgung zu einer effektiveren Einziehung der Erträge aus Straftaten führen würde.

**Kosten und Ressourcen** Die Justizbehörden sollten die Kosten und Ressourcen zwar bedenken, die Kosten der Strafverfolgung oder die Auswirkungen auf die Ressourcen einer Staatsanwaltschaft sollten jedoch keine Faktoren bei der Entscheidung sein, in welchem Staat eine Strafsache verfolgt wird, außer alle anderen Faktoren sind gleichmäßig ausgewogen.

**Prioritäten der Mitgliedstaaten** Die Justizbehörden sollte sich nicht weigern, einen Fall zur Strafverfolgung in ihrem Staat anzunehmen, weil er nicht als Priorität erachtet wird.

## Die Unterstützung von Eurojust

- ▶ Die Unterstützung von Eurojust kann jederzeit von allen beteiligten Justizbehörden angefordert werden.
- ▶ Im Rahmen seines Mandats und vorzugsweise in einem frühen Stadium kann Eurojust dazu beitragen, erste Kontakte und Beratungen zwischen den zuständigen Behörden zu erleichtern, deren Maßnahmen zu koordinieren, den Informationsaustausch zu fördern und zu beschleunigen, um ein vollständiges Bild der Fälle zu gewinnen. Des Weiteren kann Eurojust eine reibungslose Anwendung der Instrumente für die justiziellen Zusammenarbeit gewährleisten und Verbindungen zwischen verschiedenen kriminellen Netzwerken aufklären, um letztlich die Entscheidungen, in welchem Staat die Strafverfolgung durchgeführt werden sollte, zu erleichtern. In den Fällen, an denen Eurojust noch nicht beteiligt war und bei denen die zuständigen Behörden keinen Konsens über eine effektive Lösung im Kontext der direkten Beratungen gemäß dem Rahmenbeschluss 2009/948/JI erreichen konnten, sollte die Sache gegebenenfalls von einer der zuständigen Behörden an Eurojust verwiesen werden.
- ▶ Eurojust kann frühzeitig parallele Verfahren feststellen und den Nationalen Behörden dank der von den Mitgliedstaaten gemäß dem Eurojust-Ratsbeschluss erhaltenen Informationen zu Fällen, in denen Zuständigkeitskonflikte entstanden sind oder wahrscheinlich entstehen, proaktiv seine Unterstützung anbieten.
- ▶ Bei von Eurojust organisierten Koordinierungstreffen können die zuständigen Behörden der beteiligten Mitgliedstaaten die anstehenden Probleme mit der Unterstützung der Nationalen Mitglieder besprechen. Darüber hinaus können gemeinsame Ermittlungsgruppen (JITs) ein nützliches Werkzeug sein, um Zuständigkeitskonflikte zu verhindern und beizulegen, da die zuständigen Behörden im Rahmen eines JIT gleichfalls vereinbaren können, welches Hoheitsgebiet die Strafverfolgung für welche Straftaten durchführen sollte.
- ▶ Darüber hinaus kann Eurojust durch seine Nationalen Mitglieder (einzeln oder gemeinsam) oder als Kollegium Empfehlungen und unverbindliche Stellungnahmen abgeben, in denen die zuständigen Behörden gebeten werden zu akzeptieren, dass eine von ihnen gegebenenfalls besser geeignet ist, um Ermittlungen oder die Strafverfolgung bestimmter Handlungen durchzuführen.









Verwaltung



## 5.1 Unterstützung für die operative und strategische Arbeit

Die Verwaltung von Eurojust unterstützte das Kollegium bei seiner operativen Arbeit in seiner Funktion als Verwaltungsrat. 2016 hielt das Kollegium 26 operative Treffen und 7 Verwaltungsratssitzungen ab. Darüber hinaus hielt das Kollegium zwei Planungsveranstaltungen ab, um organisatorische Entwicklungen und die strategische Planung zu besprechen. Das im November vom Kollegium genehmigte *Eurojust-Verfahrenshandbuch* enthält Richtlinien für die Verwaltungsunterstützung der Nationalen Büros bei der Bearbeitung von Fällen, ein Meilenstein bei der Konsolidierung eines gemeinsamen und integrativen Ansatzes bei der Verwaltung der Fallarbeit in der gesamten Organisation.

**Operative Themen** Nationale Behörden ersuchten Eurojust, Informationen zu sammeln oder zu den folgenden Themen rechtlich zu beraten:

- ▶ Urteile des EUGH zur Auslegung der Rechtsbegriffe „Justizbehörde“ und „Gerichtsentscheidung“ im Rahmen des RB EuHB;

- ▶ Anerkennung der „elterlichen Kindesentführung“ von einem Mitgliedstaat in einen anderen Mitgliedstaat als Straftat;
- ▶ Artikel 18 und 19 des RB EuHB zur „vorübergehenden Überstellung“ und „Vernehmung der Person“;
- ▶ FTFs (ausländische terroristische Kämpfer);
- ▶ Abhören von Gesprächen durch mit Trojanern, die aus der Ferne auf Smartphones aktiviert werden und
- ▶ geltendes Verfahrensrecht für dringende Fälle (z. B. Notstand).

**Fachgespräche** Das Kollegium tauschte Expertise und bewährte Methoden in den Bereichen von besonderem operativen Interesse für Eurojust aus: Auswertungsberichte in der forensischen Wissenschaft und Überwachung des Telekommunikationsverkehrs.

## 5.2 Neustrukturierung der Verwaltung

Im Januar 2017 wird, in der Folge eines Vorschlags des Verwaltungsdirektors *ad interim* und der Annahme durch das Kollegium, eine neue Organisationsstruktur für die Verwaltung eingeführt werden. Der wichtigste der Umorganisation zugrunde liegende Grundsatz ist die optimale Nutzung der Ressourcen und die Schaffung von Synergien, um die operativen Bedürfnisse von Eurojust zu unterstützen. Eine neue operative Einheit, die aus der Fusion der Fallanalyseeinheit und Teilen der Einheit des juristischen Dienstes hervorgegangen ist, dient

als One-Stop-Shop für die Nationalen Büros und das Kollegium. Die Einheit wendet einen multidisziplinären Ansatz an, um ihre Dienstleistungen zur Unterstützung der operativen Arbeit bereitzustellen. Zur Stärkung der Fähigkeiten von Eurojust bei Corporate Governance und Kommunikation sowie um das Profil von Eurojust gegenüber den Interessengruppen zu verbessern, werden ein Büro für Unternehmenskommunikation, ein Büro für institutionelle Angelegenheiten und ein Büro für Planung, Programmierung und Berichte eingerichtet.

## 5.3 Belegschaft und Haushalt

**Belegschaft** Ende 2016 verfügte Eurojust über 347 Bedienstete, u. a. 72 Nationale Mitglieder, Stellvertreter und Assistenten, 196 Bedienstete auf Zeit, 31 Vertragsbedienstete, 23 Nationale Experten neun Übergangsbedienstete und 19 Praktikanten. Eurojust hat somit seine Verpflichtungen zu einer fünfprozentigen Stellenreduzierung bei den dezentralen Agenturen erfüllt.

Parallel zu dieser Reduzierung der Verwaltungsressourcen wurden Eurojust von der Haushaltsbehörde drei neue operative Positionen als „gezielte Aufstockung“ für die Ziele bewilligt, die im mehrjährigen Finanzrahmen zur Unterstützung der steigenden Anforderungen an die Arbeit bei der Terrorismusbekämpfung, Cyberkriminalität und Schleuserkriminalität festgesetzt sind.

**Budget** Das Jahresbudget von Eurojust für 2016 betrug 43.539.737 EUR und enthielt den zweckgebundenen Betrag in Höhe von 6.980.000 EUR für das neue Gebäude. Dieser Haushalt war sieben Prozent niedriger als ursprünglich von Eurojust beantragt. Aufgrund dieser Einschränkung und um die Bereitstellung unserer bedarfsorientierten operativen Arbeit zu gewährleisten sowie unsere gesetzlichen Verpflichtungen zu erfüllen, wurde das Eurojust-Arbeitsprogramm 2016 geändert, um die Tätigkeiten der Agentur weiter zu priorisieren. Einige IT-Entwicklungen wurden verschoben und mehreren Treffen wurden abgesagt, z. B. das Treffen mit den Nationalen Korrespondenten für Eurojust und das Treffen mit Eurojust-Kontaktstellen in Drittstaaten, wodurch die vollständige haushaltsmäßige Bereitstellung für Fallarbeit und Koordinierungssitzungen



gewährleistet werden konnte. Neueinstellungen wurden verschoben, was bei den unbesetzten Stellen zu einer Quote von 3,45 Prozent führte. Bis zu einem gewissen Grad verminderte die Verschiebung der Bereitstellung des neuen Gebäudes den Druck auf das Budget gegen Ende des Haushaltsjahres und es wurde ein Haushaltsvollzug von 99,89 Prozent erreicht.

**Konsolidierter jährlicher Tätigkeitsbericht** Gemäß Artikel 47 der Haushaltsordnung von Eurojust wird der

*konsolidierte jährliche Tätigkeitsbericht (CAAR)* vom Verwaltungsdirektor erstellt, um über das im Lauf des Jahres von der Agentur Erreichte zu berichten. Im CAAR wird das erreichte Maß an Umsetzung der Ziele des jährlichen Arbeitsprogramms von Eurojust auf der Grundlage der ermittelten Hauptleistungsindikatoren sowie der zugeteilten Human- und Finanzressourcen und der angewandten internen Kontrollen dargelegt. Der CAAR wird der Budgetbehörde jährlich bis zum 1. Juli vorgelegt und ist auf der Website von Eurojust verfügbar.

## 5.4 Organisatorische Entwicklungen

Als Follow-up der Bewertung von Eurojust und seiner Tätigkeiten gemäß Artikel 41a des Eurojust-Ratsbeschlusses und entsprechend dem Aktionsplan für die Umsetzung der vom Kollegium 2015 angenommenen Empfehlungen wurde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, um die internen Arbeitsstrukturen zu prüfen, zu optimieren und Prioritäten zu setzen. Im Jahr 2016 traf das Kollegium Entscheidungen, einschließlich: (i) Mehr Dienstleistungen und Ressourcen aus der Verwaltung zur Unterstützung der operativen Arbeit, (ii) konkrete Schritte in Richtung einer gemeinsamen und harmonisierten Aufnahme, Verarbeitung und Löschung von Daten im CMS sowie (iii) eine begrenzte Anzahl an strategischen Projekten in den priorisierten Kriminalitätsbereichen und im Bereich Instrumente der justiziellen Zusammenarbeit.

Die Verwaltung setzte ihre Unterstützung des Kollegiums bei der Überwachung und Analyse der Entwicklungen der Verhandlungen zur Eurojust-Verordnung und zur Einrichtung der EPPO fort. Der Rat erzielte im Februar 2015 mit Ausnahme der Bestimmungen im Zusammenhang mit der EPPO beim Eurojust-Verordnungsvorschlag eine allgemeine Ausrichtung.

Im Jahr 2016 teilte Eurojust der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament seine Sichtweisen zu seiner Zusammenarbeit mit der künftigen EPPO auf der Grundlage seiner Expertise und praktischen Erfahrung im Bereich der justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen sowie seine Bedenken hinsichtlich der möglichen Auswirkungen auf die Ressourcen mit.



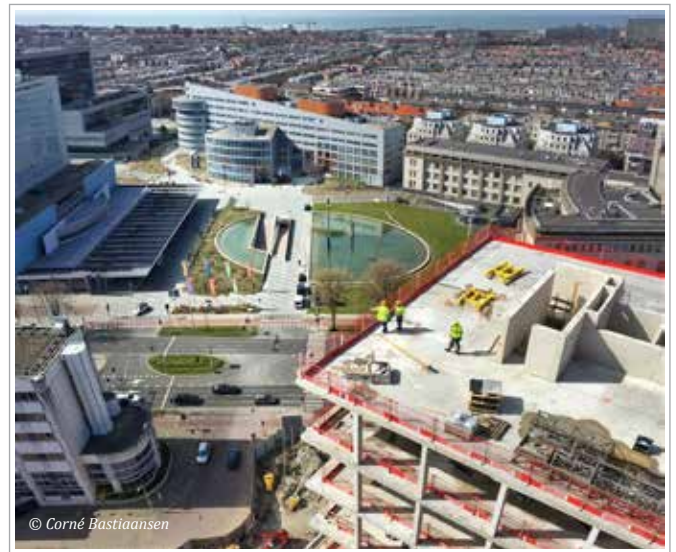
Managementteam von Eurojust nach der Umorganisation der Verwaltung



## 5.5 Das neue Gebäude

Der Bau des neuen Eurojust-Gebäudes verlief 2016 wie geplant und der Zeitplan wurde eingehalten. Am 1. April wurde der höchste Punkt des Bauwerks erreicht, was den Beginn der letzten Bauphase für die Bereitstellung des Gebäudes durch den Auftragnehmer an den Sitzstaat und Eurojust zwischen Dezember 2016 und dem Ende des 1. Quartals 2017 markierte.

Eurojust geht davon aus, gegen Ende des zweiten Quartals 2017 seine neue Unterkunft zu beziehen, nach Abnahme gemäß dem Eurojust-Anforderungsprogramm.



### Ein Auszug der Eurojust-Produkte im Jahr 2016:



### Öffentlicher Zugang zu Dokumenten

Die Anzahl der Anträge auf [Zugang zu Dokumenten von Eurojust](#) ging im Jahr 2016, mit insgesamt 15 Anträgen im Vergleich zu 18 im Jahr 2015, zurück. Darüber hinaus erhielt Eurojust, als Drittverfasser des angeforderten Dokuments, drei Konsultationsersuchen nach Artikel 4 Absatz 4 der Verordnung 1049/2001. 2016 gingen keine Zweitanträge ein. Eurojust führte die Aktualisierung des [öffentlichen Registers](#) von Dokumenten, auf das über die Eurojust-Webseite zugegriffen werden kann, fort. Die wachsende Liste von Dokumenten, die der Öffentlichkeit direkt verfügbar gemacht werden, dient dazu, den Bürgern den Zugang zu von Eurojust verwahrten Dokumenten zu erleichtern, ohne den Zugang zu Dokumenten formal beantragen zu müssen. Dies führt auch dazu die Transparenz und Verfügbarkeit von Informationen die Tätigkeiten von Eurojust betreffend zu erhöhen.



## Eurojust und Praktikernetzwerke



Die Sekretariate des Europäischen Justiziellen Netzwerkes (EJN), des Netzwerks der Nationalen Experten zu gemeinsamen Ermittlungsgruppen (JITs-Netzwerk) und des Netzwerks für die Ermittlung und Strafverfolgung von Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen (Genozid-Netzwerk) werden von Eurojust unter Zuhilfenahme seiner Ressourcen bereitgestellt. Deren Mitglieder gehören zum Personal von Eurojust.

Die Sekretariate unterstützen die Netzwerke und erleichtern die Zusammenarbeit mit dem Kollegium und den Nationalen Büros in den gemeinsamen Aktionsbereichen. Eurojust stellt gleichfalls rechtliche, administrative und finanzielle Unterstützung für das beratende Forum der Generalstaatsanwälte und Leiter der Staatsanwaltschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (beratendes Forum) bereit.

## 6.1 Europäisches Justizielles Netzwerk (EJN)

Das Europäische Justizielle Netzwerk wurde im Jahr 1998 eingerichtet und ist ein Netzwerk der Nationalen Anlaufstellen, die von den Mitgliedstaaten ernannt werden, um die justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen zu erleichtern. Die EJN-Kontaktstellen unterstützen die Praktiker mit rechtlichen und praktischen Tipps und helfen bei der Herstellung direkter Kontakte zwischen den zuständigen Nationalen Behörden. Sein Sekretariat wurde 2003 eingerichtet.

**Treffen** Die EJN-Plenartreffen fanden in Amsterdam und Bratislava statt. Zu den besprochenen Themen gehörten Menschenhandel/Ausbeutung von Arbeitskraft, Finanzermittlungen, e-Beweismittel, Zusammenarbeit und Synergien mit dem Europäischen Netzwerk für die Rechte der Opfer (ENVR) und dem EJC. Es wurden drei Treffen bei Eurojust abgehalten: Das reguläre Treffen, das Treffen der technischen Korrespondenten und das Treffen der Nationalen Anlaufstellen.

Regionale EJN-Treffen wurden in Deutschland, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Rumänien abgehalten. Nationale EJN-Treffen wurden in Lettland, Polen, Rumänien und im Vereinigten Königreich abgehalten. Diese Treffen ermöglichten den EJN-Kontaktstellen und den lokalen Behörden, die internationale justizielle Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen zu besprechen, z. B. die Beziehungen zwischen dem EJN und

Eurojust. An diesen Treffen nahmen auch Vertreter der Nationalen Büros teil.

**Zusammenarbeit mit Eurojust** EJN und Eurojust setzten die Umsetzung ihrer Aktionspläne in der sechsten Runde gegenseitiger Evaluierungen in den Mitgliedstaaten fort.

Als Teil des EJN-Plenartreffens unter der niederländischen Präsidentschaft trafen die EJN-Kontaktstellen in bilateralen Workshops ihre Kollegen der Nationalen Büros bei Eurojust, um zu besprechen, wie die bestmögliche Unterstützung für Praktiker durch die Stärkung der Synergien zwischen EJN und Eurojust gewährleistet werden kann. In zahlreichen Fällen wurde eine gute Zusammenarbeit bestätigt. Es wurde die Bedeutung eines engen und regelmäßigen Austausches zwischen den EJN-Kontaktstellen und den Nationalen Büros von Eurojust betont. Als allgemeines Ergebnis wurde das gemeinsame Papier überprüft.

**EJN-Website** Es wurden mehrere Bereiche der Website aktualisiert. Es wurde eine neue Fassung des Kompendiums herausgegeben. Dieses Werkzeug unterstützt die Erstellung von Entwürfen aller Arten an Ersuchen um justizielle Zusammenarbeit, entweder auf Grundlage der Instrumente der gegenseitigen Anerkennung oder der Rechtshilfe.

Für den Bereich in der Juristischen Bibliothek zum Status der Umsetzung der rechtlichen Instrumente wurden neue Fassungen erstellt. Darüber hinaus entwickelte das EJN-Sekretariat ein neues, mit Januar 2017 einsatzbereites Online-Berichtstool für die Tätigkeiten der EJN-Kontaktstellen.

Das EJN setzte den Ausbau seiner Beziehungen mit anderen justiziellen Netzen und Drittstaaten fort. Deren Kontaktdaten stehen den EJN-Kontaktstellen in einem neuen Bereich der EJN-Website mit der Bezeichnung „Zusammenarbeit mit Drittländern und justiziellen Netzwerken“ zur Verfügung.

**Fortbildung** Das EJN-Sekretariat organisierte in Zusammenarbeit mit dem EJTN den siebten Sprachkurs für die EJN-Kontaktstellen. Während einer Woche hatten die Kontaktstellen Gelegenheit, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern und andere Teilnehmer über die Funktionsweise des EJN und seiner Website zu informieren.

### Gemeinsames Eurojust-EJN-Papier

Das gemeinsame Papier *Assistance in International Cooperation in Criminal Matters for Practitioners, EJN and Eurojust, 'What can we do for you? (Unterstützung bei der internationalen Zusammenarbeit in Strafsachen für Praktiker, EJN und Eurojust, „Was können wir für Sie tun?“* ist in allen amtlichen EU-Sprachen erhältlich und wird auf den Websites von EJN und Eurojust veröffentlicht. Es informiert Praktiker über die Dienstleistungen und Unterstützung, die von Eurojust und EJN bereitgestellt werden können, um sicherzustellen, dass EJN und Eurojust sich mit Fällen im Rahmen ihrer Mandate befassen, Zeit und Ressourcen effektiv nutzen und Doppelarbeit vermeiden.



## 6.2 JITs-Netzwerk

Das [JITs-Netzwerk](#) ist ein 2005 eingerichtetes Netzwerk aus Kontaktstellen nationaler Justiz- und Polizeibehörden zur Förderung des Einsatzes von JITs und Stärkung der Unterstützung des Austausches von Informationen und bewährten Methoden. Sein Sekretariat wurde 2011 eingerichtet. Seit 2013 verwaltet das Sekretariat das von Eurojust eingerichtete Zuschussprogramm, um die JIT-Tätigkeiten finanziell zu unterstützen (siehe Abschnitt 1.4).

**Jahrestreffen** Das 12. Jahrestreffen der Nationalen Experten der JITs fand im Juni statt, wobei besonderer Fokus auf den Herausforderungen und Möglichkeiten lag, die die JITs in Fällen von Schleuserkriminalität bieten. Experten und Praktiker aus ganz Europa sowie andere relevante Agenturen und Interessensgruppen besprachen zwei Tage lang konkrete Schritte zur Verbesserung des Einsatzes von JITs bei Schleuserkriminalität. Die [Schlussfolgerungen](#) des Treffens sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar.

**Projekte** Das JITs-Netzwerk überarbeitete [zwei nützliche Dokumente für Praktiker](#), die ebenfalls auf der Website von Eurojust zur Verfügung stehen: Das **JIT-Handbuch**, das, einschließlich eines Abschnitts zu „Häufig gestellten Fragen“, gründlich erweitert wurde, um als praktischer JIT-Leitfaden zu dienen, und die **JIT-Mustervereinbarung**,

die mit dem Ziel der Vereinfachung des bestehenden Musters überarbeitet wurde. Es wurde vom Ministerrat durch Beschluss gebilligt.

Das JITs-Netzwerk führte die Sammlung von Informationen zu nationalen JIT-Rechtsvorschriften (neue Zusammenfassungen veröffentlicht für DK, IT, LV, HU, PL, PT, FI und GB) und -Praktiken (20 neue JIT-Evaluierungen eingeleitet) fort. Diese Informationen stehen im eingeschränkten Bereich der JITs, einer Web-Plattform, zu der EU-Praktiker Zugang beantragen können, zur Verfügung.

**Fortbildung** Zusätzlich zum Kurs *Gemeinsame Ermittlungsgruppen* (siehe Kapitel 3) und zu den Schlussfolgerungen des jährlichen Treffens leisteten das JITs-Netzwerk und sein Sekretariat einen Beitrag zu einer JIT-Fortbildung speziell zu den Herausforderungen in Fällen von Schleuserkriminalität. Diese Veranstaltung wurde in Zusammenarbeit mit CEPOL, dem EJTN und dem Sekretariat des Übereinkommens über die polizeiliche Zusammenarbeit in Südosteuropa (PCC-SEE) organisiert und während der drei Tage versammelten sich 25 Teilnehmer aus den Mitgliedstaaten und Drittstaaten, die von dieser Art der organisierten kriminellen Aktivitäten betroffen sind, um den Einsatz von JITs in diesem Bereich zu verbessern.

## 6.3 Genozid-Netzwerk

Das [Genozid-Netzwerk](#) wurde 2002 eingerichtet, um eine enge Zusammenarbeit zwischen den Nationalen Behörden in Ermittlungen und Verfahren wegen Genozid, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen durch den Austausch operativer Daten, bewährter Methoden und gesammelter Erfahrungen sicherzustellen. Es ist ein Netzwerk aus Praktikern – Ermittler, Staatsanwälte und Rechtshilfebeamte. Das Sekretariat wurde im Juli 2011 eingerichtet.

**Treffen** Es fanden zwei Plenartreffen bei Eurojust statt, deren Fokus auf den praktischen Herausforderungen des Prozesses gegen die Anführer der Democratic Forces for the Liberation of Rwanda (FDLR) in Deutschland lag sowie auf den Verbrechen in Zusammenhang mit der Plünderung und Zerstörung von Stätten des kulturellen Erbes in Syrien und im Irak. Die [Ergebnisse](#) beider Jahrestreffen sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar. Zusätzlich wurde ein *Ad-hoc*-Treffen abgehalten, um die nationalen Ermittlungen im Zusammenhang mit dem andauernden bewaffneten Konflikt in Syrien unter Berücksichtigung des erheblichen Zustroms syrischer Flüchtlinge, darunter Opfer, Zeugen und Täter von Gräueltaten, in das EU-Hoheitsgebiet zu besprechen und voranzubringen. Die Berichte der Treffen wurden als Ratsdokumente 10169/16 und 13409/16 veröffentlicht.

Der [Erste EU-Tag gegen Straflosigkeit](#) wurde am 23. Mai von der niederländischen Präsidentschaft, dem Genozid-Netzwerk, Eurojust und der Europäischen Kommissi-

on organisiert. Ziel des jährlichen Ereignisses ist, das Bewusstsein für die abscheulichsten Verbrechen zu steigern, nationale Ermittlungen und Strafverfolgungsmaßnahmen zu fördern, die Stellung und Beteiligung der Opfer in Strafverfahren anzugehen und die EU-weite Verpflichtung auf die Bekämpfung der Straflosigkeit dieser Verbrechen zu stärken. Das Ergebnis wurde als Ratsdokument 10233/16 veröffentlicht.

**Fortbildungen** Im Oktober führte das Genozid-Netzwerk in Zusammenarbeit mit Experten des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) und des UN-Teams für Rechtsstaatlichkeit ein Fortbildungsprogramm zur Ermittlung und Strafverfolgung von sexueller Gewalt im Kontext von Konflikten durch. Das Genozid-Netzwerk setzte durch die Einführung von Fortbildungsprogrammen für Richter und Staatsanwälte die Zusammenarbeit mit dem EJTN fort und begann die Zusammenarbeit mit CEPOL, um ein Fortbildungsprogramm zu den Ermittlungsaspekten schwerer internationaler Verbrechen zu entwickeln.

**Projekte** 2016 wurden mehrere Faktendatenerhebungen und -bewertungen durchgeführt. Der vollständigste Fragebogen bewertete die aktuelle Anwendung des Ratsbeschlusses 2003/335/JI über die Einrichtung spezialisierter Einheiten auf nationaler Ebene, um schwere internationale Verbrechen zu untersuchen und strafrechtlich zu verfolgen. Das Bestehen dieser Einheiten wird damit begründet,

über das Spezialwissen zu verfügen, um komplexe rechtliche und praktische Herausforderungen zu bewältigen, und Expertise, bewährte Methoden und gesammelte Erfahrungen in der gleichen Einheit zu erhalten. Die Arbeit umfasste

gleichfalls Probleme beim Schutz und bei der Beteiligung der Opfer in Gerichtsverfahren. Das Ergebnis wurde als Ratsdokument 10234/16 veröffentlicht.

## 6.4 Beratendes Forum

Das [beratende Forum](#) wurde 2010 eingerichtet, um die justizielle Zusammenarbeit und das gegenseitige Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten zu stärken und den EU-Institutionen ein Input der Justizbehörden zur Entwicklung des Raums der Freiheit, Sicherheit und Justiz bereitzustellen.

**Gemeinsames Treffen** In der Folge von Überlegungen zum zukünftigen Format und Inhalt war 2016 das erste Jahr, in dem die organisierenden EU-Präsidentschaften zu einem gemeinsamen Treffen aufriefen. Der Rat der Generalstaatsanwälte der Niederlande und die Generalstaatsanwaltschaft der Slowakischen Republik beriefen gemeinsam das 11. Treffen des Beratenden Forums im Juni ein, dessen Fokus auf den neuesten Entwicklungen bei Cyberkriminalität, Terrorismus und Schleuserkriminalität sowie auf der Zusammenarbeit mit wichtigen Drittstaaten bei der Bekämpfung der schweren und organisierten Kriminalität lag.

**EJCN** Das Beratende Forum besprach die Ergebnisse des strategischen Seminars *Keys to Cyberspace (Schlüssel zum Cyberspace)* zu von Staatsanwälten bei der Ermittlung und Strafverfolgung der Cyberkriminalität häufig angetroffenen Herausforderungen, wobei der Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit mit Dienstleistern und Verschlüsselung lag. Diese begrüßten die Initiative der niederländischen EU-Präsidentschaft, das EJCN als Möglichkeit zur Förderung der Kontakte unter mit Cyberkriminalität befassten justiziellen Praktikern in den Mitgliedstaaten einzurichten und die Effizienz der Ermittlung und Strafverfolgung von Fällen von Cyberkriminalität zu steigern.

**Justizielle Reaktion auf Terrorismus und Schleuserkriminalität** Vertreter aus betroffenen Mitgliedstaaten

gaben ihre Erfahrungen bei der Verstärkung der justiziellen Reaktion auf terroristische Bedrohungen und die jüngsten Terroranschläge in Frankreich und Belgien weiter. Es wurden Einblicke in die Herausforderungen und gesammelten Erfahrungen bei der Ermittlung und Strafverfolgung von Fällen von Schleuserkriminalität, insbesondere in Bezug auf die Durchsetzung der gerichtlichen Zuständigkeit auf hoher See, sowie in den Mehrwert der Berücksichtigung dieser Kategorie an Straftaten als schwere organisierte Kriminalität geboten.

Es wurde die Notwendigkeit der Stärkung und Optimierung der internationalen justiziellen Zusammenarbeit durch verstärkte Kontakte zwischen Praktikern und die gemeinsame Nutzung von Gesetzgebung und bewährten Methoden sowie die Förderung von Ermittlungen, beispielsweise durch den Einsatz spezieller Ermittlungstechniken und gegebenenfalls JTs, hervorgehoben.

### **Zusammenarbeit mit wichtigen Drittstaaten**

Es wurden Ansichten zu den angetroffenen rechtlichen und praktischen Herausforderungen und zu den Möglichkeiten der Verbesserung der Zusammenarbeit mit den Justizbehörden aus Drittstaaten bei der Ausführung von Rechtshilfeersuchen, beim Informationsaustausch und Sammeln von Beweismitteln ausgetauscht. Eurojust gab einen Einblick in die laufenden Tätigkeiten im Bereich der externen Beziehungen, wobei der Wert von Kooperationsabkommen, der zu Eurojust entsandten Verbindungsstaatsanwälte und deren Netzwerk justizieller Kontaktstellen in Drittstaaten bei der Erleichterung der justiziellen Zusammenarbeit hervorgehoben wurde.

Die [Schlussfolgerungen](#) des Treffens sind auf der Eurojust-Webseite verfügbar.

## Vielen Dank



Wir danken **Francisco Jiménez Villarejo**, dem Nationalen Mitglied für *Spanien*, für seine Arbeit und seinen wertvollen Beitrag als Vizepräsident des Kollegiums von Eurojust von November 2013 bis November 2016.

## Vielen Dank und alles Gute



**Petter Sødal**, Verbindungsstaatsanwalt für *Norwegen* bei Eurojust von Oktober 2013 bis August 2016



**Klaus Rackwitz**, Verwaltungsdirektor von Oktober 2011 bis September 2016





ISBN: 978-92-9490-091-3



**EUROJUST**

Maanweg 174, 2516 AB Den Haag, Nederlande

Tel.: +31 70 412 5000 - E-Mail: [info@eurojust.europa.eu](mailto:info@eurojust.europa.eu) - Website: [www.eurojust.europa.eu](http://www.eurojust.europa.eu)